

Stenographischer Bericht

71. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 26. Jänner 2005

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Dr. Flecker, Abg. Stöhrmann, BR. Weilharter.

Mitteilungen.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der FPÖ an Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend die Zukunft der westlichen Obersteiermark.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Dietrich.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ an Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der ÖVP an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, betreffend Projekt Spielberg.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Bacher.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der ÖVP an Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, betreffend Projekt Spielberg.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Rieser.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ an Landesrat DDr. Gerald Schöpfer, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Dipl.-Ing. Grabner.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat DDr. Schöpfer.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ an Landesrat Seitinger, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Margarethe Gruber.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Seitinger.

Redner zu den Dringlichen Anfragen: Abg. Wiedner, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Drexler, Abg. Gennaro, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Rieser, Abg. Prattes, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Bacher, Abg. Riebenbauer, Abg. Hammerl.

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 71. Sitzung – in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Herren Landesrat Dr. Flecker, Abg. Stöhrmann und Bundesrat Weilharter.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Der Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag a. D. Herr Dr. Friedrich Pfohl ist am 16. Jänner 2005 im 86. Lebensjahr verstorben.

Friedrich Pfohl wurde am 10. August 1919 als zweites Kind des k. u. k. Hauptmannes Friedrich Pfohl und seiner Ehefrau Emilie, geborene Groze, in Körmend, Bezirk Steinamanger geboren.

In Wien aufgewachsen, besuchte Friedrich Pfohl in der Bundeshauptstadt die Volks- und Realschule. 1937 rückte er als Offiziersanwärter ins Österreichische Bundesheer ein.

Während des Zweiten Weltkrieges nahm Friedrich Pfohl als Offizier am Polen-, Frankreich- und Russlandfeldzug teil und wurde schließlich an der Westfront schwer verwundet.

Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft studierte Friedrich Pfohl an der Universität Wien Rechtswissenschaften. Nach Absolvierung des Studiums und der Gerichtspraxis trat er als Konzipient in eine Wiener Anwaltskanzlei ein.

1949 heiratet Dr. Friedrich Pfohl die Witwe eines Kriegskameraden, Dorothea Tessmar, geborene Sattler.

1951 trat Dr. Pfohl in die Firma seines Schwiegervaters, die Sattler Textilwerke OHG. ein, welcher er seit 1954 als geschäftsführender Gesellschafter vorstand.

Neben seiner Tätigkeit bei den Sattler-Werken führte Dr. Friedrich Pfohl auch den Forstbetrieb Gut Schaffer-Werke.

In den Jahren 1978 bis 1991 gehörte Dr. Pfohl als Abgeordneter unserem Haus an. So lernte ich ihn als netten Kollegen und profunden Kenner der Wirtschaft kennen und schätzen. Er übte wichtige Funktionen im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuss, im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur beziehungsweise im verkehrswirtschaftlichen Ausschuss sowie im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung aus.

Dr. Friedrich Pfohl hat sich als erfolgreicher Geschäftsmann immer wieder großzügig für die Interessen der Allgemeinheit eingesetzt. Dies war neben vielen anderen Auszeichnungen der Grund, weshalb Dr. Pfohl zum Ehrenbürger seiner Heimatgemeinde Breitenau am Hochlantsch ernannt wurde.

Hohes Haus!

Im Namen des Steiermärkischen Landtages sowie in eigenem Namen danke ich dem Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag Dr. Friedrich Pfohl für die Erbringung seiner Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Der Sonderlandtag, betreffend westliche Obersteiermark beziehungsweise Spielberg sowie betreffend Einbringung einer Dringlichen Anfrage gemäß Paragraf 68 GeoLT, betreffend die Zukunft der westlichen Obersteiermark wurde gemäß der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einberufen, derzufolge ein Fünftel der Mitglieder des Landtages das Recht haben, die Abhaltung einer Sondersitzung binnen fünf Tagen zu verlangen.

Eingebracht wurden folgende Dringliche Anfragen von Abgeordneten der FPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend die Zukunft der westlichen Obersteiermark, von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg, von Abgeordneten der ÖVP an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, betreffend Projekt Spielberg, von Abgeordneten der ÖVP an Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, betreffend Projekt Spielberg, von Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat DDr. Gerald Schöpfer, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg, von Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat Johann Seitinger, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg.

Da die Dringliche Anfrage der FPÖ von sieben Abgeordneten unterzeichnet ist, kann gemäß Paragraf 68 Absatz 1 GeoLT vom Landtag beschlossen werden, diesem Antrag auf Behandlung der Dringlichen Anfrage stattzugeben und hierauf eine Wechselrede über den Gegenstand durchzuführen.

Wer diesem Antrag auf Behandlung der Dringlichen Anfrage und Durchführung einer Wechselrede zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die eingebrachten Dringlichen Anfragen der ÖVP und SPÖ haben die gemäß Paragraf 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde bei allen Dringlichen Anfragen die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Auf Grund der Beratung in der Präsidialkonferenz wird die Behandlung der Dringlichen Anfragen wie folgt durchgeführt:

erstens Begründung der Dringlichen Anfrage der FPÖ,

zweitens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landeshauptmann Waltraud Klasnic,

drittens Begründung der Dringlichen Anfrage der SPÖ,

viertens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landeshauptmann Waltraud Klasnic,

fünftens Begründung der Dringlichen Anfrage der ÖVP,

sechstens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves,

siebtens Begründung der Dringlichen Anfrage der ÖVP,

achtens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl,

neuntens Begründung der Dringlichen Anfrage der SPÖ,

zehntens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landesrat DDr. Gerald Schöpfer,

elftens Begründung der Dringlichen Anfrage der SPÖ,
zwölftens Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landesrat Johann Seitinger,
13. gemeinsame Abhaltung der Wechselrede.

Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT bei Begründung einer Dringlichen Anfrage und in der Wechselrede kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend die Zukunft der westlichen Obersteiermark.

Meine Damen und Herren!

Vorher darf ich Sie alle im Auditorium herzlich begrüßen.

Ich möchte meine Freude zum Ausdruck bringen für Ihr Interesse am Sonderlandtag. Ich darf sagen, dass ich an die Einhaltung der Hausordnung strengstens gebunden bin.

Ich erteile Frau Klubobfrau Waltraud Dietrich das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage.

Abg. Dietrich (10.10 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Es freut mich ganz besonders, dass bei der heutigen Landtagssitzung so viele Vertreter aus unserer Region, aus dem Aichfeld-Murboden, hier nach Graz gekommen sind, um hautnah mitzerleben, wie es dann weitergehen soll mit der Zukunft unserer gemeinsamen Region. Und was mich besonders stolz macht und das zeichnet wahrscheinlich unsere Region aus, dass wir fernab vom politischen Hickhack quer über alle Fraktionen, quer über alle Altersgruppen hinweg heute hier gemeinsam für unsere Heimat kämpfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Jeder in diesem Haus kennt die Werbung „Red Bull verleiht Flügel.“ Und tatsächlich, ich glaube, so ab Dezember 2002, wie es dann offiziell geworden ist, dass Red Bull bei uns einsteigen will, da haben wir in der Region wirklich das Gefühl gehabt, wir verspüren einen Aufwind. Es geht nach oben, es rührt sich was, es bewegt sich was und wir schauen gemeinsam einer positiven Zukunft entgegen. Und für all jene im Landtag, die mit dem Projekt vielleicht nicht so befasst waren, möchte ich einmal kurz umreißen, was denn da überhaupt alles geplant war. Es war geplant, auf dem bestehenden A1-Ring und rundherum ein Motorsportzentrum der Superlative zu errichten. Geplant waren die Abhaltung von Formel-1-Läufen, 24-Stunden-Rennen, Motorrad-WM-Läufen, dazu noch eine Fachhochschule für Aeronautik und Motorsport mit Teststrecken, fünf Open-Air-Veranstaltungsbereiche und des Weiteren noch Präsentationsgebäude für die Autoindustrie, diverse Indoor- und Outdoor-Kartbahnen, Offroad-Geländestrecken und vieles andere mehr bis zu einem Fünf-Stern-Hotel mit Wellnessbereich. Ein privater Investor wollte tatsächlich in unserer Region, die leidgeprüft ist, die es nicht leicht gehabt hat auch in der Vergangenheit, mehr als 700 Millionen Euro investieren. Mit diesem Geld wäre es gelungen, in der Bauphase mehr als 10.000 Arbeitsplätze zu schaffen und in weiterer Folge 2000 Dauerarbeitsplätze. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Verzweiflung in der Region sehr groß ist, dass man angesichts der Hoffnung, die dieses Projekt ausgestrahlt hat, jetzt tief verzweifelt ist und sich die Frage stellt, wie soll es denn weitergehen? Und die Hoffnungen waren groß. Mehr als 1000 Personen haben sich bereits in der Bauphase, in der Planungsphase für einen späteren Job bei Red Bull beworben, mehr als 1000 Personen. Die Jugend, die heute auch hier vertreten ist, setzt sich erstmals in der Region ein, sie demonstriert, hofft und kämpft für dieses Projekt. Private Zimmervermieter haben ausgebaut, haben investiert. Die Gastronomie hat wahnsinnige Investitionen vorgenommen, auch die Wirtschaft, weil alle wollten bereit sein, wenn der große Tag der Eröffnung da ist, dass man auch wirklich mitkonzipieren kann an diesem einmaligen Konzept „Red Bull“. Red Bull hat uns Flügel verliehen bis zum 19. Jänner des Jahres 2005. Dann ist diese Vision, ist dieser Traum leider Gottes wie eine Seifenblase zerplatzt. Aus Sicht von uns Freiheitlichen kann man nicht zur Tagesordnung übergehen und sagen, leider nein, war halt nicht! Wir wollen, dass genau die Verantwortung für dieses Scheitern hinterfragt und abgeklärt wird. Und wir wollen auch – und das ist uns besonders wichtig –, wir wollen wissen, wie es denn mit der Zukunft der westlichen Obersteiermark weitergeht. Wir wollen wissen, was das Land unternehmen wird, in welchen Bereichen Investitionen erfolgen sollen und welche Zukunftsperspektiven die Menschen in dieser Region haben können.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es ist immer so, der Erfolg hat viele Väter, Missverfolg ist ein Waisenkind. Aber es gibt trotzdem einige Gründe, auf die ich hinweisen möchte, warum aus meiner Sicht dieses Projekt keine Chance gehabt hat. Vor Ort waren ein paar Aktivisten, die offen gegen das Projekt gekämpft haben. Sie haben aber auch Unterstützung erhalten von der grünen Fraktion. Ich erinnere an die Presseaussendung von der Edith Zitz, die sagt: „Und ganz egal, wenn der Bescheid trotz allem positiv ist, wir gehen bis zum Höchstgericht!“ Meine geschätzten Damen und Herren! Das ist Verhinderungspolitik par excellence. (Beifall bei der FPÖ.)

Und ich glaube, dass auch all jene, die sich gegen das Projekt ausgesprochen haben, die unterschrieben haben, einer totalen Fehleinschätzung unterlegen sind. Die waren der Meinung, na ja, Red Bull hat schon investiert, die kommen ja nicht mehr heraus. Die haben sich schon so weit in dieses Unternehmen, in diesen Bereich hineinvestiert. Die können nicht mehr aufhören. Meine geschätzten Damen und Herren, das war eine glatte Fehleinschätzung.

An die Kollegen der grünen Fraktion: Ich glaube, so leicht kann man es sich nicht machen. Man kann nicht hinten herum immer kämpfen, gegen Projekte kämpfen und im Landtag sich herstellen und sagen, wir sind für Arbeitsplätze, wir wollen, dass in den Regionen was passiert. Ihr habt da mit Sicherheit einen großen Teil der Verantwortung zu tragen.

Ein wesentlicher Teil, warum das Projekt nicht funktioniert hat, ist wahrscheinlich auch jener, dass es auf der ÖVP-Regierungsbank nicht klar abgesprochen war, wer denn wofür zuständig sein sollte, wer wofür Verantwortung übernehmen sollte. Es war immer klar, dass dieses Projekt Chefsache ist. Und Frau Landeshauptmann Klasnic war auch der persönliche Kontakt zu Dietrich Mateschitz, war auch die Vorsitzende des Lenkungs-Ausschusses und war auch die Vorsitzende der Expertengruppe, wie überhaupt die ÖVP von Anfang an die politische Ernte für dieses Projekt einfahren wollte und deshalb alles im Alleingang gemacht hat. Aber die Ernte konnte leider nicht eingefahren werden, weil man es verabsäumt hatte, rechtzeitig den Acker zu bestellen und die Saat in weiterer Folge zu pflegen.

Ich glaube auch, dass der Wechsel auf der Regierungsbank innerhalb der ÖVP zu einem massiven Know-how-Verlust geführt hat. Während die Vorgänger noch gesagt haben, es ist Chefsache, und da gibt es ja eindeutige Aussagen. (Landesrat Schützenhöfer: „Und vorher habt ihr die Rücktritte monatlich!“)

Ja, es tut mir Leid, wenn so viele Skandale innerhalb der ÖVP sind. Das haben nicht wir verursacht. (Landesrat Schützenhöfer: „Sie haben monatlich den Rücktritt dieser beiden Herren verlangt und jetzt ist es ein Know-how-Verlust!“) Es ist ein Know-how-Verlust, Herr Landesrat Schützenhöfer, insofern, wenn – (Landesrat Schützenhöfer: „Ich bin auch Know-how. Ich bin noch da!“)

Wie sollen wir dieses „noch“ deuten? (Landesrat Schützenhöfer: „Drinne sitzen und die anderen mies machen. Ein Miesmachen der ganzen Regierung!“)

Paiarl hat gesagt, das ist ein Anforderungskatalog. Jenes Schreiben vom Bundesministerium vom Oktober 2003 ist ein Anforderungskatalog, der abgearbeitet werden muss. Die Landesräte Schöpfer und Seitinger waren nach eigenen Angaben zufolge nicht einmal informiert, dass es dieses Schreiben gab. Und dann gibt es genau jene Kritik, die 2003 als Anforderungskatalog festgehalten wird. Da wird nichts getan und 2004 ist die Kritik die gleiche im Bescheid vom Umweltsenat.

Zum Beispiel im Bereich Lärm zu vage, 2003, 2004, die Lärmwerte sind nicht plausibel. (Abg. Mag. Drexler: „Warum hat Landeshauptmannstellvertreter Schögggl nicht agiert?“)

Also beide Schreiben sagen, es liegen schwer wiegende formale und inhaltliche Mängel vor. Ich weiß schon, das ist unangenehm, Kollege Drexler. Aber Fakt ist, dass Paiarl gesagt hat, das ist der Anforderungskatalog, der abgearbeitet werden muss und dass die Nachfolger auf der Regierungsbank so getan haben, als hätte es dieses Schreiben nie gegeben.

Ist unangenehm für die ÖVP, aber es ist so. Wenn man nämlich so arbeitet, dann kann man und darf man sich keinen positiven Bescheid erwarten. Auf der einen Seite ist klar, dass die Hausaufgaben nicht erfüllt wurden, dass der Anforderungskatalog nicht abgearbeitet wurde und auf der anderen Seite, wenn man die Medien in der Region genau beobachtet hat, dann hat man gesehen, dass nahezu wöchentlich ein hoher ÖVP-Politiker am ehemaligen A1-Ring war, um eben alle in Sicherheit zu wiegen. Faktum ist: Eine Jahrhundertchance wurde leichtfertig vergeben durch fahrlässiges Handeln der ÖVP-Regierer unter aktiver Mithilfe der grünen Fraktion.

Meine geschätzten Damen und Herren, wenn wir heute viele Dringliche zu diesem Thema haben, dann kann ich nur sagen, das sind Nebelgranaten, die abgeworfen werden, um die Sicht auf die eigenen Versäumnisse zu vertun. (Beifall bei der FPÖ.)

Die wichtigste Frage aber für uns Freiheitliche ist jene, wie geht es weiter? Wir sind der Meinung, dass Motorsport eine historische Lebensader dieser Region ist mit viel Potenzial für die Zukunft. Wir sollten jetzt Anker setzen, damit diese Region eine positive Zukunft hat und dass im Bereich von Motorsport auch Ganzjahresarbeitsplätze geschaffen werden können.

Ich stelle nun die Dringliche Anfrage an die Frau Landeshauptmann und stelle folgende Fragen:

Erstens: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für das Nichtzustandekommen des „Red-Bull-Projektes“?

Zweitens: Sowohl unabhängige Juristen als auch die von Ihnen eingesetzte Expertengruppe haben bestätigt, dass der positive Bescheid der Steiermärkischen Landesregierung eine Reihe eklatanter Mängel aufweist. Wie beurteilen Sie die Aussage Ihres für die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständigen Regierungskollegen Landesrat Seitinger, der immer wieder bekräftigte, dass in der Steiermark keine Fehler passiert wären?

Drittens: Haben die zuständigen Beamten der Steiermärkischen Landesverwaltung das Projekt „Motorsportzentrum am A1-Ring in Spielberg“ auf Grund einer Weisung eines Mitgliedes der Steiermärkischen Landesregierung positiv beurteilt?

Viertens: Sehen Sie in der Entscheidung des Umweltsenates ebenfalls eine „Verschwörung der Niederösterreicher und Wiener gegen die Steiermark“ – wie das Ihr Regierungskollege Hermann Schützenhöfer in den Medien verkündet hat?

Fünftens: Wie hoch ist die Summe, die bisher bereits vom Land Steiermark für die Umsetzung des „Red-Bull“-Projektes investiert wurde (zum Beispiel Absiedelung des ÖAMTC)?

Sechstens: Ist beabsichtigt, seitens des Landes Steiermark die Grundstücke mit den Überresten des A1-Ringes um 5 Millionen Euro von der Firma „Red Bull“ zurückzukaufen?

Siebtens: Werden Sie Dietrich Mateschitz auffordern, die Gebäude und Anlagen des A1-Ringes wieder zu errichten?

Achtens: Der Vertrag mit der Firma „Red Bull“ enthält einen Passus, dass der Abbruch von Gebäuden am A1-Ring nur zulässig ist, wenn er mit einer „Wertsteigerung“ verbunden ist. Diese ist nun offenbar nicht gegeben. Wer hat bei der Gemeinde Spielberg den Antrag auf Abbruch der Gebäude des A1-Ringes eingebracht?

Neuntens: Sie haben angekündigt, dass es jedenfalls ein „Projekt Spielberg“ geben werde. In welcher Branche soll dieses Projekt entstehen (Gewerbe-, Industrie-, Freizeit-, Tourismusbetrieb et cetera)?

Zehntens: Gibt es für dieses Projekt schon konkrete Zusagen von Investoren?

Elftens: Wird das von Ihnen angekündigte Projekt Spielberg auf den Grundstücken des ehemaligen A1-Ringes umgesetzt werden?

Zwölftens: Wenn nein – was passiert mit dem Gelände des ehemaligen A1-Ringes, auf dem sich zurzeit die Schutthäufen türmen?

13.: Ist von Ihrer Seite an eine Wiedererrichtung der Rennstrecke in Spielberg und an eine Wiederaufnahme des Rennbetriebes gedacht?

14.: Wie beurteilen Sie die Chancen, das in den Betrieben der Region vorhandene Know-how, betreffend die Erzeugung von Kunststoffteilen, Leiterplatten, Flugzeugteilen et cetera zu einem großen Leitprojekt („Luftfahrtcluster“), mit dem Arbeits- und Lehrplätze geschaffen werden, zu vereinen?

15.: Die Region westliche Obersteiermark hat in den letzten Jahren verstärkt versucht, ihre Position als Tourismusregion zu verbessern. Treten Sie für ein verstärktes Engagements des Landes Steiermark zur Errichtung des Thermenprojektes Fohnsdorf-Gabelhofen ein?

Ich ersuche um Beantwortung. (Beifall bei der FPÖ. – 10.25 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (10.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine Resolution und ein Paket mit 7165 Unterschriften wurden mir übergeben und das ist nur ein Teil der Botschaft, der eigentlich in dieser Stunde auch mitten hier im Raum ist, wo in der Einleitung steht: „Der Österreichring beziehungsweise der A1-Ring ist das wirtschaftliche und touristische Herzstück unserer Region und ein unbezahlbares Werbefenster in der gesamten Welt.“ Und so ist es auch gut, dass die Vertreter mit dieser Resolution heute und jetzt hier unterwegs sind – die Frau Kollegin hat es angesprochen – und hier im Zuschauerraum mit dabei sind, aber vielleicht auch, wenn sie in diesen Stunden oder nach diesen Stunden hinausfahren, dass sie auch das Gefühl haben, dass in diesem Lande gearbeitet wird, dass diese Regierung und auch der Landeshauptmann bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und dass die Abgeordneten sich etwas denken, wenn wir heute zu dieser Sonderlandtagssitzung eingeladen haben. So ist es gut. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann Ihnen vom Stand 26. Jänner berichten, sprich heute, und möchte die Anfragen der Freiheitlichen Partei wie folgt beantworten.

Zuerst eine Einleitung: Das Jahr 2004 hat manche schwierige Diskussion und Situation mit sich gebracht.

Besonders bedauere ich die Absage des einzigartigen „Red-Bull-Projektes“ in Spielberg, ausgelöst durch einen negativen Bescheid des Bundes-Umweltsenates im Dezember des Vorjahres.

Mit Red Bull ist in Spielberg eine Zukunftsvision geplant gewesen und man muss es dazusagen, es ist ein Traum, eine Hoffnung, die angesprochen war und die man auch ganz eng mit der gesamten Region verbunden hat. Die Absage hat zu großer Betroffenheit, ja ich möchte sagen zur Erschütterung in der Region, aber auch darüber hinaus in der gesamten Steiermark und noch mehr geführt. Die Wortwahl betreffend, möchte ich aber schon sehr klar sagen. Manche haben von einer „Katastrophe“ gesprochen. Eine Bezeichnung, die angesichts der schrecklichen Naturereignisse um den Jahreswechsel nicht passt. Eine Flutwellenkatastrophe mit vielen tragischen menschlichen Einzelschicksalen ist mit dieser Situation nicht vergleichbar. Steirerinnen und Steirer mussten dort ihr Leben lassen. Dort passt das Wort Katastrophe.

Richtet man den Blick auf Österreich, auf die Steiermark, so gilt es trotz aller Probleme und Sorgen und der aktuellen großen Betroffenheit im Zusammenhang mit dem Projekt Spielberg bei objektiver Betrachtung der Gesamtsituation Folgendes festzustellen. Ich möchte dies ohne Schönfärberei, aber auch ohne Schwarzmalerei tun, sondern mit einem realistischen Blick, der uns trotz des jetzigen schweren Rückschlags Mut zusprechen kann und auch ermutigt:

Unser Land, die Steiermark, ist insgesamt auf einem guten Weg! (Beifall bei der ÖVP.)

Einige Fakten:

Die Zahl der Arbeitsplätze ist in der Steiermark in den letzten zehn Jahren um 8,5 Prozent gestiegen – während sie in ganz Österreich leider nur um 4,6 Prozent angestiegen ist.

Mit 4,1 Prozent haben wir in der Steiermark den höchsten Rückgang an Arbeitslosen in ganz Österreich zu verzeichnen.

2004 war erstmals seit 1945 die Arbeitslosenrate in der Steiermark geringer als in Österreich. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin seit dem Jahre 1988 in der Regierung, damals war ich Wirtschaftsreferentin, später Landeshauptmann bis heute, sage hier deutlich dazu, in diesem Zeitraum konnten über 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft geschaffen werden.

Die Steiermark hat die höchste Kompetenzzentren-Dichte in Österreich! Das heißt, Innovation und Zukunft.

Zehn Jahre Autocluster, elftes, zwölftes Jahr heuer eigentlich, bedeutet, über 200.000 Autos werden bei uns jährlich produziert. Letzter Großauftrag vom Hause Magna ist im Herbst vergangenen Jahres gekommen und sichert weitere 650 Arbeitsplätze.

Dies sind die besten Wirtschaftsdaten, die die Steiermark über einen so langen Zeitraum jemals gehabt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage aber sehr bewusst dazu, dass davon auch die Region westliche Obersteiermark profitiert hat, aber dass es kleine und mittlere Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und damit auch die betroffenen Familien und die kommenden Generationen gibt, die eine andere Vorstellung von der Zukunft hatten, weil sie gemeint haben, dass dieses Projekt umsetzbar ist. Ich sage sehr bewusst auch dazu, um in der Region zu bleiben. Beachtliches wurde in den letzten Jahren geleistet, viele Firmen gestärkt oder neue angesiedelt. Als Beispiel nenne ich, und nur stellvertretend für viele, das Holzindustriezentrum Judenburg, die HTP Fohnsdorf, die momentan einige Sorgen hat, die ATB-Antriebstechnik, die VAE-Eisenbahnsysteme, das AiZ-Unternehmerzentrum, das Schulungszentrum Fohnsdorf, die Austria Email AG., die Lasertechnik Francesconi und viele mehr.

Auch der Tourismus hat sich in den letzten Jahren, vor allem im Bereich des Wintersportes großartig entwickelt. Weiters konnten in der Steiermark folgende wichtige Großprojekte umgesetzt und verwirklicht werden:

Ich nenne in der Infrastruktur den Semmeringstraßentunnel, die zweite Röhre Plabutsch, den Containerterminal Werndorf und vor allem auch die Koralmbahn, die nun mit einem Finanzierungsvertrag endlich auf Schiene gebracht ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch der weitere Ausbau der Murtalschnellstraße ist im Gang.

Große Anstrengungen für ein innerösterreichisches Wirtschaftsdreieck Graz–Linz, Linz–Wien und Wien–Graz, das gerade auch für die Verkehrsanbindung des obersteirischen Raumes besonders wichtig ist. In diesem Falle sage ich auch klar, dass ich mit der Antwort aus der Sicht der Bundesregierung im ersten Quartal 2005 rechne.

Durch die Eröffnung der Therme Nova haben wir den Strukturwandel für die Region Weststeiermark erfolgreich eingeleitet.

Auch das „Projekt 2006 – Bad Gleichenberg“ mit Investitionen über 60 Millionen Euro setzt einen neuen Akzent in der Frage der Medizin, in der Frage des Tourismus und bringt die Steiermark in eine Position als Gesundheitsregion in Österreich.

Mit der kürzlich unterzeichneten Erzbergstiftung ist für die weitere Absicherung der Region rund um den Erzberg vorgesorgt. Vieles ist dabei noch zu tun und das ist unser Auftrag. Ich sage aber auch sehr zuversichtlich, dass es Zusammenarbeit gibt mit der Montanuniversität, mit der Technischen Universität in den Fundamenten und in den Aufgabenstellungen, die sich hier Bildung, Forschung und Entwicklung nennen. Es ist aufgebaut, es gilt fortzusetzen.

Und die Steiermark ist ein Land, von dem wir auch wissen, es ist das beliebteste Inländertourismusland und ich denke daran, dass wir gerade in den letzten zwei Wochen das Schispringen am Kulm hatten oder gestern Abend den Nachtslalom in Schladming. Heute hat mich jemand gefragt, wie das gelingt, dass man Schladming so positiv aufbauen kann. Ja, das ist jahrzehntelange Vorbereitung und Arbeit aus der Sicht der Gemeinde, aus der Sicht des Landes und auch hier gibt es eine politische Verantwortung. Aber in dem Fall keine Frage. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen versichern, es ist mir und uns ein Anliegen, den erfolgreichen Weg fortzusetzen und unsere Steiermark nach wirtschaftlichen schwierigen Jahrzehnten, die inzwischen zu einer europäischen Zukunftsregion geworden ist, zugleich aber auch liebenswerte Heimat ist, durch glaubwürdige und ehrliche Arbeit mit einem Fundament von Vertrauen und Zutrauen auszustatten und weiterzuarbeiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun zu den Fragen:

Zur Frage eins:

Ich glaube, es wäre wohl zu einfach, bei einer derart komplexen Situation und bei diesem einzigartigen Projekt zu sagen, der oder der trägt jetzt die Hauptschuld für das Nichtzustandekommen. Vieles spielt hier zusammen, rechtsstaatliche Möglichkeiten, die Tätigkeit von Bürgerinitiativen, die Konsensbereitschaft des Projektwerbers im Wunsch, dieses Projekt zu 100 Prozent umsetzen zu wollen oder ein höherer Senat, der in seinem Erkenntnis neue Wege beschritten hat.

Ich vergesse auch die politische Verantwortung nicht. Viele Mitglieder der Landesregierung waren zuständig in verschiedenen Aufgaben und Arbeiten. Das zeigt auch die Anzahl der heute zu beantwortenden Anfragen. Ohne einer Antwort vorzugreifen, stelle ich aber voran: Alle wollten das Beste für dieses Projekt. Der positive Bescheid der Landesbehörden dokumentierte diesen Willen klar. Als Landeshauptmann fühle ich mich für das Gelingen von Großprojekten in der Steiermark verantwortlich, weshalb ich auch dieses Großprojekt in vielen Bereichen begleitet habe. Verantwortung heißt für mich, in guten und in schwierigen Zeiten vorne zu stehen und zu helfen und Lösungen anzubieten. Wenn ich das versuche, kriege ich dann eine Anfrage, warum ich dorthin gefahren bin. Ich hätte eigentlich bei einem Großprojekt zum Beispiel Magna nichts zu tun. Die Anfrage habe ich inzwischen schriftlich beantwortet.

Viele Hilfestellungen beim konkreten Red-Bull-Projekt von Seiten des Landes wurden angeboten und auch angenommen. So hat sich eine eigens dafür eingerichtete Task-Force unter der Leitung von Mag. Alexander Schwarz um die Förderungen für dieses Projekt gekümmert. Vertreter der Regierungsfractionen waren für diese Task-Force nominiert.

Im Sommer des Vorjahres habe ich in zahlreichen direkten Gesprächen vor Ort, aber auch bei mir im Büro gemeinsam mit dem örtlichen Projektverantwortlichen Prof. Winkler und den beiden Bürgerinitiativen Arbesser/Hörbiger versucht, Überzeugungsarbeit zu leisten, um den Weg zum Umweltsenat nicht beschreiten zu müssen. Ich würde Kollegen der anderen Fraktionen bitten, ob sie auch solche Gespräche geführt haben, heute ist die Gelegenheit, dies darzustellen. Es war nicht ganz einfach.

Von mir wurde weiters Hofrat Dr. Rupprecht als Koordinator gemeinsam mit Herrn Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Wurzbach ersucht, sich dafür einzusetzen und sie haben es getan, um mit den Berufungswerbern eine Annäherung der Standpunkte zu erreichen und eine Zurückziehung der Berufungen zu ermöglichen. Die Bemühungen von Dr. Rupprecht und Dr. Wurzbach waren in sechs von acht Berufungen erfolgreich. Die Zurückziehungen von Berufungen wurden zugesichert. Auch der Umweltanwalt hat dies getan. Dies war das Ergebnis. Leider gelang es nicht in allen Fällen, so dass der Bundes-Umweltsenat die bekannte Entscheidung getroffen hat und dabei aus für mich bis heute nicht nachvollziehbaren Gründen für das Projekt und die Region und das Land die ungünstigste Entscheidung fällte.

In der Phase zwischen Bekanntgabe der Entscheidung durch den Umweltsenat am 6. Dezember 2004 und der endgültigen Absage durch Dietrich Mateschitz am 18. Jänner 2005 gab es viele Bemühungen, viele Gespräche auf vielen Ebenen. Die einstimmig von der Landesregierung beschlossene Einrichtung eines Lenkungs-Ausschusses und eines Expertenteams und die Gründung einer Task-Force Bund/Land signalisierten Red Bull, wie wichtig für unser Land, aber auch für den Bund dieses Projekt war und ist. Letztlich hat auch die vom Expertenteam erarbeitete Machbarkeitsbetrachtung, die ich dann der Landesregierung übergeben habe, zu keinen weiteren Fragen geführt. Und ich sage bewusst dazu, diese Machbarkeitsbetrachtung konnte nicht die komplette Rechtssicherheit garantieren, die Herr Mateschitz für die Realisierung für erforderlich hält. Wörtlich führte Dietrich Mateschitz in dem an mich gerichteten Schreiben aus, und ich zitiere:

„Fazit ist daher, dass auf Grund der Abweisung des Projektes durch den Umweltsenat und der sich daraus ergebenden Rechtsfolgen ein vergleichbares Projekt nicht mehr zu verwirklichen und eine Neueinreichung auf Grund bestehender Rechtsunsicherheiten und Verzögerungen nicht zu rechtfertigen ist.“ Soweit das Zitat.

Rechtsstaatliche Abläufe und Erkenntnisse von Instanzen sind genauso wie Entscheidungen eines Unternehmens zu respektieren, ob uns das Ergebnis gefällt oder nicht.

Zur Frage zwei:

Soweit mir die Informationen vorliegen, hat die Behörde erster Instanz auf Basis und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unter Berücksichtigung der eingebrachten Stellungnahmen und Beschwerden eine Bewilligung für dieses Großprojekt erteilt. Bei Vorhaben dieses Umfangs und dieser Komplexität sind unterschiedliche rechtliche Beurteilungen und Auffassungen zwischen erster und zweiter Instanz nicht auszuschließen. Die Formmängel der erstinstanzlichen Entscheidungen waren laut Begründung des Umweltsenates jedenfalls für die Ablehnung nicht ausschlaggebend.

Der Umweltsenat hat in seiner Reihe von Entscheidungspunkten Neuland betreten, die in dieser Form nicht vorhersehbar waren, was von Rechtsexperten wie zum Beispiel dem angesehenen Wiener Verwaltungsrechtler Univ.-Prof. Dr. Rudolf Thienel bestätigt wurde. Verschiedene Fragen, wie zum Beispiel ob Luftgrenzwerte nur angestrebt oder doch einzuhalten sind, wurden seitens des Umweltsenates abweichend von der bisherigen ständigen Rechtsprechung beantwortet.

Ein Projekt dieser Größenordnung ist immer von einem optimalen Zusammenwirken aller Beteiligten, also des Projektwerbers, der Behörde und der betroffenen Bevölkerung abhängig.

Letztlich hängt der Erfolg eines Projektantrages auch davon ab, wie flexibel ein Projektwerber auf die Anforderungen im Verfahren reagiert und mit Beschwerdeführern einen Konsens herstellen kann und will.

Zur Frage drei: Die Bewilligung war möglich, weil der Gesamtgutachter, der, wie viele Sachverständige in diesem Verfahren, dem Ressort von Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl zugeordnet ist, ein Gutachten erstellt hat, welches die Basis für den positiven erstinstanzlichen Bescheid bildete.

In konkreter Beantwortung Ihrer Frage gehe ich davon aus, dass weder Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, noch Landesrat Seitinger, noch Landesrat Mag. Erlitz oder Landesrat DDr. Schöpfer beziehungsweise auch Landesrat außer Dienst Dipl.-Ing. Paierl eine Weisung erteilt haben. Ich sage aber sehr deutlich dazu, dass es viele Gespräche, Fragen und auch Antworten gegeben hat, auch von meiner Seite. Ich denke an eines mit dem Kollegen Mag. Erlitz.

Zur Frage vier: Die Entscheidung des Umweltsenates ist für mich insofern unverständlich und auch ungewöhnlich, als der Umweltsenat den Projektantrag abgewiesen hat. Von den vier vorhandenen Möglichkeiten der Bestätigung, der Bestätigung mit Auflagen, der Zurückverweisung und der Abweisung hat er sich für das schärfste Mittel entschieden und abgewiesen.

Die Mitglieder des Dreiersenates sind Beamte des Umweltministeriums, der Niederösterreichischen Landesregierung sowie der Justiz gewesen. Der Umweltsenat ist beim Umweltministerium eingerichtet, weisungsfrei und unabhängig.

Der Umweltsenat hat meiner Meinung nach bei seiner Entscheidung jedenfalls die arbeits- und wirtschaftspolitische Dimension des Projektes Spielberg für die Steiermark außer Acht gelassen. Nachdem der Konsenswerber auf das außerordentliche Rechtsmittel der Verwaltungsgerichtshof-Beschwerde verzichtet hat und dieses auch nicht wollte, ist der Spruch des Umweltsenates rechtskräftig geworden.

Zu Frage fünf: Für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes A1-Ring neu hat das Land der Ö-Ring GmbH 16,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dem ging ein einstimmiger Regierungssitzungsbeschluss vom 10. Februar 2003 voraus, der im Landtag vom 11. Februar 2003 die Zustimmung aller Fraktionen mit Ausnahme der Grünen fand.

Zur Frage sechs: Lediglich zwei der von Red Bull am A1-Ring erworbenen Grundstücke wurden von der Ö-Ring GmbH gekauft, alle anderen wurden seitens Red Bull von verschiedenen Grundeigentümern erworben. Die Rückkaufverpflichtung der Ö-Ring GmbH bezieht sich auf die an Red Bull verkauften Anlagen im Falle einer Kündigung des Unterpachtvertrages.

Die Rückkaufverpflichtung steht also in keinem Zusammenhang mit den Liegenschaften, sondern mit den am Ring befindlichen Betriebsanlagen.

Sobald klar wird, in welcher Weise der Ring wiederhergestellt werden kann und wird, ist die Frage der Rückkaufverpflichtung in Verhandlungen mit Dietrich Mateschitz zu lösen.

Zu den Fragen sieben, zwölf und 13: Dietrich Mateschitz hat von sich aus angeboten, die Rennstrecke wieder in dem ursprünglich von ihm vorgefundenen Zustand herzustellen. Dies hat er auch in einem Telefonat angesprochen.

In den bevorstehenden Verhandlungen mit Red Bull werden aber alle offenen Fragen, die mit den Verträgen und der Wiedererrichtung des Rings zusammenhängen, zur Sprache gebracht werden müssen.

Von mir wird die Wiedererrichtung der Rennstrecke in Spielberg – ein großer Wunsch der Region, ich habe es einleitend auch angesprochen – mit einem Motorsportzentrum positiv gesehen. (Beifall bei der ÖVP.) Es geht hier, genauso wie bei dem notwendigen Offensivprogramm für die westliche Obersteiermark insgesamt, um eine gründliche und fundierte Vorbereitung. Ich wiederhole meine Aussage: Es wird ein Projekt Spielberg im Gesamtzusammenhang mit dem Offensivprogramm geben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage sehr bewusst dazu, ich erinnere mich an die Zeit, als es nur den Ring gegeben hat und keine Grand-Prix-Rennen, dass wir in dieser Phase damals versucht haben und es war die Abgeordnete Hermine Pufwald, die aktivst mitgeholfen hat, gemeinsam mit Vertretern der Region, dass wir damals dieses Fahrtechniksicherheitszentrum zum Ring gebracht haben und das war ein Mittelpunkt. Es konnte und es wurde dann ein neuer Weg gegangen in großer Übereinstimmung mit einem großen Ziel und darum sind wir auch heute hier beisammen.

Zur Frage acht: Das Abbruchansuchen wurde von der Ö-Ring GmbH auf Grund ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Red Bull eingebracht. Im Einvernehmen mit Red Bull verfolgte die Ö-Ring GmbH dabei das Ziel, eine rasche Realisierung des Red-Bull-Projektes nicht zu verzögern.

Die Abbruchbewilligung wurde von der Gemeinde Spielberg mit Bescheid vom 3. März 2004 erteilt.

Die Abbruchmaßnahmen wurden von Red Bull gesetzt.

Zu den Fragen neun, zehn und elf: Wie Sie wissen, habe ich bereits am 19. Jänner 2005 den Start für ein neues Offensivprogramm für die westliche Obersteiermark angesprochen. Da ist vieles im Gange.

So werden zurzeit Gespräche mit potenziellen Investoren aus allen von Ihnen in der Anfrage angeführten Bereichen geführt. Sie werden aber auch verstehen, dass Namen auf Grund der Sensibilität des Themas heute und hier noch zurückhaltend angegangen werden. Der Kollege Schöpfer wird über ein umfangreiches Investment berichten können, welches geplant ist und welches auch die gesamte Region anspricht.

Aber eines kann ich Ihnen heute schon sagen: Ein Gruppe um Dr. Josef Taus, Dr. Hannes Androsch, Dr. Claus Raidl, Univ.-Prof. Dr. Georg Brasseur und Univ.-Prof. Dr. Fritz Paschke hat höchstes Interesse und Einsatz eingebracht und möchte in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Landes nicht nur akkordieren, sondern helfen, eine gute Entwicklung für die westliche und gesamte Obersteiermark zu finden.

Parallel dazu habe ich mit Landesrat Dr. Schöpfer sowie der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung sowie dem Wifi eine regionale Initiative für die Obersteiermark in die Wege geleitet. Darin sollen in kurz-, mittel- und langfristigen Strategien, aufbauend auf vorhandenen Leitbetrieben dieser Region, das bestehende Innovationspotenzial gehoben und nachhaltige Investitionen geschaffen werden. Dazu gehört auch die Gründung einer „Obersteiermark-Agentur“ der Steirischen Wirtschaftsförderung, die örtlich in der Wirtschaftskammer Judenburg angesiedelt wird. Synergien können dadurch bestmöglich genutzt werden.

Diese Obersteiermark-Agentur hat einen konkreten Auftrag: Nachhaltige wirtschaftliche Stärkung der Region westliche Obersteiermark vor allem durch Betriebserweiterungen, Festigungen, neue Betriebe und durch ein Bündel von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung, Qualifikation, Bildung und Infrastruktur.

Ich schließe zum heutigen Zeitpunkt keine einzige Branche aus, alle sind herzlich willkommen, gemeinsam mit uns an der Zukunft der Region um Spielberg mitzuarbeiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Tourismus und Sport sind in diesem Fall ganz vorne mit dabei. Natürlich ist es sinnvoll, schwerpunktmäßig cluster-orientierte Stärkefelder im Raum Obersteiermark in diese Wirtschaftsoffensive einzubinden, wenn es entsprechende Leitbetriebe dafür gibt, wobei gerade auch die Land- und Forstwirtschaft anzusprechen ist.

In der Obersteiermark gibt es bereits zwei Clusterinitiativen, den Holzcluster mit Sitz in Zeltweg und den Werkstoffcluster mit Sitz in Leoben. Ob andere und neue, wie etwa der überaus erfolgreiche Autocluster in Kombination mit der Luftfahrt auch in den Raum Obersteiermark dazukommen, kann heute noch nicht gesagt werden. Verhandlungen sind im Gange. Aber ich bitte um Verständnis, dass nicht alles fertig werden kann, vor allem dann, wenn man sagt, es war vergange Woche am Mittwoch, und das ist eigentlich ein praktisches Beispiel. Wenn ich mir bis Mittwoch etwas vornehme und immer noch hoffe, dass ich mit jemandem gemeinsam etwas machen kann, dann habe ich nicht am Donnerstag schon den neuen Partner. Sonst war nämlich diese Vereinbarung, die man hatte, nicht ehrlich. So auch eine der Begründung.

Eines möchte ich noch betonen: Die Förderungen des Landes und des Bundes in der Höhe von insgesamt 90 Millionen Euro stehen für entsprechende Projekte bereit. (Beifall bei der ÖVP.) Das wurde mir für die Bundesförderungen von Bundeskanzler Dr. Schüssel und Bundesminister Dr. Martin Bartenstein zugesichert.

Ich schlage vor, einen Bund-Land-Vertrag über diese Fördersumme abzuschließen, der dies ausdrücklich festschreibt. Damit wird eine Fördersumme angesprochen, die Folgeinvestitionen in beträchtlichem Ausmaß auslösen werden. Herr Landesrat Dr. Schöpfer hat bereits morgen einen Termin bei Wirtschaftsminister Dr. Bartenstein, um die weiteren Schritte einzuleiten.

Zur Frage 15:

Vom zuständigen Tourismusreferenten Landesrat Hermann Schützenhöfer wurden in Zusammenarbeit mit der Firma Zolles und Edinger detaillierte Kriterien für Thermenprojekte angefordert, an denen sich dann die öffentliche Hand beziehungsweise das Land Steiermark beteiligen sollen, die werden erarbeitet. Es wird daher auch das Thermenprojekt Gabelhofen einer Detailprüfung unterzogen. Eine Therme in der westlichen Obersteiermark könnte jedenfalls im Rahmen eines Gesamtkonzeptes „Westliche Obersteiermark“ angedacht sein. Ich denke aber daran und ich erinnere mich noch, es war vor vielen Jahren, da hat Bundeskanzler Dr. Vranitzky bereits in den neunziger Jahren von der Realisierung einer Therme in dieser Region und deren Förderung durch den Bund gesprochen. Es geht mir darum, keine unerfüllbaren Hoffungen zu wecken, sondern gute Perspektiven mit einem neuen Offensivprogramm zu geben, die eine nachhaltig positive Weiterentwicklung gewährleisten. Um dieses Maßnahmenbündel und das Offensivprogramm „Westliche Obersteiermark“ zu detaillieren, sind die Sozialpartner, aber auch die Industriellenvereinigung und der Österreichische Gewerkschaftsbund ebenso eingeladen wie alle Gruppen, alle Parteien in Verantwortung angesprochen, die Chancen auszuloten und erforderliche Maßnahmen zu treffen. Gemeinsam werden wir für Spielberg, für die Region „Westliche Obersteiermark“ und die gesamte Obersteiermark kurz-, mittel- und langfristig eine nachhaltig positive Perspektive entwickeln. Das ist unser Auftrag, das ist die Verantwortung und dafür werde ich mich auch voll und ganz einsetzen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.52 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Damit komme ich nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg. Ich erteile dazu dem Klubobmann Abgeordneten Kröpfl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Kröpfl (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren im Zuschauerraum! Liebe Vertreter der Presse! (Hochheben von Tafeln durch Abgeordnete der ÖVP.)

Ja, ich bin total überrascht (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpfl, meine Damen und Herren!“), wie groß dieses Langzeitgedächtnis der ÖVP ist. Es ist kein Wunder, dass man auch einen Wirtschaftshistoriker zum Wirtschaftslandesrat gemacht hat, wenn man Plakate aus dem 95er Jahr ausgräbt. Aber ich gehe dann gerne auf dieses Plakat auch ein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP. (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Weitere Wortmeldungen nehme ich entgegen. Herr Abgeordneter, bitte fahren Sie fort!“) Ich verstehe natürlich die Aufregung der ÖVP, das ist schon ganz klar, an so einem Tag, wo so ein großes Projekt behandelt wird und wo natürlich eindeutig herauskommt, wo die Fehler liegen, da ist man natürlich nervös und aufgebracht.

Und dass es in der Steiermark, sehr geehrte Damen und Herren, nicht so läuft wie es laufen könnte, braucht man nur verfolgen, indem man zurückblickt auf diese letzten zwei Jahre.

Ja, blicken Sie zurück auf zwei Jahre! Es hat noch nie in einer Landtagsperiode so viele Dringliche Anfragen gegeben und es hat noch nie so viele Sonderlandtage gegeben in einer Gesetzgebungsperiode wie hier in diesen letzten zwei Jahren. (Abg. Hamedl: „Weil ihr nicht konstruktiv arbeiten könnt!“)

Und worauf ist das alles zurückzuführen, verehrte Damen und Herren? Auf ein Versagen der ÖVP, weil die ÖVP ständig mit Problemen beschäftigt war. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, verehrte Damen und Herren, es ist sogar so weit gegangen, dass Sie ja nicht einmal mehr allein damit zu Rande kommen. Und deswegen wurde ständig der Landtag damit befasst. Und deswegen war die Frau Landeshauptmann so oft am Wort, in diesem Hause tätig. Ich erinnere nur an die Grapschaffäre, als das Ganze begonnen hat. Ich erinnere an die ESTAG, ich erinnere an Herberstein, ich erinnere an den Steirischen Herbst und nicht zuletzt leider auch Spielberg – leider, muss ich sagen, weil es mir wirklich für die Region und für die Menschen dort Leid tut. Das war die Politik der ÖVP in den letzten zwei Jahren. Deswegen haben sie auch nichts mehr weitergebracht und ständige Wechsel durchführen müssen.

Und zum Vorpreschen der ÖVP, dass es heute diesen Sonderlandtag gibt, darf ich auch noch ein paar Worte verlieren, verehrte Damen und Herren!

Ich habe mich am Anfang, als ich gehört habe, dass die ÖVP den Antrag gestellt hat auf einen Sonderlandtag, gedacht, oh, bei der ÖVP ist jetzt ein Schalter geklickt und jetzt werden sie vielleicht einen Neuwahlantrag stellen, damit wir in diesem Land einen Schwung bekommen. Aber leider, da habe ich mich vertan (Abg. Riebenbauer: „Wie immer!“), es war doch nicht so und die ÖVP ist wieder in ihr altes Fahrwasser zurückgekommen. Sie springt immer dann auf einen Zug auf, wenn der Zug schon fährt. Das haben wir gesehen bei der ESTAG, beim Untersuchungsausschuss. Erst als alle Parteien schon in der Öffentlichkeit erklärt haben, dass sie einen Untersuchungs-Ausschuss wollen, ist die ÖVP auch mit aufgesprungen. Das ist halt Ihre Verhaltensweise. Immer dann, wenn schon etwas auf Schiene steht, dann möchten Sie da hier mitfahren, verehrte Damen und Herren! (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Wir wollen arbeiten, und nicht wählen!“)

Aber zu diesem Sonderlandtagsantrag kommt schon noch ein Schmankehl dazu. Ihr habt nämlich Angst gehabt, dass vielleicht schon gestern der Sonderlandtag hätte stattfinden können. Und dann hätten sich ein paar ÖVP-Politiker in Schladming nicht sonnen können im Bad der Öffentlichkeit, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und da wären Sie einmal – (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ein erfolgreiches Projekt für die Steiermark!“) Es ist natürlich klar, das ist ja ganz klar! (Unverständliche Zwischenrufe.) Schau! Es ist lustig, wenn sich die ÖVP so aufregt und mit mir so beschäftigt.

Aber ich weiß schon, die ÖVP ist natürlich gerne – (Präsident: „Meine Damen und Herren! Wortmeldungen bitte bei mir, am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpfl!“)

Auch wenn es der ÖVP noch so unangenehm ist, ich bin noch immer am Wort. Danke, Herr Präsident!

Aber natürlich, es ist klar, wenn man so ein Ereignis hat, dann versucht man sich natürlich, dort in den Vordergrund zu stellen und in den Mittelpunkt zu schieben. Ich verstehe das, dass das die ÖVP natürlich nutzt, weil so oft habt ihr nicht die Gelegenheit dazu, euch dort in den Mittelpunkt zu drängen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch etwas, sehr verehrte Damen und Herren! Noch eines, ein paar Worte zum politischen Stil der letzten Tage, die in unserem Bundesland jetzt auftauchen. In der ÖVP regt man sich auf, wenn die SPÖ ein Inserat schaltet, wo eindeutig Fehler festgestellt werden, wo ein Versagen dargestellt wird, da regt man sich auf. Da kommen dann gleich die Scharfmacher und dann werden sehr harte Worte verwendet.

Aber die ÖVP betreibt seit Monaten eine Kampagne gegen unseren Landesparteivorsitzenden, indem man ihn persönlich attackiert, indem man ihn Arbeitsverweigerer nennt, Faulpelz nennt, indem man ihn auch als faulen Willi und als Gleitpensionär bezeichnet.

Sehr verehrte Damen und Herren von der ÖVP, schreiben Sie sich eines hinter die Ohren, bitte, diesen Stil werden wir in dieser Wahlauseinandersetzung des heurigen Jahres sicherlich nicht mittragen. Unser Parteivorsitzender steht nicht für persönliche Attacken. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden uns aber nicht von der ÖVP das Wort verbieten lassen, dass wir harte Kritik anwenden dort, wo sie angebracht ist. Und auch Kritik an der Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren, ist noch lange keine Majestätsbeleidigung und muss auch erlaubt sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich habe in diesem Haus schon einmal gesagt, wo die Ursachen für diese schlechte Lage in der Steiermark zu suchen sind. Die gehen zurück auf das Jahr 2000, nach dem erfolgreichen Wahlkampf der ÖVP. Nachdem Sie 47 Prozent der Stimmen erreicht haben, haben Sie die SPÖ-Ressorts ausgeräumt bis zum Letzten. Man hat ihnen gerade noch etwas gelassen, damit man gesagt hat, die können ja auch noch ein Ressort bekleiden und die ÖVP-Ressorts hat man gleichzeitig aufgebläht.

Erinnern Sie sich zurück, dass man dem Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner seinerzeit nur mehr die SPÖ-Gemeinden übriggelassen hat und dass Franz Voves das Ressort übernommen hat. Das natürlich gerne übernommen hat – die Verantwortung für die SPÖ-Ressorts – und er ist erfolgreich unterwegs in den SPÖ-Gemeinden und das tut euch natürlich sehr, sehr weh. (Beifall bei der SPÖ.)

Die ÖVP hat geglaubt, mit 47 Prozent der Wählerstimmen kann sie 100 Prozent der Macht in diesem Land ausüben. Aber Macht haben alleine, verehrte Damen und Herren, ist zu wenig. Man muss auch in der Lage sein Ressorts zu führen, Verantwortung zu übernehmen und das Land zu gestalten. Und gerade das fehlt bei einigen Ressorts in der ÖVP, verehrte Damen und Herren. (Abg. Bittmann: „Der Voves hat keine Ressorts. Was soll er führen ohne Ressorts?“)

Wenn man einem Politiker alles abräumt, wenn man ihm alle Verantwortungen nimmt und dann möchte man ihn ins Boot hineinholen, wenn es irgendwo brennt, dann soll er Feuerwehr spielen, das ist ein bisschen zu billig, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist nicht nur eine Analyse der SPÖ, sondern bitte lesen Sie die Berichte von sehr anerkannten Politjournalisten und ich nehme einen heraus. Das ist der Ernst Sittinger von der „Presse“, der gestern geschrieben hat. Zitat: „Die ÖVP war in der Offensive immer gut, kommt aber nicht mit der Tatsache zurecht, dass sie diesmal gegen den Wind spielen muss. ESTAG, Spielberg und die personellen Turbulenzen haben die Nervenenden freigelegt. Nach fünf Jahren, in denen man die absolute Mehrheit in der Regierung im wichtigsten politischen Gremium hatte, nimmt es sich schlecht aus, die Mitbewerber zur Verantwortung ziehen zu wollen. Besser wäre es, Fehler einzubekennen und gleichzeitig einen neuen glaubwürdigen Entwurf für die Zukunft des Landes vorzulegen.“ – Zitat Ende. Ich habe diesem Zitat nichts mehr hinzuzufügen, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und genauso wie Sie es bei anderen Dingen versucht haben, versuchen Sie es jetzt bei Spielberg. Sie möchten uns wieder in das Boot hineinholen, dass wir da eine Mitschuld hätten an diesem Projekt. Das zeigt das heutige Inserat in der Zeitung, das zeigen aber auch Ihre Taferln, die ihr wieder einmal hervor geholt habt.

Wir waren seinerzeit, und dazu bekennen wir uns, hört jetzt gut zu von der ÖVP, wir waren seinerzeit gegen den Vertrag beim A1-Ring, den das Land mit dem Herrn Ecclestone abgeschlossen hat. Das war unsere Intention, warum wir damals dagegen waren. Leider haben wir ja Recht bekommen (Abg. Gödl: „Haha!“), leider hat sich der Herr Ecclestone vertschüssst, ohne seinen Vertrag voll zu erfüllen. Er ist einfach gegangen und das Land hat durch die Finger geschaut. So schauen wir aus, würde der Kurt Gennaro sagen in diesem Fall. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wäre auf das gar nicht eingegangen, aber weil die ÖVP jetzt versucht, uns hier jetzt in dieses sinkende Schiff hineinzunehmen, da muss man natürlich einige Dinge klarstellen. Ihr habt das schon versucht bei der ESTAG, da ist es euch nicht gelungen. Auch dort habt ihr geglaubt, da werden wir die Roten ordentlich reinhauen, es ist nicht gelungen. Es waren leider wieder nur ÖVP-Akteure, die hauptverantwortlich waren.

Sehr verehrte Damen und Herren, dieses Projekt Spielberg hat natürlich in der Region, aber auch über die Region hinaus große Aufmerksamkeit erhalten, und mit Recht. Man hat Hoffnungen erweckt, aber leider hat das Inkompetenzzentrum um die Frau Landeshauptmann herum diese Hoffnungen zerstört. Es ist mit dem Inkompetenzzentrum eines zu diesen Kompetenzzentren, die Sie heute schon angeschnitten haben, Frau Landeshauptmann, dazugekommen. Leider eines im negativen Sinn. Man hätte auch ein positives Kompetenzzentrum aufbauen können. Die Menschen im Aichfeld und darüber hinaus sind enttäuscht. Sie sind verunsichert und gerade die Jugend, die für uns ja alle das Wichtigste ist, sieht kaum noch Zukunftschancen in dieser Region. Und da müssen wir in der Politik dagegensteuern, da müssen wir gegenarbeiten und da sollen wir uns wirklich alle gemeinsam anstrengen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dass dieses Projekt gescheitert ist, und das hat die Frau Kollegin Dietrich heute schon gesagt, hängt wirklich mit der Unprofessionalität zusammen, mit der man von verschiedenen Seiten an dieses Projekt herangegangen ist. Man hat weder auf warnende Hinweise aus Wien geachtet, man hat die Einwendungen der Bürgerinitiativen heruntergespielt, man hat Sachverhalte einfach nicht erhoben, teilweise wurden sogar miserable Gutachten erstellt, eine vollkommen unzureichende Beweiswürdigung und unzulässige Begründungen von Standpunkten, wie dies der Umweltsenat festgehalten hat, runden dieses Gesamtbild ab. Während der Herr Ex-Landesrat Paierl das Projekt Spielberg noch als so wichtig erachtet hat, dass er gesagt hat, das ist Chefsache, hat es sein Nachfolger, Herr Landesrat Schöpfer, leider den Beamten in diesem Land allein überlassen, dieses Projekt zu begleiten und sich politisch hier nicht eingemengt. Und als es dann zum Scheitern gekommen ist, so ist sogar der erste Versuch gekommen, die Schuld den Beamten hinzuschieben. Und dagegen muss man sich auf alle Fälle wehren, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Dann wurde diese Task Force eingerichtet, die ja immer wieder eingerichtet wird, wenn irgendwo ein Scherbenhaufen ist, dann muss ein Task Force gegründet werden. Das ist ein Lieblingsprojekt von Herrn Landesrat Schöpfer. Und in dieser Task Force hätte auch der Herr Landesrat Seitinger anwesend sein sollen bei einer Besprechung in Wien. Da war ein Bundesminister Bartenstein dabei, da war ein Minister Pröll dabei, nur der steirische Landesrat, der war nicht dabei, der da drinnen hätte sein müssen. Und auf die Frage, warum er nicht dabei war, kommt die Antwort – ich zitiere: „Ich konnte nicht nach Wien fahren, weil ich einen Sprechtag mit wichtigen Leuten hatte.“ Da möchte ich schauen, welche wichtigen Leute das waren in der Steiermark. Ich glaube, gerade bei so einem Jahrhundertprojekt hätte der Herr Landesrat in Wien anwesend sein müssen, und nicht in der Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

Und auch Sie, Frau Landeshauptmann, haben sich nicht ausreichend um dieses Red-Bull-Projekt bemüht und gekümmert. Sie haben sich anscheinend über den Verlauf des gesamten Verfahrens überhaupt nicht informiert oder nicht ausreichend informieren lassen, denn wenn Sie sich informiert hätten, dann wäre Ihnen sicherlich aufgefallen, dass es einige Mängel in dieser ganzen Begleitung gibt. Sie haben sich aber anscheinend auf Ihre Landesräte verlassen, wie Sie das früher machen konnten, nur, bei den jetzigen von Ihnen nominierten Landesräten ist es leider eingetreten, dass Sie verlassen wurden. Und das tut wirklich weh. (Abg. Straßberger: „Das ist ungeheuerlich!“)

Aber wenn man schon fast 100 Prozent Macht in diesem Land ausübt, dann muss man auch kontrollieren. Dann muss man sich natürlich auch als Landeshauptmann um die Dinge kümmern und man muss nachschauen und man darf das nicht nur seinen Landesräten überlassen und den Beamten, sondern man muss selbst Hand anlegen, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und selbst, als der negative Bescheid dann noch gekommen ist, verehrte Damen und Herren, und ich traue mich behaupten, dass die Frau Landeshauptmann sicherlich schon vorher darüber informiert war, dass dieser Bescheid des Umweltsenates negativ ausfallen wird, da setzt sich die Frau Landeshauptmann in ein Flugzeug, fliegt in die USA, um dort im Central Park eine Eiche zu pflanzen oder eine wunderbare Aufführung des „Tannhäusers“ in der Met zu verfolgen und im Austria-Culture-Forum eine Ausstellung zu eröffnen. Ich frage mich, wo war sie denn, warum ist sie denn nicht in der Steiermark gewesen bei den Menschen, die ihr sonst immer so am Herzen liegen? (Abg. Hamedl: „Sie ist immer bei den Menschen!“)

Wer aber dort war, meine verehrten Damen und Herren, wer dort war, das war der Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves. (Abg. Straßberger: „Den sieht man das ganze Jahr nicht“)

Er ist von Anfang an, von Anfang an ist er im Aichfeld gewesen und hat sich der Sorgen und Ängste der Menschen dort angenommen. (Beifall bei der SPÖ.) Aber er hat sich nicht nur um die Sorgen und Ängste der Menschen gekümmert, sondern er hat auch bereits Alternativprojekte angedacht und er hat damals bereits mit Wirtschaftstreibenden, mit Fachleuten aus der Region die ersten Gespräche geführt. Und als die Frau Landeshauptmann dann zurückgekommen ist, da ist sie noch schnell aufgesprungen und hat uns heute erklärt, was sie schon alles auch gemacht hat und ich bin gespannt, was da noch alles auf uns zukommen wird.

Dann hat der Hut natürlich wieder einmal gebrannt, dann ist man natürlich hergegangen und wir brauchen natürlich sofort wieder eine rasche Eingreiftruppe. Diesmal hat sie nicht Task Force geheißen, sondern Lenkungs-Ausschuss. In diesem Lenkungs-Ausschuss sind alle Vertreter der Parteien, ich glaube bis auf die Grünen, sind alle drinnen gesessen. Aber als dieser Lenkungs-Ausschuss aktiv hätte werden sollen und in Wien verhandeln hat müssen, da hat man plötzlich nur mehr drei Leute hinausgeschickt. Und da frage ich mich schon, warum? Und diese drei Leute waren von der ÖVP nominiert. Ich will gar nicht eingehen auf diese drei Herren, die da draußen waren. Aber da hat, glaube ich, die Frau Landeshauptmann geglaubt, man kann dieses Projekt noch retten und deswegen schicken wir nur ÖVP-Leute raus und wenn dann ein Erfolg ist, dann kann ich mir den schön auf meine Schultern, auf meine Fahnen hängen. Leider daneben gegangen. Sehr verehrte Damen und Herren, wir helfen gerne der ÖVP, wenn sie Probleme hat und wir sind gerne bereit mitzuarbeiten und ich freue mich darauf, wenn die Frau Klasnic endlich einmal unsere Mitarbeit annehmen wird, aber bis heute leider nicht, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Wir sind nur immer dann gefragt – (Unverständlicher Zwischenruf.) das mit dem Kennen, darf ich dir schon sagen, das liegt bei euch. Weil bei euch heißt der Spruch leider nicht learning by doing, sondern doing without learning.

Das ist leider das Problem. Ihr macht zwar viel, aber lernen tut ihr nichts dabei. Das ist dieses Problem, das wir hier haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Riebenbauer: „Einstimmige Regierungsbeschlüsse!“)

Und eine Aussage darf ich noch zitieren, weil sie so prägnant ist, meine Damen und Herren. Das ist die Aussage der Frau Landeshauptmann nach dem Aus von Spielberg, ich zitiere wörtlich: „Ich bin Landeshauptmann und auch Katastrophenreferentin“, das trifft in diesen vielen, vielen Fällen in der Steiermark leider zu. (Abg. Riebenbauer: „Das ist beleidigend!“) Das ist nicht beleidigend (Abg. Riebenbauer: „Nein, gar nicht!“), es ist ihre Aussage, ihre Aussage, ihr Zitat, kannst nachlesen in der Zeitung.

Sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, Frau Landeshauptmann, ich glaube, es wäre jetzt wirklich tatsächlich Zeit, dass Sie die Initiative ergreifen und dass Sie von sich aus einen Neuwahlantrag stellen, damit wir dieses Land wieder sehr gut auf Schiene bringen können. Unsere Unterstützung haben Sie für diesen Antrag. (Beifall bei der SPÖ.)

So, ich darf jetzt noch rasch meine zehn Fragen, die wir an die Frau Landeshauptmann gerichtet haben, einbringen.

Dringliche Anfrage:

Erstens: Von wem wurde die einseitige Abänderung des gemeinsam beschlossenen Expertenteams angeordnet?

Zweitens: Warum wurden offensichtlich die FPÖ- und SPÖ-Vertreterinnen und -Vertreter des Expertenteams nicht über die weitere Vorgangsweise (Termin in Wien) informiert? Nur eine Anmerkung von mir dazu, sagen Sie mir nicht, weil der Herr Mateschitz das so nicht gewollt hätte. Das kaufen wir Ihnen nicht ab.

Drittens: Warum war beim Termin am 13. Jänner 2005 in der Kanzlei Schönherr nicht einmal der Vorsitzende des Expertenteams, Landesrat DDr. Schöpfer, anwesend?

Viertens: Warum gab es in diesen letzten entscheidenden Stunden und Tagen keine Rückkoppelung mit dem gesamten Expertenteam beziehungsweise mit dem Lenkungsteam, geschweige denn mit der Landesregierung?

Fünftens: Warum wurde auf Grund der zusätzlichen Schwierigkeiten nicht versucht, für Red Bull einen weiteren „finanziellen“ Köder ins Spiel zu bringen, zum Beispiel die Aufstockung der bisher zugesagten Fördermittel?

Sechstens: Warum wurden weitere beziehungsweise alternative Verhandlungsstrategien nicht im Lenkungsteam beziehungsweise in der Landesregierung abgestimmt?

Siebtens: Welche Gespräche beziehungsweise welche Zusagen gab es in diesen letzten entscheidenden Stunden und Tagen von Seiten des Bundes, der Bundesregierung, des Herrn Bundeskanzlers?

Achtens: Gab es von Ihnen oder Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Sache Gespräche mit der vom Bund eingerichteten Task Force? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Neuntens: Warum wurde im außerordentlichen Teil der Regierungssitzung am 17. Jänner 2005 auf Anfrage des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Franz Voves verschwiegen, dass es einen konkreten Termin in einer Anwaltskanzlei gab?

Zehntens: Haben Sie schon etwas unternommen, um für die Region ein Alternativprojekt zu finden? Wenn ja, mit wem haben Sie darüber gesprochen? Von wem haben Sie diesbezüglich konkrete Zusagen erhalten?

Ich beantrage auch die Abhaltung einer Wechselrede. (Beifall bei der SPÖ. – 11.13 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Frau Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann Klasnic (11.13 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Kröpfl hat einen Applaus verdient. Ich muss nur ein paar Sachen klarstellen und antworten.

Erstens einmal, wenn eine Landtagssitzung stattfindet und wenn sie gestern gewesen wäre, hätten wir alle da sein können, weil das Rennen hat um 18 Uhr begonnen. Ich selber bin gestern ungefähr um 17.30 Uhr oben in Schladming eingetroffen und habe nicht in die Sonne geschaut, weil es ist schon dunkel geworden. Es waren dort 45.000 Besucher und ich habe in der zweiten Halbzeit neben dem Herrn Dr. Gusenbauer Platz gehabt und der hat die Kollegen nicht mehr gefunden, die in der ersten Halbzeit noch anwesend waren. Habe dort bis zum Schluss ausgehalten. (Abg. Kröpfl: „Ich war anwesend!“ – Abg. Schleich: „Sie haben nur Ihre Landesräte begrüßt!“)

Herr Kollege Kröpfl, der Ordnung halber, Sie selber sind unten vor mir gestanden und haben wahrscheinlich auch keine Sonnenstrahlen erwischt, ich auch nicht!

Des Weiteren, weil Sie feststellen, dass ich am 7. Dezember, und nicht am 6. Dezember für vier Nächte in Washington und in New York gewesen bin, sage ich dazu, ich freue mich, wenn ich Ihnen so sehr gefehlt habe. Aber ich bin an sich das ganze Jahr da! (Beifall bei der ÖVP.)

Das Zweite, und das sage ich auch noch dazu: Die Eröffnung einer Ausstellung ist die Ausstellung des Herrn Architekten Domenig gewesen, jenes Architekten, der auch das Red-Bull-Projekt geplant hat und Red Bull ist ein Unternehmen, das sich nicht ausschließlich in der Steiermark befindet, sondern wo Vertreter und auch Unternehmer auf der ganzen Welt zu finden waren. Und vielleicht war es gescheit, dass ich in New York gewesen bin, es war der erste Schritt nämlich, manche Dinge aufzumachen. Nur damit das geklärt ist! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpfl: „Wieder eine Hoffnung mehr!“)

Nächster Punkt: Was mir aber besonders wichtig ist, und da knüpfe ich bei dem an, wo ich bei der vorigen Anfrage geendet habe, Sie haben gesagt, dass man gemeinsam Verantwortung wahrnehmen muss. Wir haben am vergangenen Donnerstag eine Sitzung des Lenkungs-Ausschusses gehabt, in dem ich dann gegen Ende vorgeschlagen habe, dass sich alle Regierungsmitglieder, die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung und der Österreichische Gewerkschaftsbund gemeinsam zu dieser Lenkung für die Zukunft, für die weitere Entwicklung entscheiden sollen. Und Herr Kollege Voves, Sie werden mich bestätigen, Sie haben gemeint, das sei in der Jetzform nicht notwendig. Das heißt, ich lade ein und ich würde mich sehr freuen.

Nach der Übermittlung des negativen Bescheides des Umweltsenates, am 6. Dezember 2004, zum Projekt Spielberg von Red Bull wurde in der Sitzung der Landesregierung vom 13. Dezember 2004 über meinen Vorschlag und Antrag einstimmig der Lenkungs-Ausschuss eingesetzt, dem der Landeshauptmann, die Landes-

hauptmannstellvertreter Mag. Voves und Dipl.-Ing. Schöggel, die zuständigen Mitglieder der Landesregierung mit Landesrat DDr. Schöpfer, Landesrat Schützenhöfer und Landesrat Seitinger angehören. Diesem Lenkungs-Ausschuss wird über die weiteren Schritte berichtet.

Ich habe auch in den folgenden Regierungssitzungen im außerordentlichen Teil – zweimal, glaube ich, hat es Sitzungen gegeben – die Gelegenheit genutzt zu berichten. So habe ich auch in der Sitzung des Lenkungs-Ausschusses am 20. Jänner mitgeteilt, wie die vorangegangenen Gespräche mit Herrn Dkfm. Mateschitz beziehungsweise Vertretern des Landes und von Red Bull verlaufen sind. Diesbezüglich wurden in voller Transparenz auch alle Unterlagen – und das ist immer wichtig – zur Verfügung gestellt.

Hofrat Dr. Rupprecht, allseits bekannter und geschätzter Umweltexperte, sowie Mag. Schwarz, ein echter Kenner der Wirtschaftsförderung und erfahrener Verhandler in Wirtschaftsfragen, haben in dieser Lenkungs-Ausschusssitzung ausführlich über die Gespräche mit den Red-Bull-Experten am 20. Jänner berichtet.

Gerne hätte man wahrscheinlich diesem Gremium etwaige Fragen beantwortet, wie sie jetzt auf Grund dieser Anfrage vorliegen. Dann hätte sich vielleicht der eine oder andere Irrtum aufklären lassen. Aber vielleicht war dies gar nicht so gewollt und man hat gemeint, es ist so besser. Aber die beiden Herren hätten gerne berichtet, wenn es noch Fragen gegeben hätte.

Es gab mehrere Gespräche mit Dietrich Mateschitz, telefonisch und persönlich. Und immer wieder von mir seinem ausdrücklichen Wunsch Rechnung tragend, diese Gespräche nicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Mir war auf Grund der Erfahrungen der letzten Zeit bewusst, dass Termine oder Gesprächsinhalte zu diesem Thema, sobald ich über diese in der Regierung oder im Lenkungs-Ausschuss berichte, natürlich auch öffentlich bekannt werden. In dieser heiklen Verhandlungsphase mit Red Bull musste aber sichergestellt werden, dass kein Wort darüber öffentlich wird. Mir ist bewusst, dass die Verhandlungen mit Mateschitz jenen Ausgang nehmen könnten, der jetzt eingetreten ist, aber auch einen anderen. Ich habe mich aber noch nie geschämt, Verantwortung zu übernehmen, auch dann, wenn es schwierig ist. (Beifall bei der ÖVP.) Verantwortung in schwieriger Zeit.

Und weil Sie die Themen der Ausschüsse und der Sonderlandtage im Vorjahr angesprochen haben. Ich habe nie gesagt, ich fühle mich nicht verantwortlich. Weil man kann nicht das Vertrauen vieler Menschen im Lande haben und dann, wenn es um etwas geht, sagen, ich bin nicht dabei. Das ist nicht mein Stil. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu den Fragen eins und zwei:

Ich habe nach dem negativen Umweltsenats-Bescheid neben dem Lenkungs-Ausschuss auch eine Expertengruppe eingerichtet, die sich ausschließlich mit dem Projekt „Spielberg – Neu“ befassen sollte. Die Einsetzung des Expertenteams wurde in der Landesregierung am 13. Dezember 2004 beschlossen, einstimmig beschlossen, wobei jede Regierungsfraktion Experten nominierte.

Zunächst möchte ich diesem Team des Landes mit Dr. Gödl, Hofrat Dipl.-Ing. Josel, Dr. Langer, Hofrat Dr. Rupprecht, Mag. Schwarz und Dr. Wurzbach für ihre ausgezeichnete Arbeit und die Vorlage der Machbarkeitsbetrachtung Spielberg besonders danken.

Als Landeshauptmann war auch die Leitung des Expertenteams wahrzunehmen und in der Sitzung am 23. Dezember 2004 ist der Auftrag und das Ziel des Expertenteams formuliert worden. „Analyse des Sachverhaltes und Erstellen einer Machbarkeitsbetrachtung mit Rahmenbedingungen für ein umweltverträgliches Projekt“, dies sollte festgelegt werden.

In ganz kurzer Zeit wurde dieser Auftrag umgesetzt, eine profunde Unterlage erarbeitet, die viele wichtige Empfehlungen für weitere Vorgangsweisen, aber auch für diese besonders, enthalten hat. Diese Machbarkeitsbetrachtung wurde der Landesregierung von mir vorgelegt und zur Kenntnis gebracht. In den darauf folgenden Tagen gab es keine Bemerkungen und auch keine Fragen.

Nach Vorlage dieser Machbarkeitsbetrachtung war die Tätigkeit dieses Expertenteams im Grunde vorläufig abgeschlossen.

Herrn Mateschitz habe ich diese Unterlage am 11. Jänner 2005 in Salzburg persönlich übergeben und ihm vorgetragen, dass sein Projekt bei entsprechenden Anpassungen noch im Frühjahr dieses Jahres neu eingereicht werden kann und binnen sechs Monaten ab Einreichung bewilligbar wäre.

Daraufhin teilte er mir mit, dass sich die Ergebnisse der „Machbarkeitsbetrachtung“ des Landes nicht mit den Rechtsmeinungen und Beurteilungen seiner Experten decken. Und, Herr Kollege Kröpfl, Sie haben jetzt in einer Bemerkung gesagt, „sagen Sie mir nicht, dass er das nicht wollte.“ Ich sage es Ihnen so wie es ist, wie es stimmt und wie es eben einfach auch sein muss. Dass ein Unternehmer auch das Recht haben muss zu sagen was er möchte und was er nicht möchte. Es ist nicht die Frage, ob ich das will, sondern ich habe auch auf den Unternehmer und auf das Rücksicht zu nehmen.

Der Grund war, dass vereinbart wurde, sehr klar zwischen Herrn Mateschitz und mir, dass sich Vertreter des Landes und Vertreter von Red Bull rasch treffen, um auf einer rein rechtlichen Ebene einen Konsens über die unterschiedlichen juristischen Auffassungen herzustellen.

Herr Mateschitz wünschte sich eine Gruppe aus je zwei Vertretern des Landes und von Red Bull zu bilden, die die rechtlichen Problembereiche diskutieren sollen. Erst danach sollte man sich wieder treffen. Bis dahin wurde in Verantwortung für dieses Großprojekt beiderseitiges Stillschweigen vereinbart.

Im Zuge der Terminabstimmung nannte Red Bull dann drei Teilnehmer.

In Absprache mit Dkfm. Mateschitz wurden die Teilnehmer des Landes festgelegt.

Mag. Alexander Schwarz, ihm bekannt, ist von ihm als Leiter der Task Force, nämlich in vielen Gesprächen Partner gewesen und hat erfolgreich die Förderungen des Bundes und des Landes für dieses Großprojekt verhandelt, war und von daher ihm in dieser Gruppe ausdrücklich erwünscht. Außerdem bildete er auch die Schnittstelle zur Bund-Land-Task-Force, deren Mitglied er ist.

Hofrat Dr. Manfred Rupprecht, noch immer der Umwelt- und Feinstaubexperte des Landes, hatte nicht nur im Vorfeld Kontakt mit Vertretern von Red Bull sowie Berufungswerbern, sondern gehört auf Grund seines Wissens und seiner Kompetenz in den wichtigen umweltrelevanten Fragen in diese Gruppe und wurde von Herrn Mateschitz akzeptiert.

Mag. Wolfgang Wlattnig war als mein Büroleiter in dieser kleinen Gruppe und sollte im Bedarfsfalle rasch Kontakt zu Bundes- und Landesstellen aufnehmen, um Lösungsvorschläge zu akkordieren.

Die Kompetenz dieser Personen ist demnach unbestritten und wurde auch von Red Bull nicht in Frage gestellt.

Ebenfalls unbestritten ist die Kompetenz der übrigen Mitglieder des Expertenteams, die wegen der von Red Bull gewünschten Einschränkung auf einen kleinen Personenkreis nicht an der Besprechung teilnehmen konnten. Hätte es von Dietrich Mateschitz den Vorschlag gegeben, den Bezirkshauptmann mit einzubinden, wäre das selbstverständlich so gewesen. Ich sage sehr bewusst dazu, ich war es, die Herr Hofrat Wurzbach gebeten hat, aus seiner Erfahrung und aus seinem großartigen Einsatz als Bezirkshauptmann in dieser Region mitzuhelfen. Nicht nur beim Vorbereiten, sondern vor allem in dieser schwierigen Phase der Verhandlung mit den einzelnen Einspruchswerbern und dies habe ich in der vorigen Anfrage schon beantwortet sowie ab August, Mitten im Urlaub, ist Herr Hofrat Wurzbach stets bereit gewesen mitzutun und wir sind ihm sehr zu Dank verpflichtet.

Die Expertenbesprechung fand dann am 13. Jänner 2005 in der Kanzlei von Rechtsanwalt Dr. Schmelz, dem Rechtsvertreter von Red Bull, statt. Außer Dr. Rupprecht und Mag. Schwarz wusste kein weiteres Mitglied des Expertenteams von diesem Termin, unabhängig von welcher Partei nominiert, wie Dr. Gödl oder Dr. Langer oder von anderen Fraktionen wie Dipl.-Ing. Josef oder Bezirkshauptmann Dr. Wurzbach.

Zur Frage drei: Es ist mir unerklärlich, wie die Fragesteller zu der unrichtigen Annahme kommen, dass Landesrat Dr. Schöpfer der Vorsitzende des Expertenteams ist. Leider führte dies zu falschen Schlüssen, die manche Medien ohne Rückfrage mit den Verantwortlichen auch aufgegriffen haben.

Ich kläre aber diesen Irrtum gerne auf:

Im Beschluss der Landesregierung vom 13. Dezember 2004 wurde festgelegt, dass der Verhandlungsbevollmächtigte auch der Vorsitzende des Expertenteams ist. Der Verhandlungsbevollmächtigte ist nach Rücksprache mit Mateschitz zu bestellen. Mit Dkfm. Mateschitz wurde vereinbart, dass die beiden Hauptverantwortlichen der Vertragspartner, Land Steiermark und Red Bull, die Gespräche führen, weshalb ich automatisch auch die Einberufung des Expertenteams als Vorsitzende wahrnahm. In dieser Funktion habe ich eingeladen und damit ist auch die Beantwortung der ersten Frage geschehen.

Verantwortung heißt eben auch aufzutreten, nicht nur wenn es geklärt ist oder wenn man es im nachhinein besser beurteilen kann. Verantwortung heißt, in schwierigen Situationen selber zu handeln und das Beste zu geben, auch wenn das Risiko groß ist und nicht immer der gewünschte Erfolg erreicht wird.

Aber eines ist mir auch klar und das habe ich im Laufe von 35 Jahren insgesamt, aber von fast 17 Jahren Regierungserfahrung gemerkt. Der Erfolg hat viele Väter, beim Misserfolg und bei der Niederlage gibt es wenigstens eine Mutter. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu den Fragen vier und sechs: Wie schon ausgeführt, entsprach diese „stille Vorgangsweise“ der Vereinbarung mit Mateschitz, woran ich mich selbstverständlich gehalten habe und auch in Zukunft halten werde.

Von den steirischen Vertretern wurde die Machbarkeitsbetrachtung des Landes als Basis für die Gespräche am 13. Jänner 2005 in der Kanzlei von Rechtsanwalt Dr. Schmelz durchbesprochen. Dort wurde in Anwesenheit von Red-Bull-Experten die von Dr. Schmelz vorbereitete rechtliche Analyse diskutiert.

Diese orientierte sich stark an einem umfassenden „Worst-case-Szenario“, insbesondere was die Inanspruchnahme des Instanzenzuges, die Verfahrensdauer und die neuerlich auftretenden Probleme bei der Projektgenehmigung betraf. Auch durch die von den steirischen Experten vorgebrachten Argumente und Lösungsansätze, wie sie im Sinne der Machbarkeitsbetrachtung aufgezeigt wurden, wurde diese Analyse von Dr. Schmelz nicht entscheidend verändert.

Dies war auch der Grund, warum die steirischen Teilnehmer nach Übermittlung des Gesprächsergebnisses durch Dr. Schmelz mit der Bezeichnung als „Konsenspapier“ am 14. Jänner 2005 sofort per E-Mail widersprachen und ersuchten, die Unterlage als „Statuspapier“ zu betiteln. Tatsächlich herrschte zwar in weiten Teilen Übereinstimmung über diverse Fakten und Fragestellungen, in der endgültigen Beurteilung und Einschätzung der rechtlichen Lage wurde aber kein Konsens erzielt. Mit Schreiben vom 17. Jänner 2005 wurden nochmals ausführlich die Argumente der Steiermark dargelegt und ein neuer Vorschlag eines Statuspapiers übermittelt, in welches die besonderen Hilfestellungen der Steiermark bei der Neueinreichung des Projektes eingearbeitet wurden.

Alternative Verhandlungsstrategien waren bei der rechtlichen Diskussion nicht von Bedeutung, weil für Red Bull alleine die Schaffung von Rechtssicherheit in Bezug auf Beschwerdeerhebung, Verfahrensdauer und Projektgenehmigung ausschlaggebend war. Und Sie werden sich vielleicht erinnern an einen Freitag um 7.30 Uhr, als man im ORF dann die erste Nachricht gehört hat, dass einer der Einspruchswerber gesagt hat: „Egal, welches Projekt kommt, wir werden dagegen sein!“

Zur Frage fünf: Auch wegen der Frage der möglichen Aufstockung der Fördermittel war Mag. Schwarz der richtige Ansprechpartner, da er die Förderungen für dieses Projekt ausverhandelt hatte und die dazu eingerichtete Task Force auch von ihm geleitet wurde.

Aber in keiner Phase der Verhandlungen und Gespräche, weder mit mir noch in der Expertengruppe, wurde dieses Thema von Red Bull angesprochen oder auch nur angedeutet.

Der eigentliche entscheidungsrelevante Punkt für Mateschitz war und ist die Rechtssicherheit bei der Einreichung eines möglichst gleichwertigen Projektes – und die konnte ihm auf Grund der in der Entscheidung des Umweltsenates enthaltenen Feststellungen sowie der potenziellen Berufungswerber bei einer ungewissen Verfahrensdauer nicht im gewünschten Ausmaß vorausgesagt werden.

Im Brief von Mateschitz an mich vom 17. Jänner 2005 heißt es:

„Jeder weitere Versuch einer Fortführung wäre für unser Unternehmen nicht zu verantworten, zum Scheitern verurteilt und könnte auch unseren Partner nicht guten Gewissens empfohlen werden. Fazit ist daher, dass auf Grund der Abweisung des Projektes durch den Umweltsenat und der sich daraus ergebenden Rechtsfolgen ein vergleichbares Projekt nicht mehr zu verwirklichen und eine Neueinreichung auf Grund bestehender Rechtsunsicherheiten und Verzögerungen nicht zu rechtfertigen ist.“ Zitat Ende.

Zu den Fragen sieben und acht:

Von Seiten des Bundes wurde mir schon vor den Gesprächen mit Dietrich Mateschitz versichert, dass alles getan wird, um das Projekt noch zu retten. Bereits im Dezember 2004 wurde zum Beispiel mit einer Novelle des UVP-Gesetzes die Verfahrensdauer bei einer Neueinreichung verkürzt. Die Task Force Bund/Land tagte unter Teilnahme von Mitarbeitern aus den zuständigen Ministerien und Landesregierungsstellen regelmäßig und versuchte in vier Arbeitssitzungen zwischen dem 9. Dezember 2004 und dem 12. Jänner 2005 die Problemfelder Luft, Lärm, Verkehr und Forst zu klären. Diese Lösungsansätze flossen auch in die Machbarkeitsbetrachtung des Landes ein. Bei einer Neueinreichung des Projektes hätte ein Bund-Land-Team das Bewilligungsverfahren begleitet. Auch dies war in Vorbereitung.

Zur Frage neun:

Zum Zeitpunkt der Regierungssitzung am 17. Jänner 2005 galt noch die Vereinbarung mit Mateschitz, nicht über die Gespräche oder den Termin der Expertengruppe zu reden, weshalb ich mich auch auf Grund meiner Erfahrungen mit der Bekanntgabe dieser vertraulichen Aussprache zurückgehalten und es nicht nach außen transportiert habe.

Zur Frage zehn:

Bei der Beantwortung dieser Frage verweise ich auf die Dringliche Anfrage der Freiheitlichen Partei, die ich zuvor ausführlich beantwortete habe.

Abschließend möchte ich nochmals unterstreichen:

Gemeinsam gilt es für Spielberg, für die Region „Westliche Obersteiermark“ und für die gesamte Obersteiermark kurz-, mittel- und langfristig eine nachhaltig positive Perspektive zu entwickeln. Das ist unser aller Auftrag und das ist die Verantwortung und dafür sollten und wollen wir uns einsetzen! (Beifall bei der ÖVP. – 11.33 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, betreffend Projekt Spielberg. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Bacher das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Bacher (11.34 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer in der Galerie!

Frau Landeshauptmann, ich bin dir sehr dankbar, dass du jetzt zum Schluss gesagt hast, gemeinsam für die Obersteiermark! Gemeinsam für die Obersteiermark – und, lieber Kurt Gennaro, du wirst dich heute noch wundern. Du wirst dich heute noch wundern, was ihr dazu beigetragen habt. Natürlich fast nichts, nur kritisiert.

Jetzt komme ich auf den Kollegen Kröpfl gleich am Beginn. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass ihr ein Problem habt mit Veranstaltungen, die in der Steiermark erfolgreich durchgeführt werden. (Abg. Kröpfl: „Überhaupt nicht. Das Problem habt ihr!“) Wie kann man sich sonst da herausstellen und sagen, eigentlich hätte es eh am Dienstag stattfinden sollen, aber ihr seid ja lieber in Schladming gewesen. Bekanntlich warst du auch dabei, 45.000 Menschen haben sich das dort vor Ort angeschaut, es ist weltweit übertragen worden, eine tolle Veranstaltung. Wir haben uns alle gefreut. Und du stellst dich da her und tust insgeheim kritisieren, was in der Steiermark wieder passiert. Ich verstehe dich nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist ja in Wahrheit euer Stil, bitte! Alles, was da passiert so in dem Land, habt ihr kritisiert. So ist es uns leider auch bei der Bewerbung der Olympiade gegangen. Die Salzburger freuen sich heute. Es haben sich der Hirschmann und die ÖVP abgemüht, um euch ins Boot zu holen. Ist nicht gegangen! Ist nicht gegangen, warum nicht? Ja, weil das nicht sein kann, dass in dem Land was vorwärts geht. Das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich wundere mich, dass Sie da nicht einen anderen Stil in die Regierung und in ihr Team hineingebracht haben. Sie haben ja bekanntlich Eishockey gespielt. Sie waren Sportler. Jetzt wissen wir, dass der Eishockeysport ein relativ rauer Sport ist, okay! Aber Sie teilen im Moment nur Bodychecks aus, schlagen nur wie wild um sich herum und tragen nichts dazu bei, dass es ein schönes Spiel wird, nämlich im Interesse der Zuschauer. Was wollen die Damen und Herren alle, die da sitzen, von uns? (Landesrat Mag. Erlitz: „Zum Spiel musst du eingeladen werden!“)

Dass wir was tun für die Obersteiermark. Aber sich nicht immer hinausstellen und immer die anderen kritisieren und sich da herstellen und nur Anfragen zu stellen. Was ist eigentlich passiert bei dem Projekt Spielberg, meine Damen und Herren? Es ist erschütternd, und dann zu sagen, wir wollen nicht in den Schmutzkübel greifen. Permanent wird der Latrinenkübel über uns drübergeschüttet, seit 1995 und ich werde euch das auch nachweisen.

Und, Kollege Kröpfl, du hast heute den Ernst Sittinger zitiert von der „Presse“, du hast ihn nur leider nicht ganz zitiert, weil er schreibt dann zum Schluss, die SPÖ betreffend: „Man beschränkt sich auf Kritik und vergisst, dass gerade die SPÖ jahrelang gegen die Wiederbelebung der Formel-1-Rennstrecke in Spielberg war.“ Und das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Das hast du bewusst weggelassen, weil da könnt ihr jetzt nicht so groß tun, wie ihr und was ihr immer heraußen sagt. (Abg. Kröpfl: „Das wichtige Zitat ist vorher, weil es im Zusammenhang war!“)

Lieber Kollege Grabner! Wo warst du 1995/96/97, wie es um die Aktivierung des A1-Ringes gegangen ist, bitte? Eine Marke für die Obersteiermark. Seit den sechziger Jahren gibt es Rennen in Zeltweg. Ich habe als Bub mit 14 Jahren erlebt, wie wir am Flugplatz in Zeltweg zugeschaut haben, wie die Formel-1-Wagen herumgekurvt sind. Gott sei Dank ist das eine Marke geworden für die Obersteiermark. Aber ihr habt es bekämpft von Anbeginn. Vom Anbeginn habt ihr das bekämpft, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpfl: „Weil der Vertrag ein Schmarren war!“)

Lieber Kollege Kurt Gennaro! Von 1997 bis 2003 hat Gott sei Dank wieder die Formel 1 stattgefunden. Was habt ihr gemacht? Bitte, 500 Millionen Schilling verschleudert (Abg. Kröpfl: „Genau das war es!“), habt ihr geschrieben, habt ihr Plakate gedruckt als Initiative des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek. Vergeudung von Steuermillionen, meine Damen und Herren, das war eure Philosophie für die Region. (Abg. Kröpfl: „Schlechter Vertrag, dass der Ecclestone aussteigen konnte!“)

Das war eure Philosophie für die Region. Ja, Gott sei Dank ist es gelungen, dass wir den Formel-1-Grand-Prix wieder hinbekommen haben. Ihr habt euch nur rausgestellt.

Das hat ja letzten Endes – (Abg. Gennaro: „Hans!“)

Kurt Gennaro, horch zu! Das hat ja letzten Endes auch den Siegbald Zeller als Bürgermeister von Spielberg den Job gekostet, bitte. Mir liegt ein Protokoll vor von damals, wo die Diskussion war, dass die Gemeinde mitfinanzieren sollten, damit wir das leichter zusammenbringen, die Formel 1 wieder nach Spielberg zu bringen. Da sagt dann Zeller in der Diskussion, die 7 Millionen Schilling für die Gemeinde Spielberg waren kein Problem aufzubringen, hätte ihm nicht der Herr Schachner vorher die Bedarfszuweisungsmittel gestrichen, meine Damen und Herren. Es hat ihm der zuständige Gemeindeferent Schachner-Blazizek damals die Bedarfszuweisungsmittel gestrichen, weil er sich öffentlich für den Formel-1-Grand-Prix ausgesprochen hat. Meine Damen und Herren, das ist der Punkt! (Abg. Kröpfl: „Recht hat er gehabt!“)

Das ist der Punkt! (Beifall bei der ÖVP.)

Gelt, Kurt, sich nicht nur herauszustellen und schnappi-schnappi machen, sondern einfach mittun, dass in dem Land was passiert. Die Leute erwarten sich, dass wir gemeinsam in der Region etwas zusammenbringen. Und ihr müsst einmal verstehen, bitte, dass ihr was einbringen müsst.

Immer wieder wird zitiert, was wir alles für Fehler machen. Ich glaube auch, dass Fehler passiert sind, aber wer macht denn Fehler? Der, der in dem Land auch was tut, bekanntlicherweise. Weil wenn ich nichts tu, dann kann ich keine Fehler machen, dann brauche ich nur kritisieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Was geben wir denn der Jugend da oben für eine Perspektive? (Abg. Kröpfl: „Ihr gebt ihr gar keine!“) Das muss man ja ehrlicherweise auch sagen, ich komme bekanntlicherweise aus Murau, nach dem Grand Prix hat es geheißen, jetzt bekommen wir eine Therme um 500 Millionen Schilling. Das Land hat damals unter der Führung von Waltraud Klasnic und Gerhard Hirschmann als Tourismusreferent zugesagt, dass die Mittel vom Land kommen. Was ist denn dann passiert? Der Investor ist uns abhanden gekommen. Er hat sich dann mit viel Geld eine Eigenjagd gekauft, das ist aber seine Sache. Nur, die Region hat gehofft, dass dort eine Therme kommt und es ist nicht eingetreten. Dann ist Gott sei Dank Mateschitz bereit gewesen. Das war erst möglich, weil inzwischen der Formel-1-Grand-Prix wieder in Spielberg stattgefunden hat, damit solche Diskussionen überhaupt geführt werden konnten und was weitergeht. Und alle haben sich bemüht, alle haben sich bemüht in der Regierung, Frau Landeshauptmann, unsere Mannschaft, damit was weitergeht. Dann lese ich plötzlich im „Kurier“. (Abg. Kröpfl: „Wenn der Vertrag mit dem Ecclestone so gescheit gewesen wäre, würden sie heute noch fahren!“)

Bekanntlich haben wir neun Regierungsmitglieder. Die Frau Landeshauptmann hat sich reingehaut, damit wir was weiterbringen. Der Herrmann Schützenhöfer als Tourismusreferent hat sich reingehaut. Der Hans Seitingner hat sich reingehaut – (Abg. Kröpfl: „Zuständig!“)

Ja, selbstverständlich zuständig. Dein Landeshauptmannstellvertreter ist auch in der Regierung bekanntlich. Nur, dass du das weißt. Ich weiß nicht, ob du das inzwischen schon weißt. (Abg. Kröpfl: „Aber helfen lasst ihr euch nicht. Wir täten euch eh gerne helfen!“)

Der Herr Landesrat Schöpfer hat sich reingehaut – horch zu jetzt einmal – und auch die Kristina Edlinger, die haben sich bemüht, dass was weitergeht.

Dann lese ich in der Zeitung, bekanntlich gibt es da auch noch einen Landeshauptmannstellvertreter Schöggl, der ist für den umwelttechnischen Bereich zuständig, für die Lärmmessungen, Abgasmessungen, für die Zufahrten, für die Energieversorgung und für die Raumordnung. Landeshauptmannstellvertreter Schöggl, bekanntlich dein Parteikollege, sagt in der Zeitung: „Ich habe eigentlich nie nachgefragt, wie es um das Projekt Spielberg steht.“ Na, super! (Abg. Kröpfl: „Schöggl ist schuld!“)

Heute zu kritisieren, was alles nicht passiert ist, aber er hat sich eigentlich nie darum gekümmert. Landesrat Wolfgang Erlitz sitzt auch in der Regierung. Ist bekanntlich für den Gesundheitsschutz zuständig, meine Damen und Herren – (Landesrat Mag. Erlitz: „Willst du ein neues Spital haben?“) Nein, das habt eh ihr damals plakatiert. Anstatt Formel 1 ein neues Krankenhaus in Knittelfeld zu bauen.

Du hast im „Kurier“ gesagt, du hast eine Minute über das Projekt Spielberg mit der Frau Landeshauptmann gesprochen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Sie mit mir!“) Eine Minute war dir das wert, das Projekt Spielberg, und sich da herauszustellen und zu bejammern, was da oben leider alles nicht passiert ist. Man muss das sagen, damit Sie da hinten im Zuschauerraum das auch mitbekommen, worum es da geht, meine Damen und Herren.

Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves hat überhaupt gesagt: „Ich habe mit dem Projekt nichts zu tun.“ Na, super! Das heißt, fünf haben gearbeitet, vier tun nur kritisieren und jetzt, wo das nicht zustande gekommen ist, wird der Latrinenkübel über die fünf drübergeschüttet, die tagaus tagein geschaut haben, dass dieses Projekt realisiert werden kann, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Nehmt endlich einmal eure Verantwortung wahr für dieses Land und tut nicht ständig nur niedermachen, miesmachen, verunglimpfen und alles verhindern, damit dieses Land nach vorwärts geht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf in dem Zusammenhang, weil es uns natürlich sehr interessiert, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves zum Gelingen dieses Projektes Spielberg beigetragen hat, die Dringliche Anfrage stellen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir stellen folgende Fragen an Sie:

Erstens: Was haben Sie konkret für das Gelingen des Projektes „Spielberg“ beigetragen?

Zweitens: Inwieweit haben Sie als zuständiger Gemeindefeferent die Gemeinde Spielberg bei der Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Projekt „Spielberg“ unterstützt?

Da werden wir sehr neugierig sein, Herr Bürgermeister Binderbauer, was er dir geholfen hat.

Drittens: Welche konkreten Vorschläge haben Sie für Alternativprojekte in Spielberg?

Wäre auch interessant. Das wäre spannend hier zu diskutieren, welche Gegenprojekte gibt es? Welche Vorschläge gibt es? Welche Ideen gibt es? Wie schaut die Zukunft oben aus in der Obersteiermark, meine Damen und Herren?

Viertens: Das Projekt „Spielberg“ war des Öfteren auf der Tagesordnung der Steiermärkischen Landesregierung. Haben Sie sich in diesen Sitzungen über den Verfahrensverlauf erkundigt?

Wäre ja auch ganz wichtig.

Fünftens: Wenn ja, was konkret haben Sie gefragt, Herr Landeshauptmannstellvertreter?

Sechstens: Wenn nein, warum haben Sie sich nicht über den Stand des Verfahrens erkundigt?

Wenn mir das so ein großes Anliegen ist, muss ich selber jedes Mal hinterfragen, wie ist der Stand? Wie läuft das? Ich kann nicht immer sagen, die anderen, und ich werde dann meine Meinung abgeben, wenn es entweder gekommen ist oder wenn es nicht gekommen ist. (Abg. Gennaro: „Bacher, jetzt schießt du ein Eigentor!“)

Siebtens: Ist Ihnen bekannt, dass die steirische SPÖ gegen die Errichtung des A1-Ringes war (SPÖ-Wahlkampfplakat 1995: „500 Millionen Schilling für die Formel 1 – blauschwarze Vergeudung statt sparen“) – Da haben wir eines hergestellt, damit Sie das nicht übersehen, nicht vergessen – blauschwarze Vergeudung statt sparen, meine Damen und Herren. Die SPÖ hat diese Mittel für die Initiative des A1-Ringes als rausgeschmissenes Geld betrachtet – und die Realisierung sowie die Zurückholung der Formel 1 nur mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ in der Landesregierung beziehungsweise im Landtag gelingen konnte? (Abg. Gennaro: „500 Millionen Schutthaufen sind ein Wahnsinn und der Vertrag dazu war ein Skandal!“)

Achtens: Kennen Sie die diesbezüglichen seinerzeitigen Kampagnen gegen dieses Projekt?

Wäre auch interessant.

Neuntens: Sind Sie der Meinung, dass Ihre aktuellen negativen Inseratenkampagnen dazu beitragen, dass künftig potenzielle Investoren lieber in die Steiermark kommen?

Ich beantrage eine Wechselrede. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.47 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves das Wort. Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (11.47 Uhr):

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich vorweg an die Damen und Herren aus der Region wenden und Ihnen versprechen, dass wir heute, möglichst nur heute, hier im Landtag uns wirklich um die politische Verantwortung kümmern, was da passiert ist im Red-Bull-Projekt, in diesem Jahrhundertprojekt und dass ich Ihnen zusagen möchte, dass wir uns heute – und ich komme ja noch darauf, auf Vorschläge, die ich gerne machen werde, und morgen wirklich gemeinsam, alle Fraktionen, meine Vorschläge – ich komme zu meinem konkreten Vorschlag noch – wirklich gemeinsam bemühen sollten, trotz Wahlkampf, auf einen gemeinsamen Weg für Alternativprojekte für die westliche Obersteiermark zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich möchte eines hier für Sie, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum, festhalten, was hoffentlich die Frau Landeshauptmann und der Herr Kollege Schögggl bestätigen werden. Ich war es, der am 13. Dezember in der Landesregierungssitzung, in der wir uns mit der weiteren Vorgehensweise des Lenkungssteams auseinander gesetzt haben, gebeten hat, dass wir die Regierungssitzung unterbrechen, weil ich eine Parteienvereinbarung wollte, die ich auch Gott sei Dank bekommen habe, dass wir schriftlich festhalten, alle drei Fraktionsvorsitzende in der Regierung, dass die 90 Millionen Euro, 45 Millionen Land und 45 Millionen Bund, auch wirklich für Alternativprojekte in der westlichen Obersteiermark zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch von mir, bevor ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfragepunkte komme, ein paar generelle Aussagen, weil ja heute einiges wieder vom Arbeiten und so weiter gefallen ist und von „Verantwortung haben“ und „Verantwortung mitübernehmen“. Die Frau Landeshauptmann hat gestern wortwörtlich im ORF 2 im „Report“ festgehalten: „Nur dort, wo nicht gearbeitet wird, passieren keine Fehler!“

Und sie hat ganz offensichtlich die SPÖ-Referate damit gemeint. Und jetzt frage ich Sie, Frau Landeshauptmann:

Ich wüsste nicht, welche gravierenden Beschwerden der Steirerinnen und Steirer es gibt zu den Bereichen, die wir verantwortlich zu lenken haben, nämlich Gesundheit und Spitäler, und der große Bereich des Sozialen und letztlich stellt sich auch die Frage, ob Sie so große Beschwerden aus dem Bereich der SPÖ-geführten Gemeinden hören. (Abg. Mag. Drexler: „Lesen Sie keine Zeitungen, Herr Landeshauptmannstellvertreter?“)

Und ich möchte Sie wirklich fragen, wollten Sie wirklich damit sagen, Frau Landeshauptmann, dass in den Spitälern, in der Betreuung der sozial Schwächsten in unserem Land und in den SPÖ-geführten Gemeinden nicht gearbeitet wird und daher können auch keine Fehler gemacht werden? Also das verbiete ich mir. (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte dem Kollegen Köberl aus Bad Aussee zurufen für das ganze Ausseer Land: Ich hoffe, Sie werden heute da keine andere Meinung vertreten, ich habe in den letzten drei Jahren, 2002 bis 2004, als Gemeindeferent 118 Millionen Euro – Sie haben richtig gehört – 118 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen zugesagt. Der Großteil ist cashmäßig schon geflossen, aber bei einem bestimmten Teil handelt es sich natürlich um langfristige Zusagen. Und ich glaube, wir haben etwas gemeinsam – sie lieben den Herrn Soziallandesrat, die ÖVP, ich habe überhaupt kein Problem mit dem Tourismuslandesrat Schützenhöfer, der wirklich Know-how hat und wirklich ein Profi ist. Wir haben gemeinsam mit seinem Vorgänger und jetzt mit Kollegen Schützenhöfer seit 30 Jahren wieder gewaltige Summen – und das ist berechtigt und gut so – gemeinsam in das Ausseer Land investiert, weil es private Investoren gegeben hat, die bereit waren, in die notwendigen Vier-Stern-Betten zu investieren, in eine Hagan-Lodge, dann in eine Jugendherberge letztlich, aber nur dann, wenn wir als Land die entsprechenden Infrastrukturinvestitionen setzen. Mitgewirkt habe ich als Gemeindeferent mit einem Team, in welches ich auch Tourismusentwickler mit integriert habe, wo ich Regionalmanagementleute, Profis integriert habe, weil ich alle diese Großprojekte wirklich persönlich auf Sinnhaftigkeit, auf Wirtschaftlichkeit, auf Finanzierbarkeit mit prüfe, bevor wir so große Beträge bereitstellen. Ich habe letztlich 3 Millionen Euro an Bedarfszuweisungsmitteln auch zugesagt, über 4 Millionen kommen aus dem Tourismusbereich, und wir haben mit Freude schon die Sechssersessellifte auf den Loser, den Sandling eröffnet und jetzt warten wir noch auf die privaten Investitionen in Summe auch von 11,6 Millionen Euro. Dort werden 30 Millionen Euro – 30 Millionen Euro – professionellst begleitet und das ist der große Unterschied zu Ihnen in manchen Bereichen.

Zum Thema „Gemeindeferent hat nichts zu tun“, um wirklich regionale Impulse zu geben, und wenn ich denke, dass hier noch das Vitalbad jetzt dazu kommt, die Therme Mitterndorf, dann sollten Sie nur eines verstehen und die Damen und Herren im Zuschauerraum auch, hier herzugehen und zu sagen, dass der Gemeindeferent nicht wichtige kommunale Projekte wirklich inhaltlich mit voller Verantwortung 118 Millionen Euro voll begleitet, sie mitlenkt, so dass wir in der Region überleben und Qualität in der Region haben, das ist eine Frechheit sondergleichen, die ich mir so nicht gefallen lasse. Das sage ich Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Der Herr Voves ist total überarbeitet!“)

Und auch ich, sehr geehrte Damen und Herren, muss noch einmal darauf verweisen. Sie haben nach der Wahl 2000 als ÖVP alle Ressorts an sich gezogen, die politische Außenwirkung haben. Okay – es war Ihnen so möglich. (Abg. Bittmann: „Wählerwille!“)

Aber jetzt bitte ich Sie schon eines, weil das ist unglaublich in der Bevölkerung, jetzt stehen Sie bitte auch zu der Verantwortung, die Sie für diese Ressorts haben und was dort passiert oder nicht passiert. (Beifall bei der SPÖ.)

Und versuchen Sie nicht ständig, wie Sie das auch bei der ESTAG versucht haben, andere Ressortbereiche auf die naivste Art im Fall des Kollegen Erlitz, Red Bull, hier also mit einzubinden. Stehen Sie doch zu der Verantwortung, die Sie im Land unbedingt haben wollten. Ich sage Ihnen eines, ich stehe dazu, dass ich nach der nächsten Landtagswahl – ich habe es auch plakatieren lassen – gerne mehr Verantwortung übernehme und meine berufliche Erfahrung sehr gerne zum Wohl der Steirerinnen und Steirer in größerem Ausmaß einbringe. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Vorwurf ist berechtigt und er kommt nicht primär von der SPÖ. Er kommt natürlich auch von uns. Aber ich möchte Sie ein bisschen auf das verweisen, was von ÖVP-Leuten genau an gleicher Kritik kommt, wo Sie sich über Inserate aufregen, wo ich über Führungsschwäche in manchen Bereichen, jedenfalls seit zwei Jahren in der ÖVP, spreche. Da zitiere ich dann jetzt Ihre Leute, die darauf sehr deutlich hinweisen. Und ich sage auch mit aller Deutlichkeit: Sie haben dieses Jahrhundertprojekt Red Bull nicht zur Chefsache erklärt. Das lässt sich eindeutig nachvollziehen und es hat wirklich das notwendige politische professionelle Management in Begleitung dieses Jahrhundertprojektes gefehlt. Und es sind Ihre, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, Ihre ausgeschiedenen Ex-Landesräte Paierl und Hirschmann zum Beispiel, die klar und öffentlich erklärt haben: Paierl: „Das war für mich bis zu meinem Ausscheiden eindeutig Chefsache!“ Landesrat Hirschmann, der bei seinem Knittelfelder Auftritt vor der Presse in dieser Diskussion klar erklärt hat: „Wenn ich noch in der Regierung wäre, das wäre nicht passiert, das Projekt hätte es gegeben!“ Ja, was ist denn das für ein Hinweis Ihrer beiden Ex-Kollegen, dass eindeutig Führungsschwäche gegeben ist in der ÖVP? Und das beste Beispiel jetzt noch dazu hat sich gestern auch in der „Report“-Sendung abgespielt. Und Sie werden ja nicht sagen, dass Ihnen der Chef der Industriellenvereinigung, Mag. Pildner-Steinburg, nicht nahe steht. Und den möchte ich wortwörtlich zitieren, gestern zum Thema „Führungsschwäche“, das Fehlen von Hirschmann und Paierl im ÖVP-Regierungsteam. Pildner-Steinburg wortwörtlich: „Man hat mit Hirschmann und Paierl sicherlich zwei wichtige Leute des Landes verloren. Speziell mit Paierl als Wirtschaftslandesrat, der viel weitergebracht hat in diesem Land. Wenn im Land wie in einem großen Unternehmen wichtige Leute wie die Vorstände gehen, dann muss man sie dementsprechend ersetzen.“ Zusatzfrage des Journalisten: „Ist das nicht passiert?“ „Offensichtlich nicht, sonst wären die Dinge nicht so schief gegangen, wie sie schief gegangen sind.“ Ist das SPÖ? Ist der Chef der Industriellenvereinigung ein SPÖ-Mann? Und der sieht das gleich, so wie Paierl und Hirschmann.

Wir haben nur auf das aufmerksam gemacht, was in den letzten zwei Jahren zum Schaden des Landes gelaufen ist, und nichts anderes. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die an mich von Seiten der ÖVP gerichtete Dringliche Anfrage erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen eins, vier, fünf und sechs halte ich fest, dass auch ich damals den Ausführungen von Dietrich Mateschitz Glauben geschenkt habe, begeistert war und auf die Kompetenz der damaligen ÖVP-Regierungskollegen Paierl und Hirschmann vertraut habe. Leider sind Ihnen diese abhanden gekommen und damit ist auch die Kompetenz verloren gegangen. Aber wenn Sie mir schon mit Ihrem Verweis auf die Tagesordnung der Steiermärkischen Landesregierung zum wiederholten Mal einen Siebenmeter auflegen, dann gestatten Sie mir, daraus ganz konkret, so wie Sie es wünschen, aus dem Protokoll der Sitzung vom 10. Februar 2003 wörtlich zu zitieren, Kollege Kasic:

„Der Erste Landeshauptmannstellvertreter meint, man solle sich den Vertrag in seinen Punkten gemeinsam vor Augen führen.“ „Es komme eine gewaltige Einseitigkeit in den Verpflichtungen für das Land Steiermark zum Ausdruck. Es gäbe zwar ein Rückabwicklungsrecht zugunsten von Herrn Mateschitz und für den ÖAMTC, allerdings nicht für das Land Steiermark. Er habe Landesrat Dr. Hirschmann gebeten, Mateschitz solle seine Projektüberlegungen, die er uns mündlich vorgetragen hat, auch schriftlich niederlegen. Dies sei auch für den Landtag notwendig.“ Immer noch wortwörtliches Zitat des Regierungssitzungsprotokolles! Und weiter: „Der erste Landeshauptmannstellvertreter verweist auf den in der Regierungssitzung vom 3. Februar 2003 zum Ausdruck gekommenen Willen, dass das Projekt Gabelhofen nicht aufgegeben werden solle. Die Gemeinde habe hier enorme Vorleistungen in der Höhe von rund 15 Millionen Schilling geleistet zu einer Zeit, als vom A1-Projekt noch nicht die Rede war.“ Für den Fall, dass Sie jetzt glauben, dass Sie sich jetzt das Federl auf den Hut stecken können, das ist ausschließlich das Projekt unseres sozialdemokratischen Bürgermeisters Hans Stradner, der sich jahrelang um dieses Projekt bemüht hat und wo wir anlässlich des Verkaufs von Loipersdorf politisch klargelegt haben, dass die Gemeinden in Loipersdorf als neue Eigentümer zum Zug kommen, aber dass wir mit den restlichen Verkaufserlösen die Therme Nova in Köflach und auch die Therme in Gabelhofen in Fohnsdorf bedienen wollen. Nur, dass da nicht wieder der Eindruck erweckt wird, das sei jetzt die neue, große Idee der ÖVP. Da waren die SPÖ und der Bürgermeister vor Ort, glaube ich, mit Abstand der, der das am stärksten betrieben hat. (Beifall bei der SPÖ.) Wir sind glücklich, dass es Investoren jetzt auch gibt.

Und ich nehme damit für mich in Anspruch, dass ich zu diesem Zeitpunkt, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, der Einzige war in der Regierung, der auf Grund seiner beruflichen Erfahrung, aus der Wirtschaft kommend – es ist so, wenn ich so in den Kreis schaue, es ist so – die fragwürdigen Punkte der aktuellen Verträge aufgezeigt habe und weiter, dass ich schon zum damaligen Zeitpunkt sehr deutlich auf das Projekt Gabelhofen und auf die Gemeinde Fohnsdorf verwiesen habe. Lässt sich alles nachvollziehen.

Zum Stichwort „Verfahrensverlauf“. Gestatten Sie mir die Gegenfrage: Wann haben Ihre zuständigen Regierungskollegen über den Verfahrensverlauf in einer Sitzung der Landesregierung jemals berichtet? Meine Frage, „zuständigen“ Regierungsmitglieder. Sie haben nicht einmal berichtet über den Verfahrensverlauf. Wann haben Sie darüber informiert, dass es Schwierigkeiten gibt? Wie bei der ESTAG. Dies alles mit dem Wissen und der bereits schriftlich bekannten Bedenken des Umweltsenats. Es scheint daher so ähnlich zu sein wie mit der Henne und dem Ei. Was war früher, die Henne oder das Ei? Ich glaube in diesem Fall geht es leider zugunsten des Eis aus. Dieses liegt leider nämlich noch da und macht Ihnen offenbar beträchtliche Schwierigkeiten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Beigetragen haben Sie nichts!“)

Zur Frage zwei: Kurz gesagt zur Frage zwei – Gemeindereferent. Es betraf erstens die Ausdehnung der Wohnbaukontingente auf bereits teilweise errichtete Reihenhäuser beziehungsweise noch zu errichtende unter anderem für Red-Bull-Mitarbeiter, die erkennbar, geplant waren. Der Neubau des Rüsthauses, der von einer KEG und in Absprache mit Red Bull und mit prognostizierten Kosten von 1,4 Millionen Euro abgewickelt werden sollte, weil sich der Einsatzbereich der Feuerwehr Spielberg beträchtlich ausgeweitet hätte. Der Straßenbau – hören Sie gut zu – für notwendige Verbindungsstraßen im Zusammenhang mit dem Projekt Red Bull im Ausmaß von 850.000 Euro. Der Ausbau des Kindergartens, weil auf Grund der zunehmenden Beschäftigungszahl, Sie werden darüber lächeln, weil das ist ja nicht so viel wert, auch mehr Kindergartenplätze benötigt werden, mit 140.000 Euro und fünftens Gespräche und Bemühungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Großkläranlage in Knittelfeld. Wenn sie es so wollen, zähle ich mich als Gemeindereferent zu den „Red-Bull-Geschädigten“ unter Führungszeichen, weil die Gemeinde insgesamt, fragen Sie den Herrn Bürgermeister, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, durch bereits getätigte Investitionen und Vorarbeiten, in eine schwierige Situation geraten sind und diese in Zukunft wieder mit viel Einsatz wettmachen wird müssen. Ich werde euch aber ordentlich dabei helfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das ist Arbeit des Gemeindereferenten. Übertragen Sie mir mehr Verantwortung, ich werde auch diese sehr gerne gut erledigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage drei: Darf ich festhalten, dass ich sofort nach Bekanntwerden des Scheiterns mit dem Industriellen Hannes Androsch und weiteren maßgeblichen Leuten seines Konzerns Verbindung aufgenommen habe. (Abg. Kröpfel: „Da war die Frau Klasnic noch in New York!“) Bereits im Dezember nach dem ersten Aus, weil Ihnen eben auf Grund seiner Verbindungen zu EADS, eine Schlüsselrolle, fünf künftige Alternativprojekte zukommen könnten. Sie sollten auch sein Interview gestern im „Report“ vielleicht gehört haben. Zum Beispiel im Bereich der Luftfahrtindustrie, dazu wird es, so hoffe ich auch, ein Gespräch und noch mehrere Gespräche mit der Frau Landeshauptfrau geben. Ich habe noch weiter gedacht mit Dr. Hannes Androsch und habe eines angedacht, wo ich endlich einmal Sie bitten würde von Seiten der ÖVP, diesen Vorschlag gründlich zu überlegen. Jetzt geht es nämlich darum, einen Schritt weiter zu gehen und würde Sie einfach bitten, überlegen wir das gemeinsam. Es ist nämlich jetzt so, dass wir ein Startkapital von 90 Millionen Euro für die Region, wirklich eine gewaltige Geschichte, als Animo für professionelle Betriebsansiedelung in der Kasse haben, sozusagen. Und jetzt geht es für mich darum, wie betreiben wir, und zwar kurzfristig, so schnell wie möglich, wirklich professionelle Betriebsansiedelungspolitik. Ich glaube, es wäre völlig falsch, wenn wir jetzt im Wahlkampf diesen Wettstreit wirklich durchführen würden, wer denn die besseren Kontakte und Versprechen und Hoffnungen hat. Die Menschen in der Region, die brauchen nichts mehr an Hoffnungen, die brauchen das Gefühl, dass wir als Politik in Summe gemeinsam richtige Umsetzungsszenarien jetzt vornehmen und dann auch umsetzen. (Beifall bei der SPÖ.) Und deswegen schlage ich vor, und ich bitte Sie, das mit uns zu diskutieren, dass wir so rasch wie möglich eine steirische Technologiebeteiligungs AG. gründen, wobei folgende Grundsätze zu beachten sind: An der Spitze der Steirischen Technologiebeteiligungs AG. sollte ein wirtschaftserfahrener Vorstand stehen, der aktive Betriebsansiedelung, ich spreche von größeren Betriebsansiedelungsinhalten, die nicht gerade Gegenstand der derzeitigen SPÖ sind und über die vielen Jahre unter Umständen auch unter Heranziehung nationaler und internationaler Vermittler betreibt. Diese steirische Technologiebeteiligungs AG. stellt unter Beachtung der EU-wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen Beteiligungskapital, also Risikokapital zur Verfügung, wobei darauf geachtet werden sollte, dass mit diesen Beteiligungen jeweils eine Sperrminorität erreicht wird, da sind aber auch Minderheitsbeteiligungen nicht ausgeschlossen. Sie haben eh gehört, dass ich Ihnen vorher gesagt habe, ich habe das mit Herrn Dr. Androsch angedacht. Er kann sich das durchaus vorstellen. (Abg. Straßberger: „22. Jänner Wirtschaftsbeirat!“)

Den gestrigen „Report“ müssen Sie hören und dann müssen Sie in der dort erwähnten Zeitung im Wirtschaftsteil, ich weiß nicht, ob Sie den jemals lesen – Herr Kollege – dann müssen Sie in der dort erwähnten Zeitung im Wirtschaftsteil nachlesen, was der Vorstand der FACC, der Tochtergesellschaft der Salinen AG., sagt.

Man wird feststellen, die bemühen sich sehr ernsthaft um das Team.

Drittens: Anzustreben ist, durch gezielte professionelle Diversifikation, also Risikostreuung des eingesetzten Kapitals, eine noch zu definierende Mindestverzinsung, dividendenorientiert, des gesamten eingesetzten Kapitals natürlich sicherzustellen. Zusätzliches Kapital, meine Damen und Herren – wir haben jetzt diese

90 Millionen, ich hoffe, wir haben sie dann letztlich – zusätzliches Kapital könnte über eine bestimmte Zweckwidmung eines noch zu definierenden Prozentsatzes der jährlichen Dividendenerträge der ESTAG fließen. Prognostiziert sind – und wenn wir, glaube ich, die richtigen Gespräche führen, dann würden uns die Vorstände des Aufsichtsrates dort bestätigen, dass durchaus für dieses Geschäftsjahr, das letzte 2004, mindestens 60 Millionen Euro Dividendenerträge realisierbar sind.

Warum sollten wir nicht einen Prozentsatz X 50, 70 Prozent, zum Beispiel auf sieben Jahre gebunden, zusätzlich zweckgemindert, dieser steirischen Technologie und Beteiligungs-AG. zur Verfügung stellen, was in Summe dann ein Volumen von 300 Millionen Euro bedeuten würde? Und ich schließe nicht aus, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, dass man sich an dieser Steirischen Beteiligungs-Holding sozusagen auch als privater Investor durchaus beteiligen könnte. Nach erfolgreichen Betriebsansiedelungen in der westlichen Obersteiermark könnte diese steirische Technologie-Beteiligungs-AG. für Betriebsansiedelungen von Leitbetrieben in allen steirischen Regionen zum Einsatz kommen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn meine Fraktion einen diesbezüglich auch inhaltlichen Entschließungsantrag heute einbringen wird, dann bitte ich Sie, denken Sie darüber nach. Ich glaube, dass das der professionelle Weg, der wirklich professionelle Weg für Betriebsansiedelungspolitik für die westliche Obersteiermark, aber auch für die Zukunft in der Steiermark sein könnte. Sind Sie einmal so fair und diskutieren wir gerade in dieser fürchterlichen Situation für die westliche Obersteiermark dieses Thema wirklich noch einmal ausführlich. Sie müssen mir eines erklären: Wenn es sich der Dr. Androsch vorstellen kann, wenn es sich, wie der Herr Sittinger von der „Presse“ bestätigen wird, auch der Präsident der Industriellenvereinigung vorstellen kann, dann muss es doch wenigstens möglich sein, dass wir über das wirklich sehr rasch in Diskussion kommen. Und ich sage Ihnen eines in Anbetracht dessen, dass wir schnell zu Lösungen kommen müssen, warum sollte der Landtag nicht der Regierung den Auftrag geben, dass man bis zur nächsten Landtagssitzung Mitte Februar bereits weiß, ob das nicht auch ein guter Vorschlag wäre, zu Alternativprojekten in die westliche Obersteiermark zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage sieben bitte ich Sie um Verständnis, ich bin erst drei Jahre im Amt, mit großer Freude und immer mehr Kraft. Für Vergangenheitsbewältigung bin ich nicht zuständig.

Ich stehe für die Erneuerung im Lande und möchte diese in naher Zukunft auch umsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie schon in Erinnerungen kramen, dann sollten Sie auch daran denken, dass es damals für Sie nicht ein gerade sehr erfolgreicher Wahlkampf war – 1995 nämlich.

Zur Frage acht, noch einmal:

Für Geschichte ist, glaube ich, jemand anderer zuständig auf der Regierungsbank, aber ganz konkret, sie sind mir einfach nicht bekannt.

Zur Frage neun:

Ich glaube nicht, dass Inserate für potenzielle Investoren eine Rolle spielen, schon wesentlich eher Ihre seit zwei Jahren bestehende Führungsschwäche, die Sie uns vor allem hier am Projekt Red Bull sehr klar vor Augen geführt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und für Investoren wird entscheidend sein, ob es zu einem Semmeringbasistunnel kommen wird, ob es in naher Zukunft eine Ennsnahe Trasse geben wird, wie die 380-kV-Leitung ausgehen wird und ob wieder Qualität und Kompetenz in Ihrer Regierungsmannschaft herrschen wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.16 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, betreffend Projekt Spielberg. Ich erteile dazu Herrn Abgeordneten Peter Rieser das Wort. Herr Abgeordneter, Ihre Begründung zur Dringlichen.

Abg. Rieser (12.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Vor allem aber liebe Kolleginnen und Kollegen aus unserer Region in Aichfeld-Murboden und darüber hinaus aus der gesamten Murfurche!

Es ist heute schon ein entscheidender Tag, wenn wir hier diese Diskussion führen. Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, was wir in unserer Region brauchen, sind keine Versprechungen, sind keine Visionen. Was wir brauchen, sind Taten und was wir brauchen ist Arbeit für die Menschen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Das bedeutet Arbeit!“ – Landesrat Mag. Erlitz: „Wenn es daneben geht, sind wir dabei. Du musst ehrlich sein!“)

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, es war der 7. Dezember, wir sind uns in der Burg begegnet und Sie haben spontan gesagt, was wir jetzt brauchen, ist ein Schulterchluss. Und dazu bekennen wir uns heute noch. Aber versuchen wir nicht gleichzeitig eine Kindesweglegung zu machen, als sei keiner – bitte – in dieser Regierung verantwortlich und zuständig. Ihr seid genauso drinnen wie die Freiheitliche Partei und habt auch Verantwortung, wir haben uns nie von der Verantwortung zurückgezogen und sie gescheut.

Es ist heute auch – und das möchte ich auch bitte sagen, damit es nicht unter den Tisch fällt – die Therme Gabelhofen angesprochen worden. Ja, wir könnten sie schon längst haben. Was mich nur skeptisch macht dabei, wir haben bereits die dritten Gemeinderatswahlen, wo auf einmal wieder warmes Wasser fließt. Ich erinnere – 1995, ich erinnere – 2000 haben wir diese Diskussionen schon geführt. Ich hoffe, es wird umgesetzt. Es ist dringend notwendig. Und was soll bitte diese Aussage, wir wollen auch die SPÖ in das Boot holen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage nur eines dazu, die Frau Dr. Andrea Kainz, Fachabteilung 8B, Gesundheitswesen, war die medizinische Sachverständige. (Landesrat Mag. Erlitz: „Weisungsungebunden!“) Eben, zuständig bist du, Herr Landesrat Mag. Erlitz.

Ja! Und du sagst jetzt gleich etwas in diesem Zusammenhang. (Landesrat Mag. Erlitz: „Sie haftet für dieses Gutachten!“)

Herr Landesrat! (Landesrat Mag. Erlitz: „Da sind wir uns einig!“) Ja! (Landesrat Mag. Erlitz: „Alles klar?“) Alles klar!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich muss es einfach ansprechen, weil wir in der letzten Zeit so oft darüber diskutiert haben.

Wir leben in einem Rechtsstaat. (Landesrat Mag. Erlitz: „So ist es. Daher weisungsungebunden!“) Wir leben in einem Rechtsstaat und in keiner Bananenrepublik. Das habe ich in vielen Diskussionen gesagt, nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Rechtsstaat hat zwei Seiten:

A) Einer kann alles verhindern und B) und eine ganze Region muss es ertragen. Das ist die Situation, mit der wir uns auseinander zu setzen haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch angesprochen worden, dass Landeshauptmannstellvertreter Schögggl Mitverantwortung trägt. Das Großprojekt Spielberg fällt in die Zuständigkeit mehrerer Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung. Aus diesem Grund ist seine Wortwahl nach dem Rückzug von Red Bull vom Projekt Spielberg sehr zu hinterfragen. Eine der auslösenden Punkte für das UVP-Verfahren war nämlich das Ansuchen von Red Bull um Genehmigung eines Hubschrauberlandeplatzes. Diese Angelegenheit fällt zu 100 Prozent in die Zuständigkeit des Verkehrsressorts, weil es das Bau- und Raumordnungsrecht berührt, welches ebenfalls dem Ressort Schögggl zuzuordnen ist. (Abg. Wiedner: „Kollege!“)

Lieber Karl Wiedner, warte ein bisschen, du kommst schon noch dran. Dazu kommt, und ich habe es eingangs schon gesagt, dass zahlreiche Gutachter des Landes, die nun von Landeshauptmannstellvertreter Schögggl auf das Schärfste kritisiert werden, unter seiner Diensthohheit arbeiten. Umso erstaunlicher ist es, dass er sich nun vor die Medienvertreter stellt und ausführt, dass er, so das Verfahren unter seiner Verantwortung gelaufen wäre, wüsste, was er zu tun hätte.

Wie schon im Rahmen der aktuellen Aussprache im Ausschuss für Infrastruktur im Zusammenhang mit der 380-kV-Leitung fühlt sich Landeshauptmannstellvertreter Schögggl wieder einmal nicht verantwortlich.

Die Unterfertigten wollen nun wissen und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich stelle die Dringliche Anfrage:

Erstens: Ist dir bekannt, dass du beim UVP-Verfahren für das Projekt „Spielberg“ nach der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung zumindest teilweise zuständig bist?

Zweitens: Für welche Bereiche trägst du deiner Meinung nach die Verantwortung und welche Maßnahmen hast du ergriffen?

Drittens: Was hast du darüber hinaus konkret für das Gelingen des Projektes „Spielberg“ beigetragen?

Viertens: Das Projekt „Spielberg“ war des Öfteren auf der Tagesordnung der Steiermärkischen Landesregierung. Hast du dich in diesen Sitzungen über den Verfahrensverlauf erkundigt?

Fünftens: Wenn ja, was konkret hast du gefragt?

Sechstens: Wenn nein, warum hast du dich nicht über den Stand des Verfahrens erkundigt?

Siebtens: Welche konkreten Vorschläge hast du für Alternativprojekte in Spielberg?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung beantrage ich die Abhaltung einer Wechselrede.

Danke für die Aufmerksamkeit (Beifall bei der ÖVP. – 12.24 Uhr.)

Präsident: Damit komme ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (12.24 Uhr):

Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, liebe Abgeordnete, liebes Publikum!

Ich sehe schon eine gewisse Müdigkeit hier herinnen. (Abg. Mag. Drexler: „Aber nur bei der SPÖ!“)

Bei einem Teil der Abgeordneten, da lässt anscheinend das Interesse nach. Es ist allerdings jetzt 12.25 Uhr und ich denke, die biologische Uhr tickt bei dem einen oder anderen, da muss man sich entsprechend stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ein paar einleitende Bemerkungen machen. Der Abgeordnete Rieser und der Abgeordnete Bacher haben sich ja wirklich redlich bemüht, mich in dieses Boot hereinzuholen, was also die politische Verantwortung betrifft, aber dieses Boot ist schon ziemlich unter Wasser

und da habe ich gar keinen Platz mehr. Auf diesem Boot werde ich keine Passage buchen, weil ich, ich komme in meinen Ausführungen noch darauf zu sprechen, in diesem Boot keinen Platz finde. Aber es ist wichtig und ich glaube, darum habe ich auch meiner Fraktion diese Beantragung der Abhaltung des Sonderlandtages empfohlen, weil es wichtig ist, dann in dem politischen Gremium des Landes Steiermark diese Angelegenheit wirklich aufgearbeitet wird, diskutiert wird. Und natürlich ist einerseits die Verantwortung festzumachen, aber ich denke, im Wesentlichen soll und muss sich die Diskussion um die Zukunft drehen, gar keine Frage. Für Dinge, die wir nicht geschafft haben, werden wir weder gewählt noch werden wir in anderer Form dafür belohnt, sondern wir werden dafür gewählt, welche Visionen wir für unser Land entwickeln und was wir schaffen in diesem Land. Darum läuft natürlich auch eine Fraktion, die ausschließlich ihre Legitimation aus der Verhinderung von Projekten bezieht, wie die Grünen, gar nicht in die Gefahr belohnt zu werden. Das ist also die eine Seite.

Ich komme noch auf eine Anmerkung zu sprechen, die die Frau Landeshauptmann gemacht hat, wenn sie die positiven Dinge in diesem Land hervorgestrichen hat. Sie hat also die Kompetenzzentren positiv erwähnt und die Entwicklungen im Infrastrukturbereich positiv erwähnt, nehme dieses Kompliment auch gerne an, sind es doch Ressorts, die von mir verwaltet werden und die ich, glaube ich, sehr erfolgreich bewältigt, weil sonst würde da nicht so viel weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP. Wie gesagt, diese Anfrage dient im Wesentlichen dazu, ein Regierungsmitglied in das Boot der Verantwortung hineinzuholen, in so einem Zeitpunkt, wo das Boot bereits ziemlich weit gehend unter Wasser ist. Und daher sage ich Ihnen, diese Anfrage ist leider von der Qualität nicht besonders, sie ist nicht gut recherchiert, sie ist auch sehr polemisch und sie ist auch inhaltlich ziemlich schwach, aber ich werde mich trotzdem bemühen, diese Anfrage entsprechend zu beantworten. Es geht natürlich auch und es wurde auch schon gesagt um Erfolg oder Misserfolg. Ich glaube, wir sollten zwei Dinge aus dieser Sitzung lernen: Erstens: Man muss, auch wenn man glaubt den Erfolg bereits in der Scheune zu haben, wie vielleicht das die ÖVP in dem speziellen Fall Spielberg getan hat, muss man sehr vorsichtig sein, weil dieser Erfolg, den man schon in der Hand zu haben glaubt, kann sein wie eine Forelle, nämlich sehr glitschig, sie kann einem wieder entgleiten. Das ist die eine Seite und die andere Seite, ich glaube, bisher hat die Diskussion schon gezeigt, diese Expertengruppe, die dann am 13. in Wien war, die hätte von der Geburtsstunde des Projektes, wie der Herr Mateschitz und ich war auch begeistert, ich war auch dabei, wie er in der Burg seine Vision dargelegt hat und von der Geburtsstunde dieses Projekts hätten die besten Köpfe dieses Landes, die Experten dieses Landes, das Projekt tragen müssen und begleiten müssen. Wir haben im Verfahren viele, viele Dinge aufgezeigt, die von Anfang an vielleicht vermieden werden hätten können, hätte man diese Experten und hätte man dieses Projekt auch als Chefsache von allem Anfang an wirklich sorgsam und sorgfältig begleitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist natürlich interessant, dass die ÖVP versucht, das Scheitern des Projekts am Hubschrauberlandeplatz festzumachen. Also, das ist schon ein bisschen in Richtung der skurrilen Art, insbesondere deswegen, weil ich habe hier ein Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation, Technologie, das also ganz klar festhält, dass die Bezirksverwaltungsbehörde für diesen Hubschrauberlandeplatz zuständig ist und den natürlich auch entsprechend genehmigt hat. Als Detail am Rande sage ich auch noch, dass der Vertreter der Firma Red Bull, Prof. Winkler mehrfach bei mir war und wir über Außenlandungen gesprochen haben beim Hubschrauber und ich habe ihm zugesichert, dass jede begründete Hubschrauberäußenlandung innerhalb von 24 Stunden selbstverständlich genehmigt wird. Das ist gar keine Frage. Da muss ich sagen, das ist sicherlich keine richtige Begründung.

Ich darf zu den Fragen kommen:

Zur Frage eins: Eine Zuständigkeit für das gegenständliche UVP-Verfahren für das Projekt Spielberg ist in meinem Ressort nicht vorliegend. Der von der Red Bull GmbH. am 1. September 2003 für das Vorhaben Motorsportzentrum beim A1-Ring in Spielberg bei der Steiermärkischen Landesregierung als UVP-Behörde eingebrachte Antrag bezog sich auf Durchführung eines Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahrens nach dem UVP-Gesetz 2000 unter Beteiligung einer Grundsatzgenehmigung gemäß Paragraph 18 UVP-Gesetz 2000.

Nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung fällt die Abwicklung derartiger Verfahren in den Geschäftsbereich der Abteilung 13 – Umwelt- und Anlagenrecht, Energiewesen – und im konkreten Fall eindeutig in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsressorts von Herrn Landesrat DDr. Gerald Schöpfer.

Dies deshalb, da es sich bei einem UVP-Verfahren nämlich – und bitte jetzt aufpassen, weil das ist ja die Frage, deswegen sind wir ja da, damit wir alle diese Unstimmigkeiten auch aufarbeiten – um ein konzentriertes Genehmigungsverfahren handelt, in dem die Behörde in einem Bescheid über sämtliche Genehmigungserfordernisse nach den diversen Materiengesetzen abzusprechen hat. Die Gesamtverantwortung für die Abwicklung derartiger Verfahren ist in der Geschäftsverteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung daher sinnvollerweise bei einem Mitglied der Landesregierung angesiedelt. Das haben wir in anderen Beispielen auch.

Für „gewerbliche Betriebsanlagen einschließlich wasserrechtliche und baurechtliche Angelegenheiten“ ist die Zuständigkeit nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung eindeutig bei Herrn Kollegen Prof. Gerald Schöpfer.

Die Zuständigkeit für das gegenständliche UVP-Verfahren liegt daher ausschließlich im Wirtschaftsressort. Dies geht auch ganz klar und deutlich dadurch hervor, dass der verfahrenseinleitende Antrag auf „Genehmigung einer gewerberechtl. Betriebsanlage“ lautet. Dafür ist nach der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung und Geschäftseinstellung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung die ausschließliche Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts gegeben.

Und bitte noch einmal, ganz wichtig: Die verfahrensführende Behörde im Ressort des Wirtschaftslandesrates kann im Rahmen des UVP-Verfahrens die unabhängigen und weisungsungebundenen – wichtig, ganz wichtig – weisungsungebundenen Sachverständigen, welche teilweise in der Abteilung 17 Technik und Sachverständigendienst in meinem Ressort organisiert sind, zur Erstellung der erforderlichen Gutachten anfordern. Das ist passiert. Die Sachverständigen werden für diesen Zweck – und es ist wieder wichtig – nach UVP-Gesetz persönlich bestellt, und zwar von der verfahrensführenden Behörde. Also nicht von mir, sondern von der verfahrensführenden Behörde. Und ich möchte schon anmerken, das Sachverständigenwesen und die Unabhängigkeit und die Weisungsungebundenheit der Sachverständigen ist eine Säule unseres Rechtsstaates, meine sehr verehrten Damen und Herren. An dieser würde ich nicht zu rütteln wagen und ich hoffe, auch niemand anderer in diesem Raum. (Beifall bei der FPÖ.)

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Fachabteilung 18E Verkehrsrecht von der verfahrensleitenden Behörde zur Frage der Genehmigung eines Hubschrauberlandeplatzes nicht eingebunden wurde, sondern ein Sachverständiger der A17 nach dem UVP-Gesetz persönlich als Sachverständiger bestellt und dem Verfahren von der UVP-Behörde beigezogen wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Zuständigkeit für den technischen Amtssachverständigendienst, die Sie ansprechen, welcher aus der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung unzweifelhaft ersichtlich ist, an dieser Stelle näher erklären.

Meine Zuständigkeit für den Technischen Amtssachverständigendienst ist aus der Geschäftsverteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung unzweifelhaft ersichtlich. Im Besonderen bin ich für die Gewährleistung eines personell und materiell ausreichend ausgestatteten Sachverständigendienstes unter den vom Personallandesrat sowie von der Finanzlandesrätin vorgegebenen Rahmenbedingungen sowie die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung der Sachverständigen verantwortlich.

Eindeutig klarzustellen ist, dass Sachverständige nicht nur in diesem konkreten Verfahren, sondern grundsätzlich auch in allen anderen Genehmigungs- und Prüfungsverfahren absolut weisungsfrei agieren müssen, wie erwähnt. Es ist einzig und allein Sache der jeweiligen Behörde, aus den Gutachten und Feststellungen der Sachverständigen die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Das ist die Säule des Rechtsstaates. (Beifall bei der FPÖ.)

Besondere Maßnahmen waren meinerseits im gegenständlichen Zusammenhang nicht erforderlich, da für sämtliche in den Zuständigkeitsbereich der mir unterstehenden Abteilung 17 fallenden Fachbereiche die von der Behörde angeforderten Gutachter zur Verfügung gestellt werden konnten.

Zu Frage zwei:

Ich verweise auf die Beantwortung des Punktes eins.

Zu Frage drei:

„Was haben Sie darüber hinaus konkret für das Gelingen des Projektes Spielberg beigetragen“, erlaube ich mir nachfolgende Antwort zu geben:

Wenngleich keine wie immer geartete Zuständigkeit für das angeführte UVP-Verfahren in meinem Ressort gegeben ist, waren nachstehende Fachabteilungen in meinem Ressort im Zusammenhang mit dem Projekt Spielberg tätig (Allgemeine Unruhe.):

Fachabteilung 13B Bau-, Raumordnung und Energieberatung (Präsident: „Am Wort ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schöggl. Meine Damen und Herren, das zur Kenntnis zu nehmen, bitte!“):

Danke schön!

Im Bereich der mir unterstehenden Fachabteilung 13B – Raumordnung, Baurecht und Energieberatung war das Projekt A1-Ring Red Bull eine echte Herausforderung für die Aufsichts- und Prüfungsbehörde, zumal zahlreiche grundsätzliche Überlegungen sowohl in rechtlicher als auch in fachlicher Hinsicht und ausführlichste Abstimmungen mit dem Projektteam Red Bull, der Marktgemeinde und ihrer Raumplanerin, Dipl.-Ing. Heigl, erforderlich waren.

Dessen ungeachtet konnten innerhalb kürzester Zeit die drei Verfahren abgewickelt werden:

Marktgemeinde Spielberg bei Knittelfeld – Verfahren 3.01:

Die Flächenwidmungsplanänderung 3.01 betrifft die Änderung der Ausweisung der Grundstücke Nr. 147/2, 158 und 159 – jeweils Teilflächen –, KG. Schönberg, von „Sondernutzung im Freiland – Fahr- und Motorsportgelände“ beziehungsweise zum Teil Wald und Verkehrsfläche in Aufschließungsgebiet der Kategorie Industrie- und Gewerbegebiet I mit einer Bebauungsdichte von 0,2 bis 1,7. Die zirka 2,24 Hektar große Fläche liegt im Innenbogen der Südschleife des A1-Ringes nordöstlich der Haupttribüne. Auf der Fläche war die Errichtung einer Hotelanlage geplant.

Das Verfahren wurde am 19. April 2004 bei der Fachabteilung 13B zur Genehmigung vorgelegt. Der Ausschuss zum Raumordnungsbeirat, die Damen und Herren Abgeordneten sind ja dort vertreten, hat in seiner Sitzung am 4. Mai 2004 den Beschluss gefasst, die Flächenwidmungsplanänderung der Steiermärkischen

Landesregierung zur Genehmigung zu empfehlen. Der Genehmigungsantrag wurde in der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung am 7. Juni 2004 behandelt. Der positive Bescheid wurde am 9. Juni 2004 erlassen und ist seit 30. Juni 2004 rechtskräftig. Das Genehmigungsverfahren wurde somit in acht Wochen abgewickelt. Dies war ausschließlich auf Grund der guten Vor- und Zusammenarbeit sämtlicher Beteiligter möglich – so geht es auch! (Beifall bei der FPÖ.)

Marktgemeinde Spielberg bei Knittelfeld – Verfahren 3.08 b:

Mit der Flächenwidmungsplanänderung 3.08 b plant die Marktgemeinde Spielberg bei Knittelfeld eine Neuordnung der Nutzungsfestlegungen auf dem Gelände des ehemaligen A1-Ringes. Die bereits bisher im Flächenwidmungsplan als Sondernutzung im Freiland – Fahr- und Motorsportgelände beziehungsweise Sondernutzung im Freiland – Fahrtechnikzentrum ausgewiesenen Flächen wurden ebenso wie bestehende Verkehrsflächenausweisungen neu abgegrenzt. An das Ringareal angrenzende Flächen im Westen (Bereich der ehemaligen Westschleife an der Gemeindegrenze zu Flatschach) wurden als Sondernutzungsflächen festgelegt. Weiters erfolgte im nordöstlichen Anschluss an das bestehende Ringgelände in der KG. Schönberg eine wesentliche Erweiterung der Sondernutzungsflächen. In diesem Bereich war die Errichtung einer Enduro- und Offroadstrecke geplant.

Auf dem Ringgelände selbst kam es zur Ausweisung größerer zusammenhängender Flächen als Aufschließungsgebiet für Industriegebiet I, um die Errichtung von Forschungs- und Entwicklungsanlagen zu ermöglichen.

Die Definition der Sondernutzungen im Verordnungswortlaut wurde um den Begriff „Open-Air-Gelände“ erweitert.

Die letztgültige Fassung der Flächenwidmungsplanänderung 3.08 b wurde am 25. Mai 2004 bei der Fachabteilung 13B zur Genehmigung vorgelegt. Bereits in der Sitzung des Ausschusses zum Raumordnungsbeirat am 27. Mai 2004 wurde eine Besichtigung der Änderungsbereiche im Rahmen eines Sonder-AROB am 17. Juni 2004 vereinbart. Am 28. Juni 2004 fasste die Steiermärkische Landesregierung den Flächenwidmungsplan-Genehmigungsbeschluss.

Der Bescheid wurde mit 30. Juni 2004 erlassen und nach Kundmachung durch die Gemeinde am 21. Juli 2004 rechtskräftig. Diese Genehmigungsverfahren wurden in nur sechs Wochen abgeschlossen, das heißt, dass innerhalb dieser sechs Wochen die Endüberprüfung, die AROB-Beschlussfassung, der Regierungsbeschluss und die Bescheiderstellung erfolgten. Besprechungen in meinem Büro in der Fachabteilung 13B oder an Ort und Stelle fanden am 16. Juli, 24. Juli, 16. September, 8. Oktober, 14. Oktober, 2. Dezember, 9. Dezember, 17. Dezember, sämtliche im Jahr 2003, 8. Jänner, 14. Jänner, 12. Februar, 30. März, 7. April, 14. April, 21. April, 30. April, 11. Mai, 19. Mai und 9. Juni, 17. Juni, sämtliche im Jahr 2004 statt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur dass Sie sehen, wir haben uns ja gekümmert. Auch so geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Dabei handelt es sich ausschließlich um Termine, die mit Dritten wahrgenommen wurden, zahlreiche amtsinterne Abstimmungsgespräche sind nicht in dieser Aufstellung enthalten. Alle diese Gespräche waren jedoch erforderlich, um der Herausforderung dieses Projekts in raumordnungs- und baurechtlicher Sicht Rechnung zu tragen. Summa summarum wurden in allen drei Verfahren sämtlichen Einwendungen öffentlicher Stellen Rechnung getragen. Hinsichtlich der in allen drei Verfahren erhobenen Einwendungen der Bürgerinitiativen – bitte, jetzt aufpassen – wurde diesen teilweise Rechnung getragen. Nicht berücksichtigt wurden projektbezogene Einwendungen. Derartige Einwendungen sind in den nachfolgenden Einzelverfahren zu behandeln. Darüber hinaus fand bereits vorausschauend für die künftige Entwicklung der gesamten Region am 14. Oktober 2004 ein Gespräch mit mehreren Bürgermeistern der Region, dem Red-Bull-Team, der Wirtschaftsförderung sowie der A16 Landes- und Gemeindeentwicklung und der Fachabteilung 13B Bau- und Raumordnung, Energieberatung unter Federführung meines Büros statt, dessen Ziel die Abstimmung der örtlichen Planungsmaßnahmen der Gemeinden unter Einbeziehung der Fachdienststellen des Landes war. Unter den Gemeinden abgestimmte Flächensicherungen, Ausweisungen, Betriebsansiedelungen und touristische Nutzungen sollten rasche Verfahrensabwicklung ermöglichen. Ein für Dezember vereinbarter weiterer Gesprächstermin wurde auf Grund der aktuellen Situation abgesagt.

B) A16 überörtliche Raumplanung, auf Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung befindet sich zurzeit das regionale Entwicklungsprojektprogramm Judenburg, Knittelfeld in Arbeit. Ein durch die Abteilung 16 Landes- und Gemeindeentwicklung entwickelter Entwurf dieses Entwicklungsprogrammes wurde im Herbst vorigen Jahres für drei Monate aufgelegt. Bereits vor der Auflage wurde dieses Programm einerseits mit dem konkreten Projekt Motorsportzentrum Spielberg und andererseits mit den hierfür notwendigen Änderungen des örtlichen Entwicklungskonzeptes des Flächenwidmungsplans von Spielberg und Flatschach abgestimmt. Diese Entwicklungsprogramme werden nach einer landesweit einheitlichen, für alle Planungsregionen gleichen Systematik erstellt. Im Entwurf des regionalen Entwicklungsprogramms Judenburg, Knittelfeld wurde diese Systematik zur Dokumentation des öffentlichen Interesses am Standort Spielberg und den Paragraphen 2 Absatz 5 die räumlichen Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Tourismus in der Planungsregion sind zu erhalten und zu verbessern – das gilt insbesondere für das Motorsportzentrum Spielberg-Flatschach – erweitert. Zur Rechtskraft des Programms stehen jedoch noch Beschlüsse vom Raumordnungsbeirat, von beratenden Gremien sowie der Landesregierung aus.

C) Abteilung A18 Verkehr. Planung und Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur inklusive der wesentlichen Teile im Budget 2005. Es handelt sich um die Autobahnanschlüsse S 36 inklusive Rampen und Einbindungen in die L 544, Umbaumaßnahmen an der L 544 und teilweise Verlegung dieser Landesstraße. (Präsidentin Dr. Rieder: „Entschuldigung, ich bitte Sie, sich etwas leiser zu unterhalten, damit der Herr Landeshauptmannstellvertreter fortsetzen kann!“) Kreuzungsausbau, der L 518 mit zwei Kreisverkehrsanlagen, Verbreiterung des Geh- und Radweges und der Errichtung von Fußgängerunterführungen. Ich habe Ihnen ein paar Skizzen mitgebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte sie nur zeigen, weil in meinem Ressort die entsprechenden Vorarbeiten sehr, sehr umfangreich geleistet wurden, sehr professionell geleistet wurden und daher also der Versuch, mich in dieses sinkende Boot zu holen, wirklich nicht gerechtfertigt ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Darüber hinaus wurden sowohl von meiner Fraktion im Landtag als auch von mir als Regierungsmitglied der Steiermärkischen Landesregierung sämtliche erforderlichen Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Realisierung des Projekt Spielberg positiv unterstützt. Von dieser Seite wurde das Projekt Spielberg in keiner Weise und zu keiner Zeit weder gefährdet oder behindert.

Zu den Fragen vier, fünf und sechs, die ich gemeinsam beantworte wie folgt: Seit dem Gespräch zwischen Dkfm. Mateschitz und der Steiermärkischen Landesregierung war das Projekt Spielberg in weiterer Folge immer wieder auf der Tagesordnung der Steiermärkischen Landesregierung. Sowohl die von den ressortzuständigen Regierungsmitgliedern eingebrachten Regierungsstücke, als auch deren öffentliche Aussagen haben bis zur abweisenden Entscheidung des Umweltbundessenats keinerlei Anlass zu Zweifeln an einer erfolgreichen Umsetzung des Projekts gegeben. Der vom Umweltbundessenat abgewiesene Bescheid der UVP-Behörde war auch vor Bekanntwerden der Entscheidung nie Gegenstand einer Regierungssitzung.

Zur Frage sieben: Die Region, in welcher das Projekt Spielberg von Red Bull umgesetzt hätte werden müssen, ist für die Steiermark eine Region der Zukunft mit wesentlichen und wichtigen Ressourcen. Da habe ich bereits vor Jahren, vor Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, da war Mateschitz noch nicht im Gespräch, nachstehende Aktivitäten gesetzt: In meinem Auftrag hat die Forschungsgesellschaft Joanneum Research GmbH. ein Positionspapier zu einem steirischen Luft- und Raumfahrtcluster Steiermark erstellt, welches auf den nachstehenden Säulen aufbaut. Schulungs- und Fortbildungsstandort, Clusterung von Leitbetrieben, welche im Automobilbereich, im Bereich der Luft- und Raumfahrt Kompetenz haben, Bündelung von Forschungskompetenzen, Montanuniversität, Einbeziehung der Fluginfrastruktur des Militärflughafens. Diese Überlegungen und weitgehende Möglichkeiten zur Aufwertung des Schulstandorts Zeltweg mit dem Zweck, die Stärken der Region auszubauen und zu nutzen, wurden von mir mit Schreiben vom 22. Mai 2002, ich weiß, es ist mühsam, aber wir müssen da durch, Frau Bundesminister Gehrler übermittelt. Mit Schreiben vom 16. Juli 2002 hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst mitgeteilt, dass diesbezüglich der Landesschulrat für Steiermark als Schulbehörde zuständig sei, welcher mit dem Schreiben vom 22. Mai 2002 in weiterer Folge befasst wird. Leider, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich vom Landesschulrat für Steiermark nie wieder was gehört jetzt in dem Zusammenhang. Ich zitiere aus dem Schreiben des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst, das ist die Frau Minister Gehrler: „Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst übermittelt in der Beilage ein Schreiben von Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, betreffend Aufwertung des Schulstandorts Zeltweg, mit welchem die Stärken der Region ausgebaut und genützt werden sollen. Der Vorschlag zielt darauf ab, aus der bislang noch immer mit Strukturproblemen behafteten Region Spielberg, Zeltweg auf Grund bestehender Ressourcen einen Zukunftsraum zu entwickeln.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bestätigt mir sogar das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst, ein ÖVP-geführtes Ministerium, dass ich bereits 2002 Anstrengungen unternommen habe, um eine Zukunftsregion zu entwickeln. (Beifall bei der FPÖ.) Eine Antwort wurde nie gegeben. Das Positionspapier zu einem Luft- und Raumfahrtcluster liegt in der aktualisierten Form vom Juli 2003 vor. In etwa zu diesem Zeitpunkt ist Dieter Mateschitz mit seinem Red-Bull-Konzern und dem Projekt Spielberg auf den Plan getreten, weshalb von meiner Seite mit einer weiteren Projektumsetzung auf Basis des Positionspapiers Luft- und Raumfahrtcluster Obersteiermark innegehalten wurde, um eine Projektrealisierung des angedachten Projekts nicht zu kontakarisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt viele Chancen in der Region. Kompensationsgeschäfte, RDS, Magna ist im Gespräch. Es gibt eine Reihe von Verantwortlichkeiten. Bundesminister Bartenstein ist bisher sehr zurückhaltend, sehr zurückhaltend mit den Maßnahmen, die aus dem RDS-Geschäft, aus den Kompensationen kommen.

Bauen wir aus dieser Region Zeltweg gemeinsam eine Zukunftsregion auf drei Säulen. Erstens Bildung und Schulstandort, zweitens Nutzung der Ressource Flughafen für Dienstleistungen, für Servicebetriebe und drittens Ansiedlungen von erfolgreichen Betrieben, von erfolgreichen Leitbetrieben. Nützen wir alle unsere Beziehungen zu Wirtschaftstreibenden, zur Industrie, um für die Region Spielberg/Zeltweg, die ich als Zukunft ersehe, eine gute Zukunft zu schaffen.

Danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 12.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ an Herrn Landesrat DDr. Schöpfer, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg. Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinz Grabner das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (12.50 Uhr): Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber liebe Freunde aus der betroffenen Region!

Sie und mich wird am heutigen Abend eigentlich nur eines interessieren: Wer hat vernünftige Vorschläge, die vernünftig und sofort umgesetzt werden können, eingebracht? Wer ist mitgegangen mit den Ideen? Wer hat diskutiert, vernünftig und konstruktiv, weil eines ist im Zentrum unserer Überlegungen: Wie geht es weiter? Und da bin ich absolut nicht der Meinung wie der Kollege Bacher von der ÖVP, der seinen Dringlichen Antrag an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves dazu benützt hat, um in 90 Prozent seiner Redezeit den Versuch einer Vergangenheitsbewältigung zu machen, sondern ich sehe mich genötigt, lieber Freund, in zwei Sätzen darauf sehr wohl einzugehen. Aber ich werde mich viel intensiver damit beschäftigen, was zum Beispiel der Herr Landeshauptmannstellvertreter Konkretes vorgeschlagen hat und was ich – und das kündige ich jetzt vorweg schon an – heute als Entschließung einbringen werde. Und dann werden wir sehen, wer geneigt ist und wer bereit ist, alles, aber auch wirklich alles zu unternehmen, dass der Karren, der in den Dreck gefahren wurde, von uns gemeinsam, wie ich hoffe, wieder dort herausgezogen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich muss mich leider mit den Vergangenheitsbewältigungsversuchen vom Kollegen Hans Bacher beschäftigen, wiewohl das überhaupt nicht, insofern nicht mehr aktuell ist, weil was ihr damals unserer Bevölkerung versucht habt weiszumachen, darüber hat die Bevölkerung im Jahr 1995 und im Jahr 2000 der Wahlen schon beurteilt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ganz entschieden geurteilt. Lieber Freund, ich werde dir die Zahlen nennen. Im Jahr 1995, als ihr mich plakatiert habt als Vaterlandsverräter, im Jahr 1995 hat in der ganzen Obersteiermark nirgends die ÖVP so viel verloren wie in Spielberg, nämlich 7 Prozent. Am selben Tag hat die ÖVP bei den Bundeswahlen, bei den Nationalratswahlen in Spielberg um 3 Prozent zugelegt. Aber diese Art der Wahlkampfführung und der Aufarbeitung des Themas Spielberg – Ö-Ring hat euch in Spielberg allein einen Verlust von 7 Prozent beschert. Ich lade euch ein, auf diesem Pferd weiterzureiten und weiterhin in die falsche Richtung zu galoppieren. Ich bedanke mich jetzt schon für den Wahlkampf, den ihr für mich führt. Herzlichen Dank dafür. Ich erspare mir vieles. Die Bevölkerung hat darüber das Urteil schon gesprochen. Aber die Bevölkerung wird auch darüber das Urteil sprechen, was jetzt passiert, was sie jetzt sieht. Sie sieht nämlich jetzt die von euch verursachten Ruinen da oben. Sie sieht die Schutthalden und sie sieht alles das, was dort nicht passiert ist. Übrigens ganz interessant, wenn der Landeshauptmann Schögggl jetzt dargelegt hat, wie es zumindest in einigen Ressortbereichen auch gegangen ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Also es gibt schon Beispiele, wo es auch unter ordentlicher politischer Aufsicht gehen hätte können. Jedenfalls eines wissen wir, wenn wir uns mit dem „Wie geht es weiter?“ beschäftigen, steht ganz oben dick drüber: „So wie bisher jedenfalls nicht“. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich habe leider nicht den Eindruck bekommen von den heutigen Debattenbeiträgen, ich habe leider nicht den Eindruck bekommen, dass irgendjemand von den zuständigen drei Regierenden, nämlich die Frau Landeshauptmann, der Herr Landesrat Schöpfer und der Herr Landesrat Seitinger, auch nur irgendwie erkennen lassen hätten, dass sie erkannt haben, wo sie selbst den Karren in den Dreck geführt haben. Das ist mir bisher noch nicht untergekommen. Und wenn ich schon einen falschen Befund mache, nämlich dass ich selber nicht schuld bin und alle anderen, vielleicht die in Wien und vielleicht die Beamten und vielleicht der Herr Red Bull selber, jedenfalls ich nicht und meine Freunde, wenn ich schon so weit gehe, dann kann ich mit einem so falschen Befund auch keine richtige Diagnose stellen. Und dann kann auch ein Projekt niemals funktionieren. Darum glaube ich auch, wir hätten jetzt die Bevölkerung zu befragen, wem traut die Bevölkerung nunmehr unter dem eben Erlebten zu, ordentliche Projekte für unsere Region zu finden und zu betreiben, der Frau Klasnic oder anderen? Diese Frage an die Bevölkerung wird zu beantworten sein. Am liebsten wäre es mir, möglichst rasch, aber davor haben Sie natürlich Scheu. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich sage euch, liebe Freunde, schon im Herbst bei den Gemeinderatswahlen und insbesondere im Oktober bei den Landtagswahlen, sollten Sie das noch so lange hinauszögern wollen, sehr zum Schaden unserer Region, weil die brauchen da eine Entscheidung diesbezüglich schneller, wird die Bevölkerung die Antwort geben, die sie im Jahr 1995 euch schon gegeben hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, lieber Hans, wir können Wetten eingehen. Damals waren es minus 7 Prozent. Ich wette ein höheres Quorum. Liebe Freunde, wenn wir uns darüber jetzt konstruktiv unterhalten, wie gehen wir denn das an? Da müssen wir dort beginnen, dass wir sagen, diese und diese und diese Fehler sind gemacht worden und die müssen wir vermeiden. Ich habe gar nichts dagegen, dass man sagt, hie und da passieren Fehler, okay. Aber den gleichen Fehler zweimal zu machen, das wäre nicht nur fatal, sondern das wäre Blödheit. Und diese sollte niemand machen. Diese Fehler sollte niemand machen. Und wenn ich angesprochen werde, warum ich zur Dringlichen Anfrage diesen Vorspann mache, ja selbstverständlich, weil ich mit der Dringlichen Anfrage dem Herrn Landesrat Schöpfer Fragen stelle, von denen ich ausgehe, dass er sie in einem Maße beantwortet, wie ich es bei der Frau Landeshauptmann noch nicht gesehen habe, nämlich aus der Erkenntnis, was alles falsch gemacht worden ist und aus der Klarstellung, was man in Zukunft besser machen würde. Derzeit habe ich das noch nicht gesehen von eurer Seite.

Wenn ich sage, gemachte Fehler nicht wiederholen, dann haben wir klarzumachen, was ist zum Beispiel professionell? Ist es professionell, einen Abbruch zu beantragen, Antrag 22. Dezember 2003 aus der Feder der Ö-Ring-Gesellschaft, sprich Land Steiermark, ohne eine Genehmigung für den Neubau zu haben? Ich kenne niemanden, ich kenne überhaupt niemanden, der sein Haus abträgt, bevor er die Genehmigung für den Neu-

bau, für den Wiederaufbau eines Hauses hat, noch dazu, wenn diese alten Gebäude erst wenige Jahre vorher, sieben Jahre vorher, um 500 Millionen Schilling hergestellt worden sind. Das waren keine Ruinen, das war eine moderne Rennstrecke, die durchaus überlebensfähig auch heute noch funktionieren könnte, aber das ist zunichte gemacht worden, noch dazu unter der Arroganz, unter der unglaublichen Arroganz, „ich werde schon dafür sorgen, dass das klappt und ich sage, brecht ab den ganzen Krempel, ich mach das dann schon!“ Und diese Arroganz der Macht, diese Arroganz der Ersten im Lande ist es, was uns jetzt auf den Kopf gefallen ist. Und dieses haben wir in Zukunft zu vermeiden, indem wir dafür Sorge tragen, dass alle Verfahren rechtmäßig ordentlich, und zwar unter richtiger Assistenz des Landes weitergeführt werden, damit wir jene Projekte auf die Schiene bringen, von denen wir alle hoffen, dass sie auftauchen. Sie sind schon aufgetaucht, Franz Voves hat sie schon angedeutet. Wir werden einiges weiterbringen und ich bin überzeugt davon, dass wir das auch schaffen, wenn wir – das sage ich jetzt noch einmal – nicht die gleichen Fehler machen wie bisher. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil es geheiß hat, ich muss noch auf Bemerkungen eingehen, die Hilfestellung des Landes war so hervorragend. Ja, meine Damen und Herren, wenn ich Anfang des Jahres den Verhandlungsleiter für das UVP-Verfahren, Mag. Udo Stocker, benenne und auf Nachfrage von Red Bull sage, ja selbstverständlich ist das unser kompetentester Mann, unterstreiche ich, selbstverständlich wird der bis zum Ende des Verfahrens dabeibleiben. Und wenige Wochen später, nämlich im April, entferne ich, ziehe ich dann diesen Verhandlungsleiter wieder ab, weil er irgendwo anders bei den 380 kVs gebraucht wird, das ist nicht professionell, meine Damen und Herren, weil der ist nicht einmal nachbesetzt worden. Das ist die Unterstützung des Landes.

Hängen lassen habt ihr die ganze Partie. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich Hinweise bekomme, wenn ich im Oktober schon Hinweise bekomme, dass die Voraussetzungen für ein positives Genehmigungsverfahren bei weitem nicht gegeben sind, nämlich zur selben Zeit vom Vorsitzenden des Senats, Herrn Rainer Prock, die Mitteilung bekomme, Leutl, jetzt könnte man ja noch mit den Anrainereinsprüchen vernünftig und konstruktiv umgehen. Und das mache ich alles nicht und zur selben Zeit beantrage ich den Abbruch der alten Gebäude. Das ist fatal, das ist verwerflich, das ist jedenfalls nicht professionell.

Meine Damen und Herren, so weit und viel, viel weiter noch würde es führen, wenn man das alles genau auflistet, was hier an Unprofessionalität zur Schau getragen wurde. Uns geht es aber vielmehr darum, dass wir pro futuro diese Fehler nicht mehr machen. Wir stehen dazu, dass wir alles unternehmen und in unserem Entschließungsantrag wird es im Wesentlichen darum gehen, die 90 Millionen sicherzustellen, ein professionelles Projektmanagement zu installieren, eine Gesellschaft zu begründen, die auch die Finanzierung sichert und vor allem darum, kurzfristig und rasch als erstes Ziel die Wiederherstellung der Rennstrecke zu garantieren, zu beauftragen, um dieses in Angriff zu nehmen, so dass man wenigstens diese fatalen Signale aus unserer Region wegbringt, die Schutthalden und die Bauruinen. Das ist ja für jeden Investor in der ganzen Region ein fatales Signal. Das können wir nicht brauchen, wir brauchen das Signal, jawohl, bei uns geht wieder etwas weiter. Jetzt bin ich schon bei denen, die heute die Resolution abgegeben haben, selbstverständlich unterstreiche ich die voll und ganz, aber ich sage dazu, das ist mir noch viel zu wenig. Ich gebe mich ja nicht mit einer Fahrbahn noch überhaupt nicht zufrieden, das wäre ja mehr ein durch fünf Geteiltes gewesen, weil es in diesem Fünf-Säulen-Projekt von Red Bull dargestellt ist. Wir können uns damit überhaupt nicht zufrieden geben, aber richtig ist, das ist das, was wahrscheinlich wieder am schnellsten wieder hergestellt werden könnte. Mit einer Einschränkung, wir alle wissen, für alles andere sind die Baurechte ja erloschen. Es gibt nur ein einziges Objekt, das sofort gebaut werden könnte, das ist die Akademie in Flatschach. Für die ist nämlich das Baurecht noch aufrecht. Auch das müsste man überlegen im Angehen an die Projekte, weil alle anderen, alles andere, was wir angehen, muss wieder dem gesamten Verfahren unterzogen werden und da haben wir viel, viel Mühe und das ist professionell anzugehen. Um das ersuche ich und darum sage ich, wir werden das Unsere jedenfalls dazu beitragen und wir versuchen deshalb in der heutigen Dringlichen auch klarzustellen, was so nicht mehr passieren darf und darum ist noch einmal fürs Erste die Kompetenz im Sinne der Geschäftsverteilung der steirischen Landesregierung zuzuordnen. Weil das heute auch so in den Raum gestellt wurde, eigentlich ist die Regierung als Ganzes schuld. Eigentlich hat die Politik als Ganzes versagt. Ja, meine Damen und Herren, es gibt ja eine Geschäftsverteilung. Die Geschäfte des Herrn Landeshauptmannstellvertreters sind vorhin dargelegt worden, was dort passiert ist. Die Geschäftsverteilung sieht unter anderem vor, dass der Herr Landesrat Schöpfer zuständig ist für Umwelt- und Anlagenrecht, gewerbliche Betriebsanlagen einschließlich wasserrechtliche und baurechtliche Angelegenheiten, IPPC-Anlagen, Rechtssachen jeweils einschließlich materienbezogener UVP-Verfahren und, und, und. Also, genau für einen Bereich, bei dem es jedenfalls nicht funktioniert hat, von dem die ganze Malaise ausgegangen ist. Und in diesem Bereich kam noch dazu vor einem dreiviertel Jahr mit Prof. Dr. Schöpfer jemand, der die Sache bei weitem nicht als Chefsache gesehen hat, sondern hinterher gemeint hat, ja, eigentlich ist das eine Angelegenheit, die die Beamten an uns vorbeigetragen haben. Also, das halte ich Ihrer eigenen Einschätzung offen, wie ist denn das einzuschätzen, wenn ein ziemlich neu im Amt sich Befindlicher zuerst einmal gleich an die Beamten anlehnt.

Die Dringliche Anfrage ist in zwölf Teile gegliedert und ich frage Sie, Herr Landesrat:

Erstens: Für welchen Bereich der Umsetzung des Red-Bull-Projektes Spielberg waren Sie und fühlen Sie sich wirklich zuständig?

Zweitens: Haben Sie sich über die Fortschritte des Projektes informiert? Wenn ja, wie oft? Wenn nein, warum nicht?

Drittens: Welche Probleme im UVP-Verfahren, insbesondere mangelhafte Unterlagen und negative Beurteilungen einzelner Projektteile in den Gutachten, waren Ihnen bekannt?

Viertens: Warum haben Sie nicht während des Verfahrens, insbesondere auch noch während des Beruungsverfahrens vor dem Umweltsenat, entsprechende Maßnahmen – wie etwa Modifizierung des Projektantrages, Verhandlungen mit den Bürgerinitiativen – gesetzt, damit es zu einer rechtlich einwandfreien Genehmigung des Projektes kommen kann?

Fünftens: Warum verstecken Sie sich hinter den Ihnen unterstellten Beamten und Beamtinnen, wenn Sie meinen, dass diese Sie nicht informiert und ohne Einmischung der Politik die Entscheidung gefällt hätten?

Sechstens: War das UVP-Verfahren unter Ihrer Amtstätigkeit nicht „Chefsache“?

Siebtens: Sowohl unabhängige JuristInnen als auch die von LH Klasnic eingesetzte ExpertInnengruppe kamen zur Ansicht, dass der positive Bescheid der Steiermärkischen Landesregierung eine Reihe, leider, eklatanter Mängel aufweist. Wie kam es zu diesem Genehmigungsbescheid der Steiermärkischen Landesregierung?

Achtens: Haben Sie den zuständigen BeamtInnen der steirischen Landesverwaltung eine Weisung für einen positiven Ausgang des UVP-Verfahrens erteilt?

Neuntens: Warum waren Sie als Vorsitzender des ExpertInnenteams beim Termin am 13. Jänner 2005 in der Kanzlei Schönherr nicht anwesend? Nicht Chefsache, nicht wichtig? 10-Milliarden-Schilling-Projekt, nicht wichtig? Welche anderen Termine waren für Sie wichtiger als die Entscheidung über dieses Red-Bull-Projekt?

Zehntens: Führen beziehungsweise führten Sie Gespräche über Ersatzprojekte für das gescheiterte Vorhaben?

Elftens: Wenn ja, mit wem? Wenn nein, warum nicht?

Zwölftens: Hat sich Frau LH Klasnic bei Ihnen über den Fortgang der Projektumsetzung informiert?

Ich hoffe, dass die Antwort auf diese Fragen mit dazu beiträgt, dass wir solche Fehler in Zukunft nicht mehr machen und ich ersuche über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Somit erteile ich Herrn Landesrat DDr. Schöpfer das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Landesrat DDr. Schöpfer (13.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, liebe Regierungskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein wesentlicher Teil der an mich gerichteten Anfrage richtet sich auf Vorgänge, die sich vor meinem Regierungseintritt abspielten. Und so könnte ich mich zum Beispiel bei der Frage nach der Zuständigkeit zurücklehnen und auf die zurücklehnen und auf die Chronologie der Ereignisse hinweisen, die eine klare Sprache sprechen. Und wenn Sie, geehrte sozialdemokratische Abgeordnete, in Ihrer Anfrage die Grünen zitieren, die sehr untergriffig von einem „Inkompetenzzentrum“ der ÖVP-Politiker sprechen, so bin ich eigentlich versucht, ebenso polemisch von einem „Ignoranzzentrum“ grüner und roter Landespolitiker zu sprechen, wenn man in den Fragen an mich den Kalender nicht zu deuten weiß und nicht einordnen kann, was vorher und was nachher war.

Doch wenn Sie nun glauben, dass ich vor den Fragen flüchte, irren Sie sich, ich werde sehr geradlinig darauf eingehen, denn ich stelle mich der politischen Verantwortung in aller Offenheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Frage eins: Ich sehe meine Zuständigkeit in zweierlei Hinsicht: Erstens habe ich im Mai 2004 eine Task Force zur Abwicklung der Fördermodalitäten eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat als Schnittstelle zwischen Land, Bund und Red Bull fungiert und hat die Steiermärkische Landesregierung über die Fortschritte des Projektes laufend informiert. Bereits nicht einmal 14 Tage nach meinem Amtsantritt habe ich der Regierung die Konturen dieser Task Force vorgestellt. Es wurden dann sehr zügig alle weiteren Schritte gesetzt, sukzessive die EU-rechtlichen Fragen geklärt und noch im Mai 2004 wurde auch eine Grundsatzentscheidung über die Projektförderung im Ausmaß von 90 Millionen Euro gefasst. Hier gab es auch Querschüsse der SPÖ: Lesen Sie bitte nach, was Ihr Nationalratsabgeordneter Kräuter laufend zu diesen Förderungen meinte. Lieber Herr Kollege Voves, in einem sehr vertraulichen Vier-Augen-Gespräch habe ich Sie darauf hingewiesen, dass dies keine gute Begleitung ist. Es war ein vertrauliches Gespräch, deshalb sage ich nicht, was Sie mir damals über die Causa Kräuter geantwortet haben.

Nun, was das UVP-Verfahren betrifft, so wird dieses von der Landesregierung als Kollegialorgan geführt. Der Kollege Schögggl irrt, wenn er glaubt, es gibt einen „UVP-Landesrat“. Den gibt es nicht und er müsste sich hier die Kompetenzverteilung sehr genau ansehen. Er hat das schon einmal nicht getan, als er mir eine Postkarte geschrieben hat, ich soll mich um die 380-kV-Leitung kümmern, die allein in seine Kompetenz fällt. Nun, in meine engere Ressortzuständigkeit fällt das Gewerbeamt. Die davon betroffene Verlegung einer Tankstelle war weder UVP-auslösend, noch hat dies zum Scheitern des Projektes geführt. Kollege Schögggl

kann nicht sagen – da es eine Gemengelage gibt –, er wäre nicht im Boot gewesen, aber wir versuchen, ihn reinzuholen. Er war als offenbar blinder Passagier schon längst auf diesem Boot vorhanden, ohne es selbst zu wissen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Frage zwei:

Ich habe mich von Anfang an laufend informiert, von Anfang an. Das heißt, also ab Mitte April 2004, als ich Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung wurde. Ich war in ständigem Kontakt mit den zuständigen Personen der Task Force, des UVP-Verfahrens, mit Mitarbeitern von Dietrich Mateschitz und ich habe auch Gespräche mit Minister Martin Bartenstein geführt. Und hier gelang es auf Initiative von Frau Landeshauptmann Klasnic, durch mehrere Versprechen im Rahmen der Task Force eine 50-prozentige Unterstützung des Bundes für die steirische Förderzusage zu erreichen. Das war ein großer Erfolg, den damals niemand in diesem Umfang erwartet hätte.

Zur Frage drei:

Die wesentlichsten Teile des UVP-Verfahrens waren bereits im Februar 2004 abgeschlossen. Im Mai war das Ermittlungsverfahren beendet und am 1. Juni wurde der positive Bescheid der Steiermärkischen Landesregierung erlassen. Wenn sich heute die stolzen Autoren dieser Anfrage als nachträgliche Besserwisser gerieren, sei mir eine Gegenfrage gestattet. Wenn die sozialdemokratischen Verantwortungsträger das Unheil einer drohenden negativen Wiener Stellungnahme des UVP-Senates geahnt haben, warum haben sie damals geschwiegen? Herr Voves, es waren doch Ihre Büromitarbeiter in der Task Force vertreten. Laut Pressemeldungen haben Sie versucht, diese Verantwortung wie ein nasser Pudel abzuschütteln. Ich zitiere Sie wörtlich: „Da werden Lenkungsgruppen gegründet und dann waren die Deppen auf einmal auch dabei“, wörtliches Zitat. Und so reagieren Sie, wenn Ihre Mitarbeiter eingebunden sind. Ich muss gestehen, ich würde für meine Mitarbeiter solche Worte nie wählen. (Beifall bei der ÖVP.)

Doch es kommt noch deutlicher. Am 23. September 2004 habe ich der Regierung einen ausführlichen Projektfortschrittsbericht vorgelegt. Da war der Entscheid in erster Instanz schon seit drei Monaten erledigt und es lief bereits der Instanzenzug, welcher insgesamt sechs Monate in Anspruch nahm. Sie, der Sie heute angeblich alles schon gewusst haben und nun Versäumnisse vorwerfen, haben zum einstimmigen Annahmestimmum dieses Berichtes beigetragen. Es lässt sich aus dem Protokoll beweisen, dass es keinerlei kritische Töne, keine Warnung, kein „seid vorsichtig!“ gab. Für den Landeshauptmannstellvertreter, aber auch für den für Spielberg zuständigen Gemeindefereferenten war nach damaliger Zeitachse die Welt in Ordnung. Und da können Sie sich nicht auf irgendwelche Mitarbeiter – ich wiederhole nicht Ihren pejorativen Ausdruck – ausreden. Sie waren selbst mit dabei.

Ich möchte es jetzt gar nicht polemisch ausschlichten, sondern ich möchte, dass auch Sie sich in die damalige Situation zurückversetzen. Seien Sie doch ehrlich und sagen es auch Ihren Kollegen: In dieser Zeit gab es zwar bei diesem Projekt wie bei jedem anderen Projekt Beschwerden und Einsprüche, aber es gab keine gravierenden Indikatoren dafür, dass es zu einem Scheitern des Projektes kommen wird. Und ich wiederhole es nochmals: Hätte es zu diesem Zeitpunkt irgendeinen Indikator für ein Scheitern gegeben, hätte ich umgehend reagiert!

In einem persönlichen Gespräch mit meinem Vorgänger, Altlandesrat Paierl, hat er mir versichert, dass es auch für ihn – seinerzeit war das Vorprüfungsverfahren weitgehend abgeschlossen – keine Indikatoren für ein Scheitern gegeben hat und er hat auch Spekulationen – unter ihm wäre das Projekt auf jeden Fall erfolgreich abgeschlossen worden und bewilligt worden – als absolut unsinnig zurückgewiesen.

Zur Frage vier:

Es wurden Gespräche, oft Einzelgespräche mit Gegnern und Diskussionen vor Ort geführt. Es haben sich auch Bezirkshauptmann Wurzbach und der Spielberger Bürgermeister Binderbauer vorbildlich eingesetzt. Darüber hinaus habe ich den Task-Force-Leiter Mag. Schwarz angewiesen, ständig Kontakt mit dem Umweltanwalt zu halten. Und er hatte Erfolg. Schlussendlich hat dieser Umweltanwalt auch seinen Einspruch zurückgezogen.

Zur Frage fünf, dieses Verstecken hinter Beamten:

Diese Frage ist eine klare Frechheit. Man unterstellt mir in dieser primitiven Suggestivfrage, ich hätte mich hinter den Beamten versteckt. Ich habe mich weder versteckt, ich habe mich auch nie an den Beamten abgeputzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe von Anfang an betont, dass die Beamten des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung an sich ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Der Sachbearbeiter selbst ist ein angesehenes Mitglied auch des Umweltsenates in Wien. Und ich darf etwas sagen, lieber Kollege Grabner, Sie sind im Irrtum. Udo Stocker ist nie abgezogen worden. Und Sie sehen, dass auch die Ausfertigung des Bescheides durch ihn erfolgte, ein hervorragender Beamter, dem ich nie etwas anhängen würde.

Was das Thema UVP-Verfahren betrifft, möchte ich ausdrücklich betonen, dass Weisungen oder politisch motivierte Einmischungen in ein laufendes juristisches Verfahren mit unabhängigen Sachverständigen – und da bin ich mit Kollegen Erlitz einer Meinung – in einem Rechtsstaat nicht erlaubt sind und von mir auch nicht getätigt worden sind.

Zur Frage sechs:

Bis zur endgültigen Abweisung von Seiten des Bundesumweltsenates wurde alles rechtlich Erlaubte unternommen, um das Projekt Spielberg für die Steiermark zu realisieren. Die Steiermärkische Landesregierung hat als erste Instanz einen positiven Bescheid erlassen. Der Umweltsenat ist dieser Meinung nicht gefolgt und hat entgegen seinen bisherigen Entscheidungen eine für uns unerwartete negative Entscheidung getroffen.

Frage acht:

Wie schon unter Punkt fünf angeführt, ein klares Nein! Ich habe keine rechtswidrige Weisung gegeben.

Frage neun:

Eine ganz, ganz seltsame Frage, und diese Frage der SPÖ-Abgeordneten ist besonders entlarvend. Entweder wissen Sie überhaupt nicht mehr, mit welchen plumpen Vorwürfen Sie die Vorwahlkämpfe wider besseres Wissen garnieren sollen. Ihnen ist offenbar jedes Mittel recht, die Frau Landeshauptmann und das sie unterstützende Team anzuputzen. Oder Sie wissen es wirklich nicht besser, weil in der SPÖ die eine linke Hand nicht weiß, was die andere linke Hand tut. (Beifall bei der ÖVP.)

Erstens: Sie sollten als SPÖ-Abgeordneter wissen, dass ich nicht Leiter der Expertenrunde war. Und Sie sollten es gerade deshalb wissen, weil mich Landeshauptmannstellvertreter Voves in den Vorgesprächen für die Regierungssitzung für diese Position abgelehnt hat. Aber anscheinend hat er Sie als Parteivorsitzender darüber nicht informiert. Aber trösten Sie sich, auch mit mir spricht er eher ungern. Ich habe ihn gestern 24 Stunden lang vergeblich um einen Anruf gebeten. Da ging es um Informationsbedürfnisse, es ging um die Pendlerbeihilfe, ein wichtiges Thema. Er hat mir heute mitgeteilt, er hat Zeit. So handelt man, wenn man wirklich bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen? Zweitens – wir sprechen darüber am Montag in der Regierungssitzung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann es Ihnen ganz klar sagen. Verglichen mit dem sozialdemokratisch regierten Wien, wo es trotz 90.000 Auspendler keine Pendlerbeihilfe gibt, trotz Salzburg, wo es keine Pendlerbeihilfe gibt, haben wir von uns aus, das war ein ÖVP-Vorschlag, die Pendlerbeihilfe großzügig erhöht. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Haben Sie die Bevölkerungsrelation berücksichtigt?“)

Und Sie haben den nötigen Beschluss zweimal zurückgestellt. Die Pendler warten und die blicken auf Sie und schauen, wie es am Montag weitergeht. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens, wie schon Frau Landeshauptmann ausgeführt hat, war es mit Herrn Mateschitz persönlich abgesprochen, dass sich Experten am 13. Jänner 2005 in Wien treffen sollen.

Schließlich waren die wirtschaftlichen Fragen zur Zufriedenheit aller geklärt und der führende Mitarbeiter von Red Bull hat mir persönlich erklärt, dass er gegen die Beamten der steirischen Landesregierung keinerlei Groll hätte. Er weiß genau, dass es in Wien am UVP-Bescheid gehangen ist und es ging in dem Gespräch eigentlich sehr präzise um rein rechtliche Fragen und ein politisches Gespräch war erst nach deren Klärung dieser rechtlichen Vorfragen geplant.

Zu den Fragen zehn und elf: Selbstverständlich werden laufend Gespräche über Ersatzprojekte geführt. Es gibt Bestrebungen, auf bereits vorhandenen Bausteinen aufzubauen und die in der westlichen Obersteiermark existierenden Stärkefelder auszubauen. So könnten zum Beispiel der in der Obersteiermark bereits ansässige Holz- und Materialcluster verstärkt werden und es könnte auch der Autocluster in Richtung Mobilitätscluster unter Einbindung von Bahn- und Luftfahrttechnologie erweitert werden. Gerade in der Bahn- und Luftfahrttechnologie gibt es in der Obersteiermark, insbesondere in der westlichen Obersteiermark sehr viel Know-how, das gebündelt werden könnte. Es liegen bereits jetzt für fast 300 Millionen Euro sehr konkrete Investitionsvorhaben vor und wir werden einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich Forschung und Entwicklung setzen. Sie werden aber auch verstehen, dass ich auf Grund der Sensibilität des Themas zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht über Namen sprechen möchte. Ich habe bereits mit österreichweiten Unternehmen und auch mit vor Ort ansässigen wachstumsorientierten Betrieben Gespräche über mögliche vorgezogene und arbeitsplatzschaffende Investitionsprojekte, aber auch über Betriebsneuansiedelungen gesprochen. Nun, mit 90 Millionen Förderung – sozusagen als Gedankenspiel – lassen sich unschwer Direktinvestitionen von weit mehr als 500 Millionen Euro hebeln. Wir wollen ein abgestimmtes und nachhaltiges Programm und deshalb soll es zwar schnell, aber nicht unüberlegt gehen. Vor allem müssen wir klären, welchen Aufwand das Projekt „Spielberg neu“ im engeren Sinn benötigen wird, erst dann sollte die Entscheidung über Alternativprojekte der Wirtschaftsoffensive für die westliche Obersteiermark fallen.

Es ist schon gesagt worden, wir werden gemeinsam mit der Wirtschaftskammer eine „Obersteiermark-Agentur“ in Judenburg einrichten, die in diese Entscheidungsfindung mit eingebunden wird.

Außerdem habe ich eine Sofortaktion im Rahmen der Winterbauoffensive mit Schwerpunkt westliche Obersteiermark in Auftrag gegeben. Die Unterlagen gehen bereits an das Bauforum, dass dort entsprechende Beschlüsse fallen.

Frage zwölf: Das Projekt Spielberg war immer Gegenstand von Gesprächen zwischen den Regierungsgliedern. Dabei ist davon ausgegangen worden, dass es ja darum geht, zunächst eine Grundsatzzugenehmigung für das Projekt zu erhalten. Gestatten Sie mir noch einige prinzipielle Schlussbemerkungen:

Ich verstehe natürlich die Enttäuschung, die mit dem Scheitern der großen Vision eines Dietrich Mateschitz verbunden ist. Es wird heute aber oft so getan, als ob dieses Projekt am Einspruch der Steiermark oder steirischer Politiker gescheitert wäre.

Worin liegt nun das Verschulden der Politik in diesem Bereich? Hat es hier wirklich ein menschliches Versagen im Verfahrensablauf oder in der Projektbegleitung gegeben?

Es gab eine große Vision des Dietrich Mateschitz. Und auf der anderen Seite gab es Anrainer, die diesen Traum für einen Albtraum hielten. Fakt ist: Wir leben in einem Rechtsstaat.

Wie wollen Sie als Politiker garantieren, dass es keine Anrainer gibt, die aus objektiven oder vielleicht sehr persönlichen Gründen gegen ein Projekt sind und dann mit ihrem Einspruch den Instanzenzug beschreiben?

Wie wollen Sie in einem Rechtsstaat garantieren, wie dann im Instanzenzug tatsächlich entschieden wird?

Wie kalkulieren Sie die Ermessensspielräume ein, wie weit für ein Großprojekt einzelne Grenzwertüberschreitungen toleriert werden oder eben nicht?

Dass eine derartige Garantie nicht gegeben werden kann, hat ja auch letzten Endes zu einem Scheitern einer Neueinreichung des alten Projektes geführt.

Welche Möglichkeiten haben Sie, auf die unabhängigen Gutachter Einfluss zu nehmen?

Und ich frage Sie jetzt einmal sehr abstrakt: Welche Möglichkeiten haben Sie, einen Projektwerber zu veranlassen, sich bereit zu finden, die von ihm beantragten Betriebszeiten so zu modifizieren, dass es keine Einsprüche gibt? Doch diese Frage ist gar nicht so abstrakt:

Laut der Projektanten der Spielberg-Gruppe ist der Businessplan so knapp kalkuliert, dass in etwa eine schwarze Null herauskäme. Man ist der Ansicht, dass jede wesentliche Veränderung der Betriebszeiten dazu führt, dass das Projekt insgesamt in die Verlustzone gerät. Der Mann, der den Businessplan erstellt hat, sagte mir: Es wäre natürlich zynisch, an sich zu gestatten, rund 700 Millionen in Baulichkeiten zu investieren, ihm aber dann nicht zu gestatten, die Anlagen dann so zu benutzen, dass sich die Sache rechnet.

Und da ist das eigentlich wahre Dilemma an dieser Sache: Es hat zwar seitens des Projektanten im Umweltprüfungsverfahren doch noch einige Nachbesserungen gegeben. Man konnte aber nicht allen Anrainerwünschen gerecht werden. Und das ist der entscheidende Punkt: Wenn der Projektant meint, es geht nur mit den beantragten Betriebszeiten und hier könne man keine weiteren Abstriche machen und wenn auf der anderen Seite mit auch fieberhaften Verhandlungen mit den Anrainern – die ja weitgehend erfolgreich waren – noch Einsprüche übrig bleiben, dann gibt es in unserem Rechtsstaat eben eine juristische Beurteilung dieser Pattsituation.

Man hatte die Hoffnung, dass die auf Landesebene getroffene positive Entscheidung auch im Instanzenzug halten wird. Wie schon erwähnt, wurde mit den Anrainern beziehungsweise Beschwerdeführern intensiv verhandelt. Man war bei den meisten Einsprüchen erfolgreich, auch beim Umweltsenat des Landes. Das Ergebnis des Bundes-Umweltsenates ist Ihnen jedoch hinlänglich bekannt.

Fazit: Es ist nicht gut gelaufen, es ist wirklich nicht gut gelaufen, denn wir wähten uns knapp vor dem Ziel, doch dann hat der Umweltsenat die für uns schlechteste aller Entscheidungen gewählt.

Nochmals, ich verstehe die Enttäuschung der Menschen in der Obersteiermark. Und daraus erwächst die Verpflichtung zu harter Arbeit nach Alternativen, die nicht vom Himmel fallen, aber deren Konturen sich bereits abzeichnen. Lähmen wir uns nicht durch ein vorzeitiges Vorwahlgeplänkel, sondern krepeln wir die Ärmel auf. Billige Tagespolemik darf nicht die Suche nach echten und nachhaltigen Lösungen ersetzen. Ich appelliere als Wirtschaftslandesrat auch an das Verantwortungsgefühl meiner Politikerkollegen aller Couleurs, nicht das Image des Wirtschaftsstandorts Steiermark herunterzumachen! Was durch den Fleiß der Steirer in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde, darf nicht durch ein kurzsichtiges parteipolitisches Machtstreben beschädigt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Scheitern des Projektes Spielberg ist schmerzlich, aber es sollte ein Anstoß sein für die westliche Obersteiermark, aber auch für die gesamte Steiermark kreativ und entschlossen neue Impulse zu setzen. Lassen wir uns von diesem Rückschlag nicht unterkriegen.

Denn: Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark ist generell auf einem guten Weg: 6000 neue Arbeitsplätze im vergangenen Jahr. Es ist von unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituten prognostiziert, dass wir diesen Trend halten können. Mindestens 5100 weitere neue Arbeitsplätze bis Ende 2005, und damit sind wir im österreichischen Spitzenfeld.

Die Steiermark hat den Strukturwandel geschafft. Die Steiermark ist auf der wirtschaftlichen Überholspur. Es gibt aber auch noch viel zu tun, es gibt auch Werte, wo wir noch nicht im österreichischen Durchschnitt sind. Wo wir uns anstrengen müssen. Wir sind bereit zur harten Arbeit.

Liebe Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungskollegen! Es geht nun um die Zukunft der Steiermark. Wir laden alle konstruktiven Kräfte zur Mitarbeit ein. Und ich sage Ihnen, wir werden Erfolg haben, wir werden siegen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.29 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ an Herrn Landesrat Johann Seitinger, betreffend das Scheitern des Red-Bull-Projektes Spielberg. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich der Frau Abgeordneten Margarethe Gruber das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (13.29 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aber vor allem liebe Freunde aus der Region!

Vorweg nur kurz zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Schöpfer und warum das rote Team keine Pendlerbeihilfe hat. Jeder, der am Montag in der Früh nach Wien auspendelt oder Richtung Wien fährt, wird sich wundern, wenn auf einmal Scharen von Autos von Wien herausfahren. Dem ist nicht so, denn in der Regel ist es so, dass nach Wien eingependelt wird, und nicht von Wien hinausgependelt wird. (Landesrat DDr. Schöpfer: „90.000 Auspendler, 5000 davon kommen in die Steiermark!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hätte schon einen gewissen Reiz gehabt, diese heutige Landtagssitzung am Österreich-Ring stattfinden zu lassen. Man müsste nämlich dann bemerken, es kann dort nichts stattfinden, denn dort ist keine Infrastruktur mehr. Es ist das Fahrtechnikzentrum weg, es sind die Gebäude rund um den Ring weg und es ist die Strecke zerstört. Das ist Tatsache und es ist frei nach Erich Fried: „Es ist, was es ist.“ Es ist aus und vorbei.

Meine Damen und Herren! Und mit diesem Aus und Vorbei ist verbunden die zerstörte Hoffnung von vielen, vielen Menschen in der Region. Meine Bürgermeisterkollegen rund um diese Region Aichfeld, um diesen Österreich-Ring haben sich, als das Red-Bull-Projekt bekannt wurde, natürlich auch gefreut und Initiativen ergriffen. Was könnte für ihre Kommunen passieren, wenn dieses große Jahrhundertprojekt – und es wäre ein Jahrhundertprojekt geworden – stattgefunden hätte? Es war mehr als ein Traum, Frau Landeshauptmann, es war mehr als eine Vision. Es war für viele Menschen, und ist gesagt worden, 1000 Bewerbungen, wirklich eine Hoffnung. Ich habe heute zwei mitgebracht: Ein 26-jähriger junger Bursche, der gesagt hat, er möchte einmal nicht mehr auspendeln, er möchte in der Region bleiben, und eine junge Schulabgängerin, die nach der Matura gesagt hat, sie könnte sich sehr gut in dieses Projekt einfügen. Auch im Schulungszentrum Fohnsdorf, einer Ausbildungsstätte für Arbeitslose, haben sich viele Menschen dazu gefunden, dass sie gesagt haben, ich möchte mich ganz speziell für dieses Projekt Red Bull vorbereiten. Erinnern wir uns: Die ersten Zusammenkünfte in der Burg am 7. Dezember, am Sonntag, dem 12. Dezember am Ringgelände, am 19. die Demonstration in Knittelfeld und dann vor allem diese Jugenddemonstration, die erst vor kurzem stattgefunden hat. Die Frau Landesrat Edlinger war mit dabei und konnte sehen, wie sich diese jungen Menschen bemüht haben, dass dieses Projekt doch stattfindet. Es ist schade, es tut allen weh und so können wir uns nicht in dieser Region mit Peanuts abfinden, sondern wir fordern wirklich, dass verstärkt für diese Regionen Aktionen stattfinden, dass Projekte nicht nur in den Raum gestellt werden, sondern auch wirklich Arbeitsplätze. Es ist zu wenig, nur diesen Ring hinzustellen und vielleicht ein kleines Zentrum, wo vielleicht zehn oder 20 Menschen Unterkunft finden, sondern wir brauchen mehr. Wir brauchen die Gewissheit, dass diese Region Zukunft hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gilt jetzt an einem Strick zu ziehen, es gilt für die Verantwortlichen wirklich alles in die Wege zu leiten, dass wieder was passiert. Aber es gilt auch herauszufinden, wo sind die Verantwortlichen für das Scheitern? Und so darf ich an Sie, Herr Landesrat Seitinger, folgende Anfrage stellen:

Erstens: Für welchen Bereich der Umsetzung des Red-Bull-Projektes Spielberg waren Sie zuständig?

Zweitens: Haben Sie sich über die Fortschritte des Projektes informiert? Wenn ja, wie oft? Wenn nein, warum nicht?

Drittens: Welche Probleme im UVP-Verfahren, insbesondere mangelhafte Unterlagen und negative Beurteilungen einzelner Projektteile in den Gutachten, waren Ihnen bekannt?

Viertens: Warum haben Sie nicht während des Verfahrens, insbesondere auch noch während des Berufungsverfahrens vor dem Umweltssenat entsprechende Maßnahmen (wie etwa Modifizierung des Projektantrages, Verhandlungen mit den Bürgerinitiativen) gesetzt, damit es zu einer rechtlich einwandfreien Genehmigung des Projektes kommen kann?

Fünftens: Warum verstecken Sie sich hinter den Ihnen unterstellten BeamtInnen, wenn Sie meinen, dass diese Sie nicht informiert und ohne Einnischung der Politik die Entscheidung gefällt haben?

Sechstens: War das UVP-Verfahren unter Ihrer Amtstätigkeit nicht „Chefsache“ des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung?

Siebtens: Sowohl unabhängige JuristInnen als auch die von Landeshauptfrau Klasnic eingesetzte ExpertInnengruppe kamen zur Ansicht, dass der positive Bescheid der Steiermärkischen Landesregierung eine Reihe eklatanter Mängel aufweist. Wie kam es zum positiven Genehmigungsbescheid der Steiermärkischen Landesregierung?

Achtens: Haben Sie den zuständigen BeamtInnen der steirischen Landesverwaltung eine Weisung für einen positiven Ausgang des UVP-Verfahrens erteilt?

Neuntens: Warum waren Sie bei den Task-Force-Gesprächen in Wien mit den Ministern Dr. Bartenstein und Dipl.-Ing. Pröll nicht persönlich dabei?

Zehntens: Hat sich Frau Landeshauptfrau Klasnic bei Ihnen über den Fortgang der Projektumsetzung informiert?

Und noch etwas zum Schluss: Es sind sehr viele Menschen heute hergekommen aus dieser Region, Gastronomen, die jetzt nicht wissen, wie es weitergeht. Schauen wir, dass diese Menschen einen Hoffnungsschimmer mitnehmen können, dass in dieser Region wirklich wieder Aufschwung stattfindet. (Beifall bei der SPÖ. – 13.37 Uhr)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Landesrat Seitinger das Wort. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Seitinger (13.37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren Abgeordneten und im Besonderen auch die Damen und Herren auf der Zuschauerbank!

Es ist also heute schon vieles gesagt worden und viele Fragen – Sie merken das – wiederholen sich. Viele gute Beiträge wurden ebenfalls eingebracht und ich werde mich daher etwas kürzer fassen. Es ist allerdings ein uraltes Gesetz heute wieder aufgebrochen, nämlich im Nachhinein sind wie immer alle gescheiter und wir wissen, wie es gegangen wäre. Sehr gerne kritisieren auch jene, meine Damen und Herren, die Umweltsetze, die sie vor Jahren selbst eingefordert haben. Das möchte ich hier auch einmal sehr, sehr klar und deutlich sagen. Das ist der entscheidende Punkt, den man – glaube ich – einmal sehr klar ansprechen muss. Es ist ein kleiner Unterschied, wenn ich einen Bescheid in der ersten Instanz erstellen muss – hier möchte ich durchaus die Beamten der Steiermärkischen Landesregierung auch in Schutz nehmen. Es ist ein Unterschied, wenn ich einen Bescheid in der ersten Instanz erstellen muss, wo ich vor mir den Betreiber habe, der einen sehr, sehr klaren Business-Plan hat, der sehr, sehr klare und auch zum Teil unverrückbare Positionen gehabt hat, wo ich Sachverständige vor mir habe, wo ich Bürgerinitiativen habe, wo ich Juristen, Grundeigentümer, viele NGOs befriedigen muss, auch grüne Lobbyisten, die schon seit Anbeginn immer wieder dagegen gearbeitet haben, auch einen sehr strengen Umweltsenat, der hier sehr klare Vorgaben hat und vieles, vieles mehr, oder ob ich einen Bescheid zu erstellen habe, meine Damen und Herren, auf dem grünen Tisch sozusagen in Wien. Ich spreche hier den Umweltsenat an, wo nackte Gesetze, theoretische Grundlagen angenommen werden, wo Worst-Case-Szenarios gespielt werden und vieles, vieles mehr. Das muss man einmal – glaube ich – ganz, ganz deutlich auch hier sagen, damit einmal alle Bescheid wissen, wie es hier in der Bescheiderstellung vor sich geht. Unsere Beamten haben sich sehr, sehr bemüht, hier ein positives Projekt und letztlich auch einen positiven Bescheid zustande zu bringen und da ist es jetzt nicht angebracht, hier zu sagen: Gutachter sind sozusagen weisungsungebunden. Sie gehören niemandem. Sie gehören weder dem Herrn Landesrat Erlitz, noch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl oder dem Herrn Landesrat Schöpfer oder mir, sondern hier geht es um eine Verantwortung. Wenn sie schon weisungsungebunden sind, dann sind sie für alle weisungsungebunden, und nicht auch für Seitinger, Schögggl und Schöpfer. Das möchte ich also einmal ganz, ganz klar sagen. Es haben unsere Beamten hier einen Bescheid zustande gebracht, meine Damen und Herren, der positiv war, das vergessen wir immer wieder. Der positiv war! Bedauerlicherweise hat der Bundessenat in Wien diesen Bescheid negativ bewertet. Und die Vorgaben – und das möchte ich hier auch einmal sehr, sehr klar sagen –, die Vorgaben des Bundesministeriums, nämlich als Einstieg in diese Gesamtmaterie und dieser berühmte Brief des Jahres 2003 oder diese punktuellen Aufzählungen des Jahres 2003 wurden eingearbeitet und wurden gewürdigt.

Es ist daher unrichtig und unwahr und das sage ich hier sehr, sehr deutlich auch an die Frau Klubbobmann der Grünen, zu behaupten, dass das nicht geschehen ist. Das ist geschehen, meine Damen und Herren. Und lassen Sie mich zur Einleitung dieser Dringlichen Anfrage der SPÖ, aber auch Bezug nehmend auf die vielen ungerechtfertigten Angriffe sehr, sehr klar feststellen, wie es in Bezug auf die Erstellung eines UVP-Bescheides wirklich aussieht. Wer hier die Verantwortung trägt. Und wenn wir hier schon, meine Damen und Herren, im Hohen Landtag in Bezug auf die UVP eine politische Verantwortung suchen und von dieser sprechen, dann sollten wir eines wissen: Umweltverträglichkeitsprüfungen bestehen aus einer Summe von Teilbereichen, für die Regierungsmitglieder aller Regierungsparteien zuständig sind. Regierungsmitglieder aller Regierungsparteien. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind daher nur zum Teil Angelegenheiten des Umweltressorts. Und vor allem in dieser Angelegenheit Spielberg, meine Damen und Herren, fallen nur drei von insgesamt zwölf Materialgesetzen in den Ressortbereich meiner Zuständigkeit. Das möchte ich auch hier einmal sehr, sehr klar und deutlich gesagt haben. Und das für den Ausgang des UVP-Verfahrens so wichtige Umweltgesamtgutachten, dieses Umweltgutachten kommt immer aus dem Bereich des technischen Sachverständigendienstes und der ist ganz klar, meine Damen und Herren, nicht in meiner Verantwortung. Und so möchte ich jetzt zu diesen Fragen kommen, die mir gestellt sind:

Zur Frage eins: Das Umweltverträglichkeitsverfahren wird von der Landesregierung als Kollegialorgan geführt. Das heißt, es betrifft die jeweils zuständigen Regierungsmitglieder aller Regierungsparteien. Und so fallen zum Beispiel medizinische Gutachten in diesem Bereich in die Verantwortlichkeit des Herrn Landesrates Mag. Erlitz. Angelegenheiten des Wasserrechtes, des Forstrechtes, des Naturschutzrechtes in die Kompetenz des Umweltlandesrates. Und die Gutachtung, zum Beispiel für Lärmtechnik, für Luftreinhaltung, aber vor allem die Erstellung des Gesamtgutachtens und dieses gesamten UVP-Bescheide in den Verantwortungsbereich des Herrn Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, unseres Landeshauptmannstellvertreters. Und es tut mir Leid, meine Damen und Herren, und auch wenn es einige nicht so gerne hören wollen, so ist dies Sache. Schauen Sie sich die Geschäftsordnung sehr, sehr klar an, schauen Sie sich die Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung an, auch die zuständigen Beamten und teilen Sie sie an die Regierungsmitglieder zu und Sie werden sehen, dass das, was ich jetzt gesagt habe, auch stimmt.

Zur Frage zwei: Ich wurde von den Abteilungsvorständen vom Fortgang dieses Projektes immer unterrichtet.

Zur Frage drei: Mir wurde berichtet, dass ein zweigeteiltes UVP-Verfahren in Absprache mit dem Projektwerber durchgeführt werden soll und vorerst nur geplant war, für das Projekt eine Grundsatzgenehmigung zu erwirken. Im Laufe des Verfahrens wurden immer wieder Projektmodifikationen und Ausgleichsmaßnahmen ausverhandelt und das Behördenteam musste bis zuletzt davon ausgehen, dass eine Grundsatzgenehmigung erteilt werden kann. Es war also für die im Verfahren beteiligten Behörden nicht absehbar, dass der Umweltsenat die geltenden Bestimmungen des Gesetzes enger auslegt, als er es in der bisherigen Rechtsprechung getan hat.

Zur Frage vier: Die Beamten meines Ressorts, einschließlich des Umweltsenates, haben sich während des Verfahrens auch in Abstimmung mit mir, meine Damen und Herren, immer wieder um einen Konsens bemüht. Und es wurden auch während des Berufungsverfahrens zusätzlich Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere im Bereich des Naturschutzes, ausverhandelt, weshalb auch letztlich der Umweltsenat und sechs weitere Berufungswerber ihre Einsprüche zurückgezogen haben.

Zur Frage fünf: Diese Frage beinhaltet, und da schließe ich mich meinem Kollegen Schöpfer an, eine klare Unterstellung und es ist also nicht angebracht, diese zu beantworten.

Zur Frage sechs: Dazu verweise ich auf die Beantwortung der Frage eins und ich sage ganz klar wieder, es geht hier um die Zuständigkeit aller Regierungsmitglieder.

Zur Frage sieben: Die in meinem Ressortbereich erstellten Teilgutachten waren nach Ansicht der Experten und im Übrigen auch nach Ansicht des Umweltsenates für die Abweisung des Antrages nicht entscheidend. Für das Gesamtgutachten kann ich keine Stellungnahme abgeben, da dies in den Zuständigkeitsbereich des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schögggl fällt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Stimmt ja nicht!“) Auch die Entscheidung des Umweltsenates in Wien, meine Damen und Herren, und das von ihm durchgeführte Berufungsverfahren selbst weist nach Ansicht der Rechtsexperten Mängel auf. Das sollte man hier auch einmal sehr klar und deutlich sagen und ich bleibe bei meiner Behauptung und bei meiner Beurteilung, dass dem Umweltsenat durchaus auch eine andere Entscheidung möglich gewesen wäre.

Zur Frage neun: Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung waren ausdrücklich zu diesen Terminen nicht eingeladen. So war auch ich zu diesen Task-Force-Gesprächen nicht eingeladen, deshalb bin ich natürlich auch nicht nach Wien gefahren. Die Task-Force-Gespräche in Wien sind auf Beamtenebene geführt worden, da es sich um eine rein fachliche Hilfestellung für das Projektteam handelte.

Und zur letzten, zur zehnten Frage: Das Projekt Spielberg war wiederholt Gegenstand von Gesprächen auf Regierungsebene. Dabei sind wir immer davon ausgegangen, dass eine Grundsatzgenehmigung für das Projekt zu erwarten gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch abschließend eines sehr, sehr klar und deutlich noch sagen. Selbstverständlich ist es das vorrangige Ziel der steirischen Volkspartei, und so hoffentlich auch aller anderen Parteien, alles zu unternehmen, um Wertschöpfung und Arbeit in diese Region zu bringen. Aber auch die Menschen in dieser Region in Form von vielen neuen Projekten, für neue Unternehmungen auch zu begeistern.

Wir sind alle bemüht, mehr als bemüht, und es geht hier um tausende Menschen in dieser Region, die Arbeit brauchen und um ihre Existenz sozusagen bangen. Wir nehmen diese Verantwortung sehr, sehr wahr, nur, wir brauchen da auch die volle Energie dazu, meine Damen und Herren. Und ein politischer Hahnenkampf, wie wir in heute hier abführen, hilft uns da sicher nicht weiter, das möchte ich einmal ganz klar sagen. Das ist eine Energievergeudung im höchsten Maße auf Kosten der Menschen, meine Damen und Herren. Arbeiten, und nicht streiten, das sollte die Parole sein.

Ich danke Ihnen herzlich. (Beifall bei der ÖVP. – 13.48 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir nunmehr zur Wechselrede zu den Dringlichen Anfragen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wiedner.

Abg. Wiedner (13.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer!

Wir haben heute ein wichtiges Thema und nachdem alle Anfragen vorbei sind, hat auch der Landtag das Wort. Ich möchte mich hauptsächlich auf jene Themen konzentrieren, die wir als Erstantragsteller an die Frau Landeshauptmann gestellt haben.

Wir haben ja bereits im Dezember, als erstmalig bekannt war, dass hier oben ein Problem auftreten wird, beantragt einen Sonderlandtag zu machen. Damals fand man das nicht für notwendig. Wird eh alles gemacht, wird eh alles passieren, es wird schon nichts Schlechtes dran sein. Ich möchte heute auch nicht einsteigen in jene Zeitungsinserate, in jedes Hickhack, das der Öffentlichkeit geboten wird, weil genau das ist der falsche Weg, den Sie gehen. Wir richten uns über die Zeitungen oder besser gesagt ÖVP und SPÖ richten sich in den Zeitungen aus, was falsch gemacht wird, was nicht gemacht wird, anstatt zusammensitzen, rechtzeitig zusammensitzen und das zu machen, was zu machen ist in diesem Lande. (Beifall bei der FPÖ.)

Und ich habe das letzte Mal auch gesprochen von den wirtschaftspolitischen Patsch'n, die quer durch die Steiermark passiert sind. Herr Präsident Purr hat mich damals gerügt und hat gesagt, hoffentlich entschuldige ich mich dann auch, wenn diese wirtschaftspolitische Patsch'n nicht passieren. Ich habe gesagt: „Herr Präsident, gerne entschuldige ich mich.“ Nur, mir fehlt bis dato die Gelegenheit dazu.

Wir reden heute zwar hauptsächlich über das Aichfeld, wir reden heute zwar hauptsächlich über den A1-Ring, aber bedenken wir auch, was in der Steiermark in den letzten Jahren verhaut wurde. Und es ist auch in dem Fall ganz klar herauszuarbeiten, wer dafür verantwortlich ist. Der Herr Landesrat Seitinger hat wieder versucht, alles rüberzuschieben auf die andere Seite, also auf jene Seite, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggl sitzt, nur, bitte, dort ist nichts zum Rüberschieben, lieber Herr Landesrat.

Geschäftsstück Wirtschaftsrecht, Fachabteilung 14A, untersteht eindeutig dem Herrn Landesrat DDr. Schöpfer. Dort ist der Pool der Sachverständigen zusammengefasst worden und von dort aus wurde im Endeffekt dieses Verfahren abgewickelt. Also bitte, Verantwortlichkeiten, wenn, dann legen wir es klar fest und das ist notwendig, damit die Leute auch wissen, wer dafür die Verantwortung trägt. Und es ist ja ein gutes Wort der Frau Landeshauptmann, sie spricht immer von der Verantwortung. Sie spricht auch immer von der Gesamtverantwortung. Frau Landeshauptmann, dann machen wir die Verantwortung fest, wo sie hingehört. Die liegt in dem Fall eindeutig bei der ÖVP, da brauchen wir uns gar nichts vormachen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir kurz in der Geschichte zurückgehen, ich habe noch ein Bild gefunden, wie das mit dem A1-Ring begonnen hat. Es ist zwar ein bisschen schwarz-weiß, aber es zeigt, wer die Väter des A1-Ringes damals waren. Ein Mann wurde heute nicht erwähnt. (Beifall bei der FPÖ.)

Danke! Es waren damals Präsident German Vesko und Hirschmann, die mit Ecclestone im Endeffekt diesen Vertrag ausverhandelt haben. Es stimmt auch, das hat ja die ÖVP schon gesagt, die SPÖ habe ich dort nirgends gesehen bei dieser ganzen Sache. Dort seid ihr auch nicht dabei gewesen, dort habt ihr auch dagegen votiert, was im Endeffekt nicht notwendig war.

Ich habe auch noch in anderen Bereichen gefunden, in dem Fall auch wegen der Verantwortung – und der Herr Landeshauptmann Schöggl hat es schon gesagt, dort, wo die Freiheitlichen die Verantwortung hatten, dort wurde bestens gearbeitet und rasch gearbeitet. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Raumordnungsverfahren. Ein paar Herren sitzen hier herinnen auch im Landtag, die mit dabei waren, und ich darf dem Gremium vorsitzen. Ich habe gesagt, wir entscheiden das nicht am grünen Tisch, sondern wir fahren in die Region. Wir schauen uns da draußen das an und dann entscheiden wir rasch und richtig. Das wurde gemacht und so wurde der Region wirklich geholfen, und nicht durch nachträgliche Entscheidungen, die vielleicht irgendwann einmal angefochten werden können. Und das ist das große Problem, Frau Landeshauptmann, all dieser Thematiken. Man hat erst dann reagiert, als der Hut gebrannt hat. Als im Endeffekt der Karren verfahren war, dann hat man angefangen zu reagieren und das war zu spät.

Und, Frau Landeshauptmann, das haben wir alle einmal gelernt: In einer Krisensituation hat der Kommandant oder hat der Kapitän auf der Kommandobrücke zu stehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Dann hat er auf die Kommandobrücke zu gehen, und nicht nach Amerika zu fahren, auch wenn das von mir aus wichtig war. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist nicht dein Niveau!“)

Damals hat er nicht nach Amerika zu fahren, weil damals, lieber Freund, hat der Hut gebrannt. (Beifall bei der FPÖ.)

Da hat der Hut gebrannt! Und der Herr Wirtschaftslandesrat Schöpfer ist nicht nach Amerika gefahren, sondern der ist gleich nach China gefahren. Also jene beiden Personen, die hauptzuständig waren für dieses Problem, haben zu diesem Zeitpunkt die Steiermark verlassen, körperlich zumindest verlassen. Und das ist nicht wegzudiskutieren, das ist so! Und, lieber Kollege Kasic, du kannst mir dabei sicherlich zustimmen.

Es gehört eindeutig in solchen Sachen die Führung in eine Hand, Chefsache! Bei aller Wertschätzung für den Herrn Hofrat Wlattnig, bei aller Wertschätzung für den Herrn Hofrat Rupprecht und auch für den Dr. Schwarz – bitte, das ist Chefsache und da hat einer der beiden Chefs in dem Fall mit dabei zu sein. Das geht nicht anders. Das kann in keinem Betrieb so sein, dass ich ein paar leitende Mitarbeiter hinschicke zu einer wichtigen Verhandlung, sondern dort hat der Chef zu sitzen. Und Herr Mateschitz – das wissen wir ja – ist ja bitte einer, der Leute akzeptiert, die auf seiner Augenhöhe unterwegs sind. (Abg. Mag. Drexler: „Wie groß ist er denn?“)

Auf seiner Augenhöhe unterwegs sind. Du brauchst nicht zwischenfragen, du weißt genau, was ich meine damit. Und das sind nicht unbedingt drei Beamte des Landes, denen ich zwar nicht unterstellen will, dass sie das nicht können, aber sicherlich nicht jenes Gewicht hatten, das notwendig war. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Landeshauptmann, die Beantwortung unserer Anfrage am Anfang, ich erinnere immer daran oder wir diskutieren bei diversen Wirtschaftsdiskussionen immer darüber, da sind wir uns einig, die Politik schafft keine Arbeitsplätze. Arbeitsplätze schafft die Wirtschaft. Am Anfang haben Sie wieder aufgezählt, was in Ihrer Zeit alles geschaffen wurde, alles an Arbeitsplätzen, dann an Zuwächsen. Jetzt kenne ich mich nicht mehr aus, schafft jetzt die steirische Landesregierung Arbeitsplätze oder schafft die Wirtschaft Arbeitsplätze? Bitte, machen wir da keine Ausflüchte auf Bereiche, wo wir auf dem falschen Terrain unterwegs sind, sondern sagen wir es, wie es wirklich ist. Die Wirtschaft schafft die Arbeitsplätze, und nicht die Politik. Das ist ein Entlastungsangriff, den ihr gestartet habt und ihr versucht alles so darzustellen (Abg. Mag. Drexler: „Was heißt denn das schon wieder?“), um jene Bereiche, die sehr, sehr negativ laufen, ein bisschen kaschieren zu können.

Detto, lieber Herr Kollege Drexler, die Dringlichen Anfragen. Die beiden Herren haben sich jetzt zwar sehr bemüht, aber es war nicht sehr erfolgreich. Kollege Rieser, ich hätte dir mehr zugetraut. Ich weiß, du hast es einmal gelernt. (Beifall bei der FPÖ.)

Entlastungsangriff ist wichtig, braucht man. Nur, bitte, hier irgendwen vor den Vorhang zu zerren, der nicht dafür verantwortlich ist, nur um die Diskussion zu verbreitern, nur um die Diskussion zu verwässern, das – liebe Freunde – ist eindeutig zu wenig, was ihr heute hier versucht habt. (Abg. Mag. Drexler: „Dein Landeshauptmannstellvertreter hat 20 Minuten lang geantwortet!“ – Abg. Rieser: „Ist er jetzt zuständig oder nicht?“)

Dort, wo der Landeshauptmannstellvertreter Schögggl zuständig ist, dort geht was weiter. Da könnt ihr sicher sein und das zeigen alle Werte. (Beifall bei der FPÖ.)

Fangen wir ein paar Sachen zum Aufzählen an:

Wie lange hat man diskutiert über den Koralmtunnel? (Abg. Mag. Drexler: „Meinst du deine Umfragerwerte?“)

Du, die Elfer habt ihr heute aufgelegt, und zwar habt ihr den Tormann auch noch rausgenommen dazu. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Die Koralm ist erst dann passiert, als freiheitliche Regierungsverantwortung da war. Als Freiheitliche zusammengestanden sind, von Kärnten über die Steiermark unter Einbindung auch der Frau Landeshauptmann, gebe ich zu, bis hinaus ins Ressort Gorbach, erst dann ist das Ganze passiert. Schau einmal die anderen Geschichtler an. Wie lange diskutieren wir bereits über den so genannten Semmeringbasistunnel? Nichts ist weitergegangen. Nichts ist passiert in der Geschichte. Kein Weiterkommen! Totaler Stillstand in dieser Angelegenheit! Schaut, was bitte in zig Jahren schwarzer Verantwortung im Ennstal passiert ist. 30 Jahre – haben wir voriges Jahr gefeiert – ist im Ennstal nichts weitergegangen. Reden wir über die ganzen Dinge, weil ihr sagt, es läuft alles so klass. Schauen wir, wie es aussieht im 380-kV-Bereich. Ich habe von der ÖVP noch nicht gehört, was sie wirklich will. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe das noch nicht gehört. Hier hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter eindeutig gesagt, was Sache ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ihr habt bis dato nichts gesagt. Und warum? Weil es am 13. März eine Gemeinderatswahl gibt! Und ihr vor euren Bürgermeistern draußen Angst habt. Darum habt ihr bis dato noch nicht Farbe bekannt und habt bis dato noch nicht gesagt, wie es weitergehen soll. (Unverständliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Schauen wir den weiteren Verantwortungsbereich an: Wie schaut es denn aus, wo die Frau Landeshauptmann zuständig ist? Steirischer Herbst jetzt, eine Diskussion nach der anderen, wie geht das Ganze weiter? Die Spitzen, weil sie ist auch Katastrophenreferentin, die Spitzen der Feuerwehr sind nicht grün untereinander. Was im Roten Kreuz passiert, erfreut uns ja auch nicht unbedingt. Alles in dem Bereich – bitte – wo es notwendig ist, Leadership zu zeigen. (Unverständliche Zwischenrufe bei der ÖVP und bei den Grünen.)

Lieber Freund!

Ja, du kannst dich dann melden, du kannst raufgehen zum Präsidenten.

Was mir auch noch grauslich aufstößt, meine Kollegin Dietrich hat schon gesagt, wie locker sich die Grünen aus dieser Sache jetzt rausnehmen wollen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Ich komme nach Ihnen dran!“) Sitzen ganz still, haben heute keine Anfrage gemacht – ist eh gescheiter gewesen – dass ihr keine Anfrage gemacht habt –, aber ich möchte nicht wissen, wie oft der Herr Kollege Hagenauer in beratender Funktion in der Obersteiermark unterwegs war. Es ist eindeutig, dass Ihre Kollegin Zitz ausgesagt hat, wir werden das ganze Projekt weiter bekämpfen. Also, geht jetzt nicht her, liebe Grünen, und sagt grauslich, furchtbar, alles ist gestorben, alles ist verhaut. Ihr, liebe Freunde, wart eine der Hauptverhinderer dieser ganzen Angelegenheit. Steht dazu! (Beifall bei der FPÖ.) Sagt es den Menschen!

Ein paar Tatsachen sind gekommen, vom Spiel ist auch gesprochen worden. Bitte, liebe Freunde, das Ganze ist kein Spiel, das ist eine ganz ernste Angelegenheit! Ich glaube, dass es ein paar Leute früher als ernste Angelegenheit gesehen haben. Leider sind halt einige Spieler abhanden gekommen, die sind in der politischen Umlaufbahn pulverisiert worden. Der eine hat zu viel Strom bekommen, der andere hat den Strom angesteckt, dass er zu viel Strom bekommen hat. Es hat sogar einmal ein Lopatka, der auch einer war, der sehr viel als Hitzeschild fungiert hat, gesagt, hier regieren Laienspieler von den anderen Parteien. Ich frage jetzt aber auf Grund dessen, wo sind die Laienschauspieler, wenn man diese Sachen anschaut, die hier passiert sind?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle, die gestern ferngesehen haben, haben gesehen, es hat einen Nachtslalom gegeben. Die Frau Landeshauptmann war auch dabei und hat wahrscheinlich miterlebt, wie der Führende der ersten Halbzeit eingefädelt hat. Frau Landeshauptmann, ihr habt bei diesem Slalom am A1-Ring und bei vielen anderen Projekten auch eingefädelt, aber wir lassen euch nicht ausscheiden. Geht's zurück an den Start, staffelt's zurück und versucht's noch einmal den Lauf. Gemeinsam wollen wir das schaffen. (Abg. Hammerl: „Wir machen keinen Slalom, wir gehen gleich direkt!“ – Beifall bei der FPÖ. – 14.03 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek und ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.04 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Damen und Herren des Hohen Hauses und werte Zuschauer und Zuschauerinnen!

Sie haben jetzt schon vier Stunden ausgehalten. Ich würde gerne wissen, was Sie sich davon denken, von der Debatte, wie sie bisher war. Ich will nur gleich sagen, ich finde es einfach toll, dass Sie so lange aushalten und sich das aus erster Nähe, aus nächster Nähe anschauen und sich selbst ein Bild machen können davon, was an Problemlösungskompetenz hier vorhanden ist oder was nicht vorhanden ist.

Gleich zum Herrn Kollegen Wiedner. (Abg. Wiedner: „Bitte!“) Ich habe schon gewusst, dass ich nicht Ihr Herzpinkerl bin, aber ich habe nicht gewusst, dass Sie uns für so mächtig halten. Immer wieder bin ich ganz erstaunt, wie mächtig die Grünen manchmal sind, wenn man ihnen sagt: „Ihr habt das Projekt verhindert.“ Finde ich einfach unglaublich, wie drei von 56 Abgeordneten das zusammenbringen sollen, finde ich ganz toll. (Abg. Wiedner: „Waren Sie für das Projekt?“) Weil Sie – lassen Sie mich einfach ausreden und dann werden Sie zum Schluss ein klares Bild haben, denn bis jetzt haben Sie es sich offensichtlich noch nicht machen können. Weil Sie meine Kollegin Edith Zitz angesprochen haben, kann ich Ihnen hier etwas mitbringen, was sich auch nachweisen lässt, eine Aussage. Sie war im April 2004 in der Region, hat ein Pressegespräch gemacht und ich lese Ihnen die Einleitung vor. „Mit den Investitionen der Red Bull GmbH. am Österreich-Ring wird die Region Aichfeld-Murboden durchaus attraktiv gestärkt. Nichtsdestotrotz warnt die grüne Umweltsprecherin, Landtagsabgeordnete Edith Zitz vor schlimmen Folgen, wenn sich bei den Umbauarbeiten konsequent über gültige Bescheide hinweggesetzt und Gesetzen nicht entsprochen wird.“ Meine Damen und Herren, im April 2004, ohne dass wir das Schreiben des Umweltministeriums gewusst und gekannt haben, ist es genau das, was sich dann gezeigt hat. Im Oktober 2003, also einige Monate davor (Abg. Wiedner: „Sie zitieren auch nur Teile daraus, was Ihnen passt!“), Sie können das Ganze gerne haben. (Abg. Wiedner: „Ich habe das Ganze auch da!“) Im Oktober 2003 hat die Landesregierung schon erfahren vom Umweltministerium, dass das Projekt an vielen Stellen nicht ordentlich ausgearbeitet ist. Entweder unvollständig, unklar oder dass Fehler enthalten sind. (Abg. Wiedner: „30. April 2004. Grüne: Wir gehen bis zum Höchstgericht!“) Ich weiß nicht, wo Sie das her haben, wir können dann unsere Unterlagen vergleichen, (Abg. Wiedner: „Kleine Zeitung‘, wir gehen bis zum Höchstgericht!“) nehmen Sie bitte zur Kenntnis, machen Sie ordentliche Recherche, Herr Kollege – auf jeden Fall möchte ich Ihnen noch eines beisteuern, was vielleicht auch nicht bekannt ist. Ich habe schon erwähnt dieses Schreiben des Umweltministeriums, das auf vielen Seiten auflistet, was alles am Projekt nicht in Ordnung ist und dass man über ein Jahr bearbeiten hätte können, wenn man hätte wollen, Herr Landesrat Seitinger. Dieses Schreiben trägt das Datum 3. Oktober. Wissen Sie, meine Damen und Herren hier im Raum und auf der Zuschauergalerie, wann die Bürgerinitiativen gegründet worden sind, die uns immer zugeschrieben werden und wir ihnen? Zum Teil stimmt das sicher, aber nicht zur Gänze. Wissen Sie wann die sich gegründet haben? Ende Oktober 2003! Das heißt, nachdem das Umweltministerium schon darauf hingewiesen hat, dass all diese Einwände berechtigt sind, dass vieles im Projekt nicht gut bearbeitet worden ist, haben diese Bürgerinitiativen sich gegründet, und zwar weil sie in so einer ignoranten Art und Weise von den zuständigen Stellen behandelt wurden. (Beifall bei den Grünen. – Landesrat Seitinger: „Das ist absolut falsch!“) Das ist richtig, Herr Landesrat. Sie brauchen nur die Daten zu vergleichen.

Das Umweltverträglichkeitsgesetz: Es ist mir ein ganz wichtiges Anliegen, darüber auch noch ein Wort zu verlieren. Meine Damen und Herren, die mächtigen Grünen haben es nicht – hätten es auch auf Bundesebene nicht allein geschafft, ein Umweltverträglichkeitsgesetz zu verabschieden, sondern es war – oh, Erstaunen – auch die ÖVP dabei. Die ÖVP hat auch mitgestimmt. Die ÖVP hat für diese Gesetze gestimmt, die – und ich bin froh darüber – sicherstellen, dass bei Projekten, ob groß ob klein, ohne Unterschied, zu berücksichtigen ist, wie sie sich auf die Menschen und die Umwelt auswirken. Da bin ich froh darüber, dass damals die ÖVP so klug war. Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete Grillitsch auf Ebene des Nationalrates zufällig genau jene Punkte alle hinausreklamieren wollen, die im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz drinnen sind. Er ist bei seiner eigenen Fraktion damit gescheitert, nur der Vollständigkeit halber, meine Damen und Herren. Und der Gesetzesentwurf beziehungsweise der Antrag auf ein Infrastrukturgesetz, den der Herr Kollege Drexler unlängst eingebracht hat, der spricht für mich ja auch eine deutliche Sprache. Der sagt praktisch: Ja, diese Gesetze gibt es alle, manchmal sind sie uns im Weg. Wir brauchen eine Trumpfkarte, so was wie ein As, das dann sticht und mit dem können wir dann bei manchen Projekten einfach über Gesetze, wie sie vorliegen, auch hinweggehen. Wer das entscheidet, wie man das entscheidet, völlig unklar. Und dass man damit Grundsätze des Rechtsstaates angreift beziehungsweise aufzuheben versucht, nämlich dass Gesetze, wenn sie beschlossen sind, Gültigkeit haben, und zwar für alle, das ist natürlich auch dabei, Herr Kollege. Das ist Ihr Umgang mit der Gesetzgebung, nicht nur im Umweltbereich. (Abg. Mag. Drexler: „Sie kennen meinen Umgang mit dem Rechtsstaat!“)

Der Herr Landesrat Schöpfer hat vorhin gesagt: „Worin lag das Versagen?“ Und er hat gesagt: „Man kann ja nicht garantieren, dass es keine Nachbarn gibt.“ Da ist mir aufgefallen, dass ich das heute schon ein paar Mal gehört habe. „Eigentlich ist es blöd, dass es so viele Einsprüche gegeben hat und dass man nicht die Zahl der Einsprüche auf Null reduzieren konnte.“ Aber wer denkt eigentlich darüber nach, was die richtige Strategie gewesen wäre? Warum sind die Anrainer schuld, die sich beschweren, und zwar auf der Basis geltender Gesetze dann Recht bekommen und warum geht man nicht her und sagt, das Projekt hätte von vornherein so entwickelt werden müssen, dass es auf der Basis der bestehenden Gesetze umsetzbar ist? Und, Herr Landesrat Seitinger, weil ich Sie hinter mir reden höre, das wäre sehr wohl Ihre Kompetenz gewesen,

wie die auch einiger anderer Mitglieder der Landesregierung: ein Team zusammenzustellen, das den Projektwerber so berät und betreut, dass die Einreichung dann so ausschaut, dass es auch genehmigt werden kann.

Wenn das so gewesen wäre, dann hätte ein Umweltsenat überhaupt keine Möglichkeit gehabt. Man hat ihm diese Möglichkeiten geliefert, jede Menge Möglichkeiten. (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn Sie, Herr Landesrat Seitinger, vorher gesagt haben, das ist alles eingearbeitet worden, was das Umweltministerium über ein Jahr, bevor der Umweltsenat aktiv geworden ist, gemeldet hat, muss ich Ihnen sagen: Ich habe die Papiere. Wir haben das nämlich aufgedeckt. Wir haben das der Öffentlichkeit kundgetan, dass im Oktober über ein Jahr vorher schon minutös aufgelistet worden ist vom Umweltministerium, „Leute, das und das und das ist noch zu bearbeiten, das ist nicht genau genug, das ist falsch, das ist unvollständig.“ Sie haben dann gesagt, nein, wir haben das eingearbeitet. Wir haben uns im Büro – und wir sind ein kleines Büro, der Klub der Grünen – eine Stunde lang zu dritt hingesetzt und haben sofort zehn Punkte gehabt, die in der Umweltverträglichkeitserklärung an das Umweltministerium drinnen waren und wortgleich später in dem Bescheid, der dann aufgehoben worden ist. Und da wundern Sie sich, dass wir den Schluss ziehen, das ist nicht bearbeitet worden? Das können wir belegen. Das ist keine Behauptung, das können wir belegen! (Beifall bei den Grünen.)

Sie haben überhaupt viele interessante Dinge gesagt im Laufe dieses Verfahrens beziehungsweise im Laufe der öffentlichen Besprechung dieses Verfahrens. Sie haben zuerst gesagt, es ist ganz normal, wenn am Anfang so ein Brief aus Wien kommt. Das war eigentlich einmal alles, was Sie dazu zu sagen hatten. Dass man in den Brief auch hineinschaut und bearbeitet, was drinnen ist, das ist nicht wirklich mitgeschwungen. Und eine Sache, die ich als sehr bedenklich empfinde, haben Sie auch gesagt, nämlich dass eigentlich die Größenordnung eines Projektes entscheiden sollte, wie man entscheidet. Und zwar haben Sie gesagt, angesichts der Höhe der Investition sei zu gewichten. Das heißt, wenn eine Investition höher ist, gilt das Gesetz nicht, wenn eine kleiner ist, gilt es schon. Ich kann nur sagen, die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe in der Steiermark – und das sind 95 Prozent der Betriebe – wird sich schön bedanken zu hören, dass wahrscheinlich bei ihnen immer die Investitionen zu gering sind als dass man da einen eigenen Maßstab anlegt. (Abg. Mag. Drexler: „Frau Kollegin, das ist ein anderes Konzeptionsvolumen. Sie wissen, dass es das nicht geben kann!“)

Ja, aber dass man dabei anders vorgehen soll, das würde ich nicht einsehen, Herr Kollege. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ja, aber das ist nicht Sache der Umweltverträglichkeitsprüfung. Das hat vorhin übrigens die Frau Landeshauptmann auch gesagt. Sie hat gesagt, der Umweltsenat hat die wirtschaftliche Bedeutung des Projektes nicht einbezogen. Das ist aber nicht seine Aufgabe. Er ist nicht verpflichtet, das zu tun. Er war verpflichtet zu überprüfen, ob alle relevanten Gesetze eingehalten worden sind, und nicht zu sagen dann im Endeffekt: „Aber das ist so wichtig, machen wir die Augen zu, genehmigen wir es trotzdem.“ Der Umweltsenat hat seine Arbeit getan und, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und auch in manchen Klubs, den Umweltsenat zu diffamieren oder so wie es der Herr Landesrat Schützenhöfer in seiner ersten Reaktion gemacht hat, „die da in Wien sind schuld“. Das ist nicht nur falsch, das ist auch total kontraproduktiv. Damit disqualifizieren wir uns als Politikerinnen und Politiker, wenn wir solche Äußerungen machen. Damit disqualifizieren wir uns, weil wir nicht in der Lage sind, die Entscheidung eines Gremiums, das seine Arbeit getan hat, zur Kenntnis zu nehmen. Und „die da in Wien“ immer zu verteufeln und immer schuldig zu machen für das, was man selber ganz gepflegt in den Sand gesetzt hat, das ist auch nicht in Ordnung. Und wenn es nicht Wien ist, ist es Brüssel im Übrigen, irgendwer anderer ist es immer gewesen. Dieses Inkompetenzzentrum, meine Damen und Herren, das wir hier in diesem Projekt auf der Regierungsbank sitzen haben, macht mir nicht viel Hoffnung. Es macht mir nicht viel Hoffnung, dass es für die Region jetzt in unmittelbarer Zukunft viel besser weitergehen soll und es macht mir grundsätzlich auch relativ wenig Hoffnung, was die Wirtschaftspolitik der Steiermark überhaupt betrifft.

Im Übrigen ein Wort noch zu den UVVPs: Erstaunlicherweise können andere Bundesländer mit den Umweltverträglichkeitsprüfungen so umgehen, dass ihre Projekte umgesetzt werden können. Man möge sich hierorts einmal überlegen, woran das liegt. Wir werden zu dem Punkt noch einen Antrag einbringen. Das hat auch mit Ressourcen zu tun, das hat auch damit zu tun, ob man Experten oder Expertinnen für diese wichtige Arbeit abstellt.

Die Landeshauptfrau hat gesagt, es ist eine Obersteiermark-Agentur in Planung, das ist auch in einem ihrer Anträge sichtbar, und da ist beschrieben, was sie nicht alles tun soll. Und ich frage mich, wenn ich das höre und lese, warum erst jetzt? Warum erst jetzt? Jetzt sind plötzlich Ideen da, jetzt wird gesagt, es muss was geplant werden und so weiter, und so fort. Ich frage mich wirklich, ist es notwendig gewesen, so lange ganz gebannt Didi Mateschitz anzuschauen? Ist es wirklich richtig, was die Landeshauptfrau gesagt hat, man kann nicht schon an etwas anderes denken, wenn man noch auf die Entscheidung von jemandem wartet? Also ich finde nicht, dass das richtig ist. Ich finde, dass man an die Sache wesentlich anders herangehen hätte müssen. Es ist nicht Zeichen von hoher Führungsqualität zu sagen: „Um Gottes willen, jetzt ist das passiert, jetzt müssen wir wieder einmal eine Zeit lang nachdenken, was wir jetzt machen könnten.“ Das ist für mich nicht politische Führungsqualität, die ich mir von einer Regierungschefin und von einer Regierungsmann- und -frauschaft erwarte, meine Damen und Herren. (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn ich in der Absichtserklärung nachlese, da gibt es eine Absichtserklärung, die ist ein Papier, die gehört zum Statuspapier und es trägt das Datum des 17. Jänner dieses Jahres. Wenn ich lese, was Sie für Absichten haben, Frau Landeshauptmann, frage ich mich, warum erst am 17. Jänner solche Dinge angedacht und niedergeschrieben werden. Das Land Steiermark stellt Experten zur Verfügung, interne und externe. Es soll eine Abstimmung des Projektantrages mit relevanten Bundes- und Landesstellen angestrebt werden. Da war in Wirklichkeit alles vorbei, ist das als Absichtserklärung niedergeschrieben worden. Es soll ein Projektmanagement eingerichtet werden. Es soll ein Projektleitungsteam beschickt werden, Projektcontrolling wird genannt. Es sollen die entsprechenden personellen Ressourcen, also genau das, was ich vorher gesagt habe, bereitgestellt werden. Es ist heuer im Jänner als Absichtserklärung verfasst worden. Es soll eine bestmögliche Kommunikation geben und so weiter, Mediatoren. Meine Damen und Herren, wenn Sie das Sündenregister – ja – in Stichworten haben wollen, dann schauen Sie sich das an. Da finden Sie alles, was nicht gemacht worden ist, zum Zeitpunkt, wo es vielleicht noch etwas Positives bewirkt hätte. Es sind alle drei Personen, die ich genannte habe, gemeinsam oder alle Personen, alle drei Parteien, im selben Boot. Es fehlt total an Regionalplanung. Ich habe gehört – und da ist auch der Herr Kollege Grabner in die Pflicht zu nehmen, der – wie ich höre – in der Region in allen relevanten Gremien seit Jahrzehnten sitzt –, dass die Region Aichfeld-Murboden die einzige Region der Steiermark ist, die bis heute keine Regionalplanung hat. Und wer ist zuständig für Regionalplanung, regionale Entwicklungskonzepte und Programme? Die Landesregierung, meine Damen und Herren. Diese Programme werden in der Landesregierung beschlossen, nicht irgendwo. Und dieser Landesregierung müsste es seit Jahrzehnten auffallen, dass es keine wirtschaftliche Regionalentwicklungsplanung gibt in der Region Aichfeld-Murboden. Das ist entweder niemandem aufgefallen oder allen egal gewesen. Das halte ich für ein großes Problem und das macht mir große Sorgen. Denn, meine Damen und Herren, meiner Meinung nach ist es ein völlig falscher Ansatz, immer auf den Erlöser zu warten. Zuerst war es der Herr Ecclestone, dann war es der Herr Mateschitz, im Moment ist es ein bisschen der Herr Androsch, wer weiß, wer als Nächster kommt. An den Herrn Stronach wird sicher auch immer gedacht. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Warum soll ein Mensch von außen die Probleme einer Region lösen und lösen können? Ich habe da kein großes Vertrauen, dass das dann so kommt, wie alle sich das wünschen. Es gibt in dieser Region auch als Folge der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, wo die Industrieregion einfach sukzessive niedergegangen ist, eine ganz positive Entwicklung. Es gibt ganz viele neue innovative Unternehmen, es gibt ganz viele gut ausgebildete berufserfahrene Menschen in der Region, es gibt ein unheimliches Potenzial in der Region. Das wissen Sie, das wissen alle, die sich ein bisschen damit beschäftigen. Und es gibt meiner Meinung nach – und ich komme schon zum Ende, Frau Präsidentin – eine Notwendigkeit, in der Region mit diesen Menschen zusammenschauen, was sind unsere Stärken, was können wir gut, was wollen wir machen und was soll die Entwicklung unseres Wirtschaftsraumes in den nächsten zehn, 20 Jahren sein? Das ist zu tun, damit die Menschen in der Region wieder Hoffnung bekommen, meine Damen und Herren, denn wenn ich höre, wir haben die Hoffnung verloren, dann betrifft mich das so, dann denke ich mir, das ist fahrlässig von der Landespolitik. So etwas darf nicht passieren. Und das kann man nur abwenden und dem kann man nur entgegenarbeiten, Herr Kollege, wenn man beizeiten beginnt miteinander zu arbeiten und zeitgemäße Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dafür bin ich jederzeit zu haben, meine Damen und Herren, und sind auch die Grünen zu haben. Für tradierte alte Formen des Messiasdenkens sind wir nicht zu haben, davon halten wir nichts. Damit sind wir gerade alle eingefahren. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 14.20 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.20 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa – nein, Mag. Wolfgang Erlitz – nein, Dr. Kurt Flecker, heute entschuldigt – nein, Kurt Gennaro – nein, Dipl.-Ing. Heinz Grabner – nein, Monika Kaufmann – nein, Franz Schleich – nein, Siegfried Schrittwieser – nein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein lustiges Spiel, wie uns ein Zwischenruf hier zeigen will. Ich habe nur das Protokoll verlesen einer namentlichen Abstimmung vom 19. September 1995, als es zum letzten Mal darum gegangen ist, dieser Region Hoffnung zu geben und über ein Zukunftsprojekt – damals den „Österreich-Ring Neu“ – abzustimmen. Und es war ein klares Nein. Es war ein klares Nein, das die Sozialdemokratie damals gegeben hat. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist heute schon darüber gesprochen worden, ob es sinnvoll ist, zehn Jahre zurück zu blicken oder ob es nur, wie der Herr Kollege Kröpfl gesagt hat, ein Rückblick in die Wirtschaftsgeschichte ist. Wenn es ein Rückblick in die Wirtschaftsgeschichte ist, dann ist es ein notwendiger und sinnvoller Rückblick in die Wirtschaftsgeschichte, weil, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt einen inneren sachlichen Zusammenhang, wie der heute abwesende Landtagsdirektor sagen würde, zwischen den Meinungen und der politischen Positionierung 1995 und der politischen Positionierung 2005. Wer damals dagegen war und sich an die Spitze der Verhinderung gestellt hat, braucht uns heute nicht erklären, wie die Welt eigentlich zu ordnen wäre. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, ich wäre innerlich glücklich und froh, wenn es nur ein historischer Beitrag wäre, aber es hat sich fortgesetzt. Jene, die wie ich bei allen sieben Grand-Prix-Rennen am A1-Ring dabei waren, wissen, dass sozialdemokratische Exponenten dort gefehlt haben. Jene, die aufmerksam die Zeitungen lesen, wissen, dass

diese Kultur der Verhinderung, dass das Sich-an-die-Spitze-Stellen, bei der Verhinderung nach 1995 nicht abgerissen ist. Nach 1997, als der erste Grand Prix stattgefunden hat, nicht abgerissen ist. Ja bitte, wir erinnern uns noch an die Aktuelle Stunde 2002 nach dem vorletzten Grand Prix, wo hier noch behauptet worden ist, wie furchtbar es sei, dass es dieses Leitprojekt für diese Region in der westlichen Obersteiermark gibt. Und selbst das könnte man noch als historische Fußnote abtun, wenn man der Argumentation der Sozialdemokratie folgt. Aber wir brauchen nicht so weit zurückgreifen. Auch, als es darum ging, das heute in viele Facetten besprochene Projekt der Red-Bull-Investition, des Mateschitz-Motorsportzentrums am und um den A1-Ring zu etablieren und hier die Debatte zu beginnen, wer hat sich an die Spitze der Verhinderung gestellt? Und insofern bin ich der Frau Kollegin Lechner-Sonnek für die Chronologie dankbar, dass sich die Bürgerinitiativen vielleicht irgendwann später erst gebildet haben. Konspirative Gespräche wird es schon vorher gegeben haben, aber es war wieder die SPÖ. „Es gehe lediglich darum, dass man einem Milliardär 90 Millionen Euro Förderung quasi nachwirft.“ – 10. Juni 2004, „Steirerkrone“, Abg. Günter Kräuter. SPÖ, wenn mich nicht alles täuscht. „Die 30-Millionen-Spritze für das Autoeventprojekt von Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz in Spielberg wirbelt im Bundesland Steiermark politisch beträchtlichen Staub auf. Teile der SPÖ wollen die Landesförderung blockieren. Der Wortführer der Kritiker, SPÖ-Rechnungshofsprecher Günter Kräuter hält die Förderung schlicht für einen Skandal.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist eine Linie fortgesetzt, die in den unseligen Herbsttagen des Jahres 1995 ihren Ausgang genommen hat. Sie waren an der Spitze der Verhinderung und Sie sind es auch 2003 und 2004 gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist nämlich der innere Zusammenhang zwischen der Debatte, die damals stattgefunden hat und die ich gerne als historisch bezeichnen würde, und dem Meinungs- und Stimmungsklima, das im Vorfeld der nun gescheiterten Realisierung dieses Projekts aufgezo-gen wurde. Sie standen immer an der Spitze der Verhinderung. Und tun Sie heute nicht so, als wäre das nicht so gewesen. Wir haben 1995 in Erinnerung. Welche hanebüchene Argumente sind gekommen. In den Schulen geht die Kreide aus zum Schreiben für die Kinder – besser Kreide als A1-Ring. Die Kindergartenplätze werden nicht gebaut – besser Kindergartenplätze als A1-Ring. Die Krankenhäuser verfallen, die Patienten liegen am Gang – besser Krankenhäuser als A1-Ring. Das ist der Grundgeist, der die Sozialdemokratie in diesem Lande seit 1995 trägt und da hat sich nichts geändert, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und daher sei es kurz erlaubt, Ihnen gleichsam den Spiegel vorzuhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Böhmer: „Den Spiegel könnt ihr euch selber vorhalten!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Spiegel vorzuhalten und ich wiederhole die Liste jener, die 1995 mit nein gestimmt haben. Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa, Herr Landesrat Erlitz, Flecker ist heute leider nicht da, den hätte ich am liebsten natürlich damit konfrontiert, Kollege Gennaro, Kollege Grabner, heute in der Früh hat er den Demonstranten gesagt: „Die Mindestanforderung ist es, den A1-Ring wieder aufzubauen.“ Die Mindestanforderung, Kollege Grabner, warum waren Sie 1995 dagegen? Können Sie noch in den Spiegel schauen? Nein, Sie sind nicht da, wenn es um die Region geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Siegi, du wärest ein fesches Bild im Spiegel, aber kannst du dich noch in den Spiegel schauen? Wie schaut das aus, Siegi? (Abg. Schrittwieser: „Jeden Tag. Du musst selber einmal hineinschauen!“)

Als Bürgermeister von Thörl vielleicht, als ordentlicher Vertreter der Obersteiermark mit Sicherheit „Nein“. Ich nehme die Frau Kollegin Kaufmann und den Kollegen Schleich als damals mitgefangen, mitgehangen auch gleich mit ins Boot. (Abg. Gennaro: „Wenn du in den Spiegel schaust, musst du aufpassen, dass er nicht springt!“)

Und, Kurt, du kommst eh noch zu Wort. Jetzt hätte ich da so gerne den Kollegen Erlitz! Mein Gott, fescher Bursche, schaut sich immer gerne in den Spiegel. Wo ist der Kollege Flecker? Der ist heute wieder an einem anderen Erdteil, auch schön – ist ein obersteirischer Mandatar, wenn mich nicht alles täuscht – wurscht. Und vor allem Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves. Sie haben ja heute gesagt, Sie sind erst seit drei Jahren dabei, das weiß ich schon. Kein Meister ist vom Himmel gefallen, Sie sind Landeshauptmannstellvertreter im dritten Lehrjahr. Ich hoffe, die Lehrabschlussprüfung erfolgt dann irgendwann einmal positiv. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine Frage zum Abschluss. Können Sie, wenn Sie die Debatte heute verfolgen und die Diskussion der letzten Tage, können Sie in den Spiegel schauen? Ist das eine stringente Linie, die Sie verfolgt haben oder nicht? Dann können wir den Spiegel aber etwas fragen. (Abg. Gennaro: „Spieglein, Spieglein in der Hand?“)

„Spieglein, Spieglein in meiner Hand, wer ist der Untätigste auf dieser Bank?“

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Debatte gibt mir heute Anlass, auch ein paar grundsätzlichere Anmerkungen zu machen. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Beim Villacher Fasching kennen sich die Freiheitlichen am besten aus, da habt ihr die Kompetenz, Kompetenzzentrum Villacher Fasching, mache ich euch nicht streitig. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, um zum nötigen Ernst der Angelegenheit zurück-zukehren. Ich darf Folgendes sagen (Abg. Schrittwieser: „Zum Spaßen habt ihr keinen Grund bei diesen Zu-ständen!“):

Siegi, du lieferst mir das nächste Stichwort. Wir erleben in den letzten Wochen und Monaten eine aufgegangene, sich auflösende Sozialdemokratie in diesem Land, die angeleitet – da ist einmal eine Rede gelungen, waren alle ganz happy – angeleitet vom Landesparteitag oder wie das bei der Sozialdemokratie heißt, in Bruck an der Mur, wo dieser Anspruch des Franz Voves dokumentiert, erneuert und verstärkt wurde, Landeshauptmann zu werden. Legitimes Ziel, kann jede Steirerin und jeder Steirer qua Verfassung Landeshauptmann werden. Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wissen Sie, es bereitet mir ein Umstand Sorge. Wer in dieser Zeit, als wir von Red Bull gehört haben, das Projekt in dieser Form ist abgesagt, wachen Auges Medien und die Innenstadt in Graz beobachtet hat, der konnte schadenfroh grinsende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erleben. Und da, Herr Landeshauptmannstellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das ist völlig erlogen! Sie lügen!“)

Passen Sie auf, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie wissen, Sie sind nicht immun! (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das ist erlogen! Das ist Lüge!“) – und wer das sehen konnte, hat gesehen, dass dem einen und einzigen Anliegen, das der steirischen Sozialdemokratie verblieben ist, nämlich egal, ob man Erster oder Zweiter ist, egal, wer einen mitwählt, freiheitlich, grün, kommunistisch, wer auch immer, wer immer einen mitwählt. Sie haben nur noch ein Ziel: Landeshauptmann zu werden. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Ist das schlecht?“) Dass das Ziel auch dazu dient, dass man die legitimen Interessen und Hoffnungen einer ganzen Region auf diesem Altar opfert, ist schlicht enttäuschend. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gäbe viel zu sagen über die unrühmliche Rolle der Sozialdemokratie. Es ist heute schon gesagt worden, tatsächlich, wo gehobelt wird, fallen Späne. Und die angebliche Arroganz der steirischen Volkspartei, ihrer neuen Garde oder von sonst irgendwem findet nicht statt. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Die findet nicht statt! Überall, wo gearbeitet wird, und es ist heute gesagt worden, passieren Fehler. Nicht alles läuft immer optimal. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Aber die Sozialdemokratie mit Franz Voves an der Spitze – wohl eingebettet in diesem Gleitpensionsressort, das heute bereits wieder uns zugeschrieben worden ist, dass wir daran schuld wären – wohl eingebettet im Gleitpensionsressort, das er von seinem Vorgänger übernommen hat, vom unrühmlichen Bekämpfer des A1-Ringes, beschränkt er sich darauf und beschränkt sich die Sozialdemokratie darauf, dann, später, wenn schon lange gearbeitet worden ist an einem Projekt, die Späne zu sortieren. Im Nachhinein die Späne zu sortieren und erste Reihe fußfrei Zensuren zu verteilen über jene, die Tag und Nacht, 365 Tage für die Steiermark unterwegs sind: Waltraud Klasnic und ihr Team. (Beifall bei der ÖVP.)

Und da wird dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, versucht, in Inseraten in Wildwestmanier – wer das Inserat der SPÖ am Sonntag gesehen hat, das ist Wildwestmanier! Da ist ein kleines Foto irgendwo mit so einem Überkleber: „Waltraud Klasnic Wanted: Dead or Alive!“ Das scheint die Botschaft zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Niedertracht, die wir uns nicht bieten lassen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt gelesen und gehört – man hört ja vieles –, dass sich die Sozialdemokratie mit dem Franz Voves an der Spitze immer mit den drei „V“ beschäftigt, die drei „V“ der Volkspartei. Ein gefährliches Unterfangen für jemanden, der selbst zwei „V“ im Namen trägt, weil das könnte ja dann irgendwie verbunden werden. Aber ich darf Ihnen eines sagen: Kümmern Sie sich nicht mehr um das „V“, schauen Sie bitte, dass die drei heiligen „S“ der steirischen Sozialdemokratie nicht mehr dieses Land vergiften. Und was sind diese drei „S“, was ist Ihr Grundkonzept? Sudern, Sempfern, Schlechtmachen! (Beifall bei der ÖVP.)

Hier geht es schon auch um eines, und da kann man jetzt der Meinung sein: Ist es sinnvoll, dass wir uns im Rahmen eines solchen Sonderlandtags auch damit beschäftigen, die Positionen der einzelnen Fraktionen klar herauszuarbeiten? Ich glaube, ja, es ist notwendig! Es ist notwendig, weil sonst sozusagen irgendwie manches falsch verstanden werden könnte. Es ist notwendig, dass wir hier auch eine harte parlamentarische Auseinandersetzung führen. Dazu bekenne ich mich immer. Es ist aber auch notwendig, neben der harten Auseinandersetzung, die wir gerne zu führen bereit sind mit der Sozialdemokratie und ihren grünen Sekundanten, allenfalls auch mit den Freiheitlichen (Abg. Lafer: „Aber sehr selten!“), wir sind immer bereit, harte parlamentarische Auseinandersetzungen zu führen. Aber es muss natürlich schon, wenn man heute in der Früh die Demonstrantinnen und Demonstranten, Vertreterinnen und Vertreter der Region gesehen hat und die Resolution aus der Region bekommen hat, klar sein, dass wir hinter aller notwendigen Darstellung unterschiedlicher Positionen auch im Endeffekt sicherstellen müssen, dass wir im Interesse des Landes und der Region an der Umsetzung von Zukunftsprojekten interessiert sind. Ich glaube, dass es heute um zweierlei geht. Klarzustellen, wer wofür Verantwortung hat, da bin ich dankbar für alle Wortmeldungen in die Richtung, weil es ist für mich außer Streit, dass die Sozialdemokratie schon in der Aufbereitung des Klimas seit 1995 maßgeblichen Anteil am Scheitern hat. (Abg. Kröpfel: „Das ist sehr weit herbeigeholt. Das ist eigentlich deiner unwürdig, was du jetzt gesagt hast!“)

Aber es geht im zweiten Schritt darum sicherzustellen, dass wir neben der harten Auseinandersetzung auch einen gemeinsamen Weg finden können. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Frau Kollegin Lechner-Sonnek dankbar für ihren Hinweis mit diesem Infrastrukturgesetz. Ja, wir müssen erstens einmal alle in uns gehen, bekennen wir uns dazu. Ich bin der Erste, der da mittut. (Abg. Böhmer: „Nimm deinen Spiegel mit nach Hause und erzähle ihm, was du jetzt da gesagt hast!“)

Ich bin der Erste, der da mittut. Die Politik, die Gesetzgebungskörperschaften auf allen Ebenen haben in den letzten Jahrzehnten einen Dschungel an Paragrafen und Regelungswerken produziert, der es zunehmend schwierig macht, Großprojekte, zukunftssträchtige Projekte umzusetzen. Da sind wir aufgerufen, auch hier als kleiner Landtag, erst recht der Nationalrat und das Europäische Parlament. (Abg. Hagenauer: „Das ist komplett falsch!“)

Herr Kollege Hagenauer, dass Sie das als falsch betrachten, ehrt mich. Schauen wir gemeinsam darauf, dass wir zu einer Kultur der Ermöglichung und weg von einer Kultur der Verhinderung kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist die Aufgabe der Politik!

Und so ist auch unser Antrag auf ein Infrastruktursicherungsgesetz zu verstehen, und nicht irgendwie als eine schwindlige Konstruktion am Rechtsstaat vorbeizuoperieren. (Nicht zuzuordnen fallen die Worte: „Majestätsbeleidigung, arrogant.“ – Allgemeine Aufregung.)

Zwei Aufgaben für die Politik der Zukunft:

Erstens, der Erfolg zukünftiger Parlamente wird daran bemessen, wie viele Vorschriften aufgehoben und abgeschafft werden, und nicht, wie viele neue Ideen wir für Gesetze haben und zweitens, es braucht in der Übergangsphase, bis wir dort hinkommen, ein so genanntes Katalysatorgesetz.

Ein Gesetz, das es ermöglicht, Zukunft zu schaffen, und das ist mit diesem Infrastrukturgesetz gemeint. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend, weil es notwendig ist im Interesse der Steiermark und der betroffenen Region, gemeinsam Nägel mit Köpfen zu machen. Es sind Entschließungsanträge im Haus unterwegs. Ich darf Ihnen, noch ehe er formal eingebracht ist, sagen, unser Entschließungsantrag wird in den Punkten drei und vier zurückgezogen, was die Obersteiermark-Agentur betrifft und was die Wirtschaftsoffensive für die westliche Obersteiermark betrifft. Ich will dem Kollegen von der Sozialdemokratie nicht vorgreifen, aber es könnte sein, dass auch von der Sozialdemokratie etwas zurückgezogen wird. Und es muss von dieser Stelle aus und von diesem Haus – damit dieser Sonderlandtag noch einen Sinn hat – auch für die Region etwas Positives mitgenommen werden. Und das Positive könnte sein, dass die drei Regierungsfractionen, die Freiheitlichen, die Sozialdemokraten und die steirische Volkspartei heute aus dieser Sonderlandtagssitzung weggehen, Entschließungsanträge zum Teil oder gänzlich zurückziehen, dass wir da nicht irgendwelche Beschlüsse fassen, die uns dann wieder vor vollendete Tatsachen stellen und dass wir uns 14 Tage nehmen, als Moratorium, wenn man es so will, wo die drei Regierungsfractionen im Lande ernsthaft, entschlossen – möglicherweise nicht öffentlich – über eine gemeinsame Vorgangsweise im Interesse des Landes beraten! Wenn das gelingen würde, und wir haben die Vorschläge heute vom Kollegen Voves gehört, egal, ob das jetzt eine Steiermarkholding mit neuem Etikett sein soll oder was auch immer, wir haben vor allem die Vorschläge von Waltraud Klasnic gehört, wir haben die Vorschläge der Debattenredner gehört. Wenn es gelingt, das positive kreative Potenzial der politischen Klasse in diesem Land zu bündeln, dann soll uns das durchaus Recht sein. Wir werden nicht nachtragend sein. Wir bekennen uns dazu, dass wir gemeinsam an einer Lösung für die Region arbeiten müssen. Ich hoffe, dass das gelingt. (Beifall bei der ÖVP. – Präsident: „Zu Wort gemeldet hat ...!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Präsident nimmt mir schon das Wort. Das ist sehr charmant. Ich war aber noch nicht fertig. (Präsident: „Entschuldigung, aber die Zeit ist abgelaufen!“) Danke, Herr Präsident, ich wollte mich natürlich noch für die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses bedanken und abschließend noch einmal den Appell richten, dass diese gemeinsame Vorgangsweise der positive Sukkus des heutigen Landtags sein könnte. Damit wäre etwas für die Region geschaffen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.43 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (14.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe zuerst schon geglaubt, der Kollege Drexler endet seine Wortmeldung mit lei lei, denn es war eine Faschingsrede.

Wenn das allen Ernstes nicht so traurig wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich eines vorweg stellen, ich würde ersuchen, vielleicht macht sich der eine oder andere die Mühe und versucht, ein Gespräch mit den anwesenden Damen und Herren zu führen, die da hinten sitzen, nämlich darüber, was sie von dieser Debatte heute halten, damit ihr einmal wisst, wie die Tatsachen sind. Alle, die von euch hinausgegangen sind, einschließlich mein Vorredner, haben sehr, sehr viel Zeit dafür verwendet, über die Vergangenheit zu reden. Was mich betrifft, dazu bekenne ich mich, werde da noch kurz dazu kommen und das ausführen. Aber in Wahrheit, meine Damen und Herren, möchte ich euch schon eines sagen, weil so viel geredet wird über den Voves: Ihr müsst irrsinnige Angst haben. Weil in jedem zweiten Satz nehmt ihr unseren Landeshauptmann in den Mund und sagt immer wieder er tut nichts. Auf der einen Seite, sage ich euch, ihr habt wirklich Angst davor, weil er in zwei Jahren mehr bewegt hat als ihr in den ganzen anderen Jahren. (Beifall bei der SPÖ.) Das muss man einmal dazu sagen. Aus innerer Überzeugung sage ich das, selbst wenn ich auch bekannt bin als etwas kritischer Mensch. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Und wenn ihr heute die Taferln auspackt von 1995! Meine Damen und Herren, es ist ja oft ein Vorteil, wenn man viele Jahre im Landtag sitzt. Es muss nicht immer ein Vorteil sein, aber wenn man mitlebt und die Dinge nicht vergisst, wie viele von euch, die leiden an Gedächtnisschwund – dann bekenne ich mich dazu,

dass wir damals bitte gesagt haben: 500-Millionen-Projekt – und der Kollege Drexler war sogar so fair, das unterstelle ich dir, dass du die damaligen Probleme aufgelistet hast, die wir in der Steiermark gehabt haben. Wo tatsächlich die Patienten am Gang gelegen sind und, und, und, und wir gesagt haben, die Gelder müssen wir für etwas anderes verwenden, weil wir nie das Projekt verhindert haben, nur diesen Vertrag. Und es ist heute der Name Vesko gefallen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Wartet, hört zu! Ist ja alles belegbar, Präsident Vesko hat hier heraußen sehr eindrucksvoll den Vertrag zitiert. Hat sich noch gerühmt, wie gut Englisch er kann und wir sind dann draufgekommen, dass gerade für die Region ja nicht einmal ein Würstelstand aufgestellt werden kann ohne Zustimmung des Herrn Ecclestone. Das haben wir alles bekrittelt. Da sind Hoffnungen erweckt worden, die letztendlich nicht erfüllt worden sind. Ihr kennt diese Diskussion alle. Daher, liebe Freunde der FPÖ, euch unterstelle ich, ihr müsst auch ein bisschen in die Vergangenheit graben gehen, aber da sind viele nicht da von euch. Wer waren letztendlich die, die dann diese Finanzierung des A1-Rings ermöglicht haben? Die SPÖ hat mitgestimmt, weil die Freiheitlichen haben kalten Füße bekommen und haben dagegengestimmt. So schauen wir aus, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Das muss man auch dazusagen. Und wenn heute schon gefallen ist die Erwartung, dann sage ich auch eines und ich bekenne mich dazu, unser Landeshauptmannstellvertreter zeigt auch schon die Richtung an. Der Kollege Drexler hat jetzt zum Schluss so getan, als quasi sie werden uns verzeihen. Da kommt mir nur ein Lachen aus, wenn du sagst verzeihen. Wir haben nichts, wo wir bitten müssen, dass ihr uns verzeiht. Im Gegenteil! Wir werden euch so lange treiben, bis da oben das hergestellt ist, was sich die Belegschaften und die Bevölkerung erwartet, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Bei 500 Millionen Schilling, die investiert worden sind, dann zuschauen, wie das in Schutt und Asche geht, das ist ein Skandal, meine Damen und Herren. So schauen wir nämlich aus. Und da haben alle miteinander die Hände voll zu tun, dass man das da oben wieder herstellt. Weil ein Jahr lang haben die Gastronomie und die Beherbergungsbetriebe oben, die haben sich gedacht, da war jetzt eh nichts. Zapatrustra, unter dem Motto „Durchhalten, wird schon besser werden.“ Wenn das Projekt aufgeht, dann machen wir das große Geschäft, dann wird die Region belebt. Nichts ist geworden. Ein Jahr habt ihr ihnen noch zusätzlich genommen, weil man das einfach ohne Bescheid abgerissen hat und heute stehen wir vor Schutt und Asche. Meine Damen und Herren, tut nicht so, als wenn ihr die Heiligen seid und wir nur die Wilden sind, die alles schlecht machen in dem Land. Wirtschaftlich wird alles schlecht gemacht. Ihr tut nur immer Schönwetter prophezeihen, wenn es auch schon hagelt und stürmt draußen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und den Spiegel, lieber Freund Drexler, den Spiegel kannst du mit heim nehmen und ich würde dir empfehlen, du nimmst den Spiegel, stellst ihn vorne hin und haltest die Rede, die du da gemacht hast, noch einmal vor dem Spiegel und schaut aber immer rein. Ich hoffe, es zerreißt ihn nicht. Weil das, was du da gesagt hast, kann nicht einmal der Spiegel mehr aushalten. Wenn man euch einen Lügendetektor ansetzt, den zerreißt es auch, weil er so viel Stromstöße bekommt, meine Damen und Herren.

Und wenn man in der Situation noch dazu sagt, wir reden ja letztendlich über Steuermittel, das sind ja alles Steuermittel. Wenn da oben was passieren muss und das ist völlig klar, dann möchte ich schon sagen, dass da ein bisschen anders argumentiert wird. Und auch die so genannten Wirtschaftssprecher, wisst ihr, wie mir das weh tut, wenn der Bittmann und der Kasic immer rausschreien. Heute haben wir einen Nachruf gehalten über den Dr. Pfohl, er war Wirtschaftssprecher. Ich glaube, der dreht sich wie ein Ventilator, wenn ich das so sagen darf, wenn er euch zuhört, was ihr wirtschaftlich da in dieser Region macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten glauben und hoffen daran – (Abg. Hammerl: „Das ist unter jeder Würde! Das ist Leichenschändung, was du da machst, das tut man nicht!“)

Hammerl, du musst ganz ruhig sein. Du hast im Gemeinderat nur geschrieen, bis sie dich weggetan haben. Jetzt probierst du es da. Da gehst unter, drüben haben sie dir noch zugehört. Bitte sei ruhig, komm dann raus, kannst reden. Ich lasse mir von dir nicht die Redezeit in der Form nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich dazu. Ich habe den Dr. Pfohl sehr geschätzt, weil er kompetent war, aber manchmal bezweifle ich, dass bei euch das in der Form noch gegeben ist. Obwohl ihr in der Öffentlichkeit immer wieder sagt, ihr seid die Wirtschaftspartei. Das sehen wir eh, was ihr verwirtschaftet habt als Nicht-Wirtschaftspartei. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher bin ich auch überzeugt, dass alle Maßnahmen getroffen werden müssen, damit in die Region oben Belegung kommt. Mit der Debatte, wie ihr sie jetzt eingebracht habt und versucht habt, den Leuten das klar zu machen und nur die Schuld wegzuschieben, man muss auch einen Mut haben! Ich gebe schon zu, wenn man arbeitet, dass man auch Fehler machen kann, aber dann muss man auch zu seinen Fehlern stehen. Nicht nur immer dann, wenn es schön ist, waren es „wir“. Wenn Arbeitsplätze geschaffen wurden, hat es die ÖVP geschaffen, obwohl kein Einziger dort einen Handstrich machen hat können, weil, wie der Herr Kollege Wiedner immer sagt, die Betriebe machen die Beschäftigung. So kann man aber auch dazu stehen, wenn es einmal daneben geht. Es ist keine Schande, wenn was daneben geht. Man muss nur dazu stehen und sagen, das ist ein Blödsinn und jetzt müssen wir alle gemeinsam schauen, dass wir den Blödsinn ausräumen und die Sache besser machen. So schauen wir aus, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch was zu Herrn Landesrat Schützenhöfer – der Hermann Schützenhöfer, mein alter Freund, hat gesagt in der Öffentlichkeit: „Wer die Frau Landeshauptmann so anpatzt, der bekommt es mit mir zu tun.“ Das ist eigentlich eh schon der Beweis. Wenn sie geht, kommst du, oder? (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ. – Landesrat Schützenhöfer: „Du rechnest also auch nicht mit dem Voves!“)

Okay, nehme ich zur Kenntnis. Das war endlich einmal eine klare Aussagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe schon gesagt, wisst ihr, Leutln, ich habe einen Vorteil gegenüber euch. Du warst immer abhängig von deinem Bauernbund. Ich habe ein Glück gehabt. Seit 1986, wo ich im Landtag gewesen bin, bin ich immer einstimmig, fünfmal in meinem Gremium, bevor ich dort hingekommen bin, vorgeschlagen und gewählt worden, weil ich eben eines gehabt habe. Ich war immer der Wilde und das, was ich gesagt habe, habe ich ehrlich gemeint und rübergebracht.

Das ist akzeptiert worden. Ich war nie abhängig, ich war immer ein kritischer Mensch, auch gegenüber meinem Parteivorsitzenden – vorher und jetzt; überhaupt kein Problem. Ein Problem habe ich nicht so wie ihr, mich gibt es heute noch. Ich darf reden, mich schneidet keiner ein, nichts. Bei euch hauen sie sie nach der Reihe raus und wenn einer was sagt, musst still sein, weil da darfst nichts sagen. Das wünsche ich mir, dass das bei euch so ist: Ich bin stolz, in der Sozialdemokratie auch eine andere Meinung haben zu dürfen, als wie man vielleicht vorgibt. Aber dann diskutiert man es aus. Und wenn man eine Meinung gefunden hat, dann muss man zu ihr stehen. Auch ich stehe dazu! Das ist der feine Unterschied.

Aber, Herr Landesrat Schöpfer, Sie sind ja mein beliebter Sparringpartner, so wie es der Paierl immer war. Sie stellen sich da rauf und unterstellen dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves die Pendlerbeihilfe. Die hat er natürlich zurückstellen lassen, aber nicht dazugesagt, warum. Ja, nicht aus Jux und Tollerei! Bei euch haben sie immer gesagt, Jux und Toleranz – Jux und Toleranz! (Abg. Wiedner: „Der Peter war das!“)

Nein, nein, nein, das war dein Partefreund, der Schinnerl Peter.

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren? Aus der Sorge heraus! Siehst du, Geschichte, das muss man wissen. Und der Herr Landesrat Schöpfer steckt auf mit Zahlen – ich weiß nicht, wer ihm die gegeben hat. Ich habe auch Zahlen, aber ich kann sie belegen. Er wird sich schwerer tun und sagt und bringt das Beispiel Wien. 90.000 Auspendler in Wien. Ja, keine Frage. Die Zahl stimmt! Aber er hat nicht dazugesagt, wie viele Pendler wir in der Steiermark haben und warum wir das Pendlersystem haben, warum wir zurückstellen haben lassen. Und die Großzügigkeit der ÖVP kann sich am Montag bei der Regierungssitzung beweisen, indem man die Pendlerbeihilfe höher anhebt, meine Damen und Herren, als vorgesehen. Deswegen ist es zurückgestellt worden.

Und ich habe da eine Statistik, eine Pendlerbeihilfenstatistik. Im Jahr 1995 – also in Euro, nicht dass einer glaubt, ich tu Schilling mit Euro verwechseln, obwohl es mir schwer fällt, weil ich bei den großen Beträgen immer noch in Schilling denke – 1,582.080 Euro Pendlerbeihilfe nach politischen Bezirken gewährt; im Jahr 2002 waren es nur mehr 704.097 Euro. Jetzt sind es noch weniger. Und das ist der Grund, warum man sagen muss, es gibt in der Steiermark, Herr Landesrat Schöpfer – ach so, er ist gar nicht da. Da müsste ich fast den Assinger holen, er hat einen Telefonjoker, vielleicht weiß er, wie viele Pendler insgesamt in der Steiermark sind, die Zahl hat er nämlich nicht genannt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, inklusive der Selbstständigen gibt es in der Steiermark 519.567 Beschäftigte. Davon sind 297.351 Pendler insgesamt. (Abg. Riebenbauer: „Nach Wien!“)

Nein, nicht nach Wien, lieber Freund. Für so deppert darfst du mich nicht halten. Aber bitte, deine glorreichen Zwischenrufe: Weißt du, wie viele nach Wien auspendeln? Genau 19.000! Und 7000 pendeln von Wien ein, aber – und jetzt kommt es, nicht wahr – wenn ich sage, 297.000 Pendler haben wir in der Steiermark, die innerhalb der politischen Bezirke auspendeln. In andere Bundesländer pendeln 130.000 Beschäftigte in der Steiermark aus. Dann ist es schon richtig, dass man über die Pendlerbeihilfe redet und sagt, die müssen wir neu verhandeln. Nicht rausgehen und sagen, „der Voves hat sie zurückstellen wollen“. Ja, wirklich nicht, der hat sie zurückgestellt, weil dort noch viel Geld drinnen sein muss, damit unsere Beschäftigten in der Steiermark auch dementsprechend bei den niedrigen Verdiensten noch ein Einkommen haben und zur Arbeit kommen können, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wollte das nur klargestellt haben, weil ihr habt ein bisschen ein Problem mit den Zahlen, wenn man es ernst meint. Und deswegen die Bitte auch an den Herrn Landesrat Schöpfer. Am Montag in der Regierung habt auch ein Herz. Das Grüne Herz, das überall so schön leuchtet. Ich freue mich auch immer. Wenn ich von woanders in die Steiermark komme, weiß ich, jetzt bin ich daheim. Sehe ich alles positiv. Aber dann, bitte, tut nicht nur Sonntagsreden halten, dann macht auch das, dass die Leute an dem Erfolg teilhaben – Frau Landeshauptmann, wie Sie gesagt haben, Sie wollen alle Steirerinnen und Steirer am Erfolg der Steiermark teilhaben lassen. Viel Erfolg haben wir nicht gehabt, aber an diesem bisschen Erfolgen lassen Sie sie teilhaben, bitte. (Beifall bei der SPÖ. – 14.56 Uhr.)

Präsident: Wortmeldung von Herrn Landesrat Schützenhöfer. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Schützenhöfer (14.57 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind ja offensichtlich nicht auf Kollisions-, sondern auf Konsenskurs nach einem reinigenden Gewitter. Ich denke, dass die letzten Tage in der Summe demokratiepolitisch für uns durchaus notwendig waren. Wir wollten nie eine Verantwortung abschieben, aber wir wollten in einer Stunde, in der wir von dieser nega-

tiven Entscheidung des Dietrich Mateschitz erfasst und irritiert waren, auch nicht zulassen, dass plötzlich einige von denen, die mit dabei waren, davon nichts mehr wissen. Das ist alles! Alle drei Parteichefs dieses Landes sind mit den damaligen Regierungsmitgliedern für Wirtschaft und Sport, oft wurde der Rücktritt dieser beiden verlangt, heute sind sie unersetzlich, zusammengesessen mit Dietrich Mateschitz und Co. und haben im Grunde vereinbart, was in den Verträgen dann sichtbar wurde. Und die Verträge sind so wie sie sind, sehr günstig für Red Bull und alle Ausführungen danach. Aber so haben wir das alle gewollt. Alle Verträge und Unterverträge sind in der Regierung einstimmig und hier mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden. Und wenn morgen ein Magazin aus Wien wieder von Geheimverträgen spricht, sie waren nie geheim. Sie sind öffentlich. Wir waren fasziniert von diesem Projekt, wir haben geglaubt an dieses Projekt und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Betreiber des Projektes den Instanzenzug, der demokratiepolitisch notwendig ist, nicht ausschöpft. Ich bleibe dabei, Frau Klubobfrau der Grünen, ein Punkt ist, dass wir nicht verstehen, dass der Umweltsenat, wenn er vier Möglichkeiten hat, die schärfste wählt – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, auch noch einmal in aller Ruhe, weil das der Kurt Gennaro angesprochen hat. Es ist, Herr Klubobmann Kröpfl, keine Majestätsbeleidigung, wenn die Frau Landeshauptmann kritisiert wird. Wir sind Republikaner. Und Kritik muss erlaubt sein. Sie ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Aber wenn die Wahrheit glatt verdreht wird und vor allem, meine Damen und Herren, wenn mit der Unterschrift des Landeshauptmannstellvertreters gerade im Zusammenhang mit dem Bild im Inserat nach unserer Meinung menschenverachtend vorgegangen wird, dann ist die Grenze des Zumutbaren überschritten und wir haben das in aller Deutlichkeit sagen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Punkt, meine Damen und Herren: Was machen wir jetzt? Ich war vorgestern am Abend in Spielberg und habe mit einigen aus dem Tourismus und der Wirtschaft geredet. Das Wichtigste ist mir jetzt, dass wir ein bisschen Zeit haben und nicht jenen nachrennen, die in einer Woche wissen, wie alles geht. Denn das sind im Regelfall die, die immer schon alles versprochen und nie etwas bewirkt haben.

Aber wenn heute ein Drei-Parteien-Konsens der Regierung zumindest, vielleicht auch der Grünen hier zustande kommt, dann wäre das ja letztlich das wichtigste Signal an die Region. Was mich betrifft als Sport- und Tourismusreferent, wünschte ich mir auch, dass es in Österreich ein Motorsportzentrum gibt und dass es in Spielberg besteht, dieses Motorsportzentrum. Auch mit einem Fahrtechnikzentrum, das es ja in Fohnsdorf gibt, zum Beispiel und mit anderen Projekten in diesem Zusammenhang. Wir wissen, dass der Ring mit und ohne Formel 1 betreibbar ist, aber da müssen Adaptierungen her, das geht nicht eins zu eins. Insbesondere liegen alle Rechte bei Dietrich Mateschitz. Daher legen wir Wert auf das Einvernehmen und es wird insbesondere dann möglich sein, wenn wir das gemeinsam tun. Die Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren, ist oft belächelt worden. Sie hat die Hand nie zurückgenommen, sondern immer ausgestreckt. Wir bleiben dabei, dass es für das Land das Schönste und das Beste ist, für die Menschen, wenn es die Zusammenarbeit gibt.

Und allerletzter Punkt, da geht mein Herz jetzt über, natürlich als Sportreferent. Herr Klubobmann Kröpfl, wir haben uns gestern nicht gesonnt, es war Vollmond bei der Veranstaltung und der Vollmond hat insbesondere im zweiten Durchgang, wo von der SPÖ noch deren Bundesvorsitzender da war, auf ihn und die Frau Landeshauptmann voll heruntergeleuchtet. Die sind nebeneinander gestanden und ich habe sehr gerne mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Staatssekretär, dem Präsidenten des ÖSV und dem Bürgermeister von Schladming dann auch die Siegerehrung vorgenommen und im Anschluss im Steiermarkzelt, wo sich der Steiermarktourismus präsentiert hat, zum Beispiel mit dem größten Reiseveranstalter Deutschlands ein Gespräch geführt gemeinsam mit Georg Bliem und meinem Abteilungschef, um die Kooperation zu vertiefen und ein Gespräch geführt mit dem Geschäftsführer einer der großen Schokoladefabriken, Lind, ein Steirer aus dem Bezirk Liezen, und wir haben eine Kooperation vereinbart. Ich bin um halb drei in der Früh heimgekommen und um sechs aufgestanden. Da war nirgendwo eine Sonne dabei, aber ich denke, es war Zuschauerrekord mit 47.000. Die halbe Welt schaut auf Schladming, sind wir stolz darauf. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Herr Abgeordneter, bitte. Danach Abgeordneter Prattes bitte.

Abg. Rieser (15.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Eigentlich könnte man sagen, nun endlich ist die Luft draußen. Was machen wir jetzt? Herr Landesrat Hermann Schützenhöfer hat soeben eigentlich sehr viele Projekte aus unserer Region angesprochen, wie wir es gemeinsam anpacken sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wir haben uns immer zu diesem Projekt bekannt. Wir bekennen uns heute und wir bekennen uns auch morgen. Die Frau Landeshauptmann an der Spitze mit ihrem Team hat Alternativen vorgeschlagen, hat Diskussionen eingeleitet für die Region Obersteiermark West. Und ich verstehe es nicht ganz, liebe Frau Kollegin Lechner-Sonnek, wenn es auf einmal heißt, es gibt ja in der Obersteiermark nicht einmal eine Regionalplanung. Wir planen Jahre, wir diskutieren, wir haben hunderte Kilo Planungsunterlagen erarbeitet, nur – was nützt der beste Plan, wenn er nicht umgesetzt werden kann? So schaut es aus, das muss auch einmal gesagt sein.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Region, wo sehr viele Menschen wegwandern – ist angesprochen worden heute –, wo Menschen abwandern. In den letzten 23 Jahren sind 13 Prozent der Bevölkerung weggezogen, sind weniger geworden. Und wir leben in einer Region, wo der Altersdurchschnitt sehr hoch ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Ruhe und von der sauberen Umwelt kann man nicht leben. Dafür hat bei uns, in unserer Region, niemand ein Verständnis. Für die Jugend ist ein großes Zukunftsprojekt nicht erfüllt worden. Die Jugend ist enttäuscht und für die Älteren unter uns ist so manches nicht nachvollziehbar. Demokratie statt Wirtschaft, Märkte – sind zwar gesunde Begriffe, werden jedoch in der Diskussion ständig verwechselt. Wenn es auch das Projekt in der Zusammensetzung nicht mehr gibt, ist die Hoffnung aufrecht, dass der Red-Bull-Chef mit seiner unternehmerischen Kreativität uns verbunden bleibt. Dass der Traum Spielberg geplatzt ist, scheint jene zu freuen, die mit einer sehr merkwürdigen Haltung alles Positive in diesem Land ablehnen, desavouieren und sich die Hände reiben, wenn es nicht klappt. Die Menschen wissen aber, dass ausnahmslos Mut und Geschlossenheit, Arbeitswille und Zusammenarbeit Positives hervorbringen können.

Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat die Schirmherrschaft über die Region übernommen. Und, Frau Landeshauptmann, ich danke dir, du hast es heute auch gesagt, es wird ein Projekt Spielberg geben. Wir sind keine Krisenregion, haben eine gesunde Wirtschaft. Wir haben eine Infrastruktur und es wird daran gearbeitet, aber ich denke in diesem Zusammenhang auch an die Projekte Pöls, an das Holzinnovationszentrum in Zeltweg. Ich denke an die großen Betriebe in der Region Fohnsdorf und in Zeltweg, aber ich denke in diesem Zusammenhang auch an den Tourismus und an den Sport.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Region hat es nicht vergessen, dass wir die Vranitzky-Millionen nie bekommen haben, die zwar immer wieder in den Medien verlautbart geworden sind, gekommen sind sie nicht.

Auf Grund dessen, dass viele Betriebe im Glauben an die Zukunft investiert haben, dass Betriebe in Erwartung, dass dieses Projekt Spielberg kommt, nun eigentlich sehr enttäuscht geworden sind, darf ich namens meiner Kollegen betreffenden Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Rieser und Bacher, betreffend Unterstützung von Unternehmen in der westlichen Obersteiermark.

Zahlreiche Unternehmen in der westlichen Obersteiermark haben in der Hoffnung und als Vorbereitung auf die Realisierung des Projektes Spielberg durch Red Bull umfangreiche Investitionen getätigt und diese teilweise auch durch Fremdmittel finanziert.

Als Beispiel so der Betreiber des Granz-Prix-Hotels, Herr Peter Michl, der hinten auch in der Zuschauergalerie Platz genommen hat, der die gesamte Baustellengastronomie abwickeln sollte und hierfür bereits sehr viel Geld investiert hat.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, mit Kreditunternehmungen in Verhandlung zu treten, um für all jene Betriebe, die nachweislich in der Hoffnung und als Vorbereitung auf die Realisierung des Projektes Spielberg durch Red Bull mit Fremdmitteln Investitionen getätigt haben und dadurch in finanzielle Nöte gelangt sind, eine Stundung der Kreditraten zu erreichen.

Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 15.11 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes, danach Abgeordneter Hagenauer. Herr Abgeordneter Prattes, bitte!

Abg. Prattes (15.11 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir erleben heute eine sehr wechselvolle Debatte und ich möchte doch am Anfang gleich darauf eingehen, was vom Klubobmann gekommen ist und was auch der Herr Landesrat Schützenhöfer angezogen hat, nämlich die so genannte Menschenverachtung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hergeht und monatelang den Ersten Landeshauptmannstellvertreter beschimpft, untergriffst, ich sage nur ein Stichwort „politischer Faulpelz“ et cetera, et cetera. (Abg. Straßberger: „Bitte! Ihr seid sehr empfindlich! Was ist mit den Inseraten?“)

Wenn dann der Spiegel vorgehalten wird und man sagt, dieses Land ist unregierbar, in den letzten zwei Jahren ist nichts mehr vorangegangen, und man sagt, wer dann dafür verantwortlich ist. Die Frau Landeshauptmann sagt wieder, ich übernehme die Verantwortung, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es menschenverachtend? Wir haben es heute schon einmal gehört, eure eigenen Leute sagen ja schon, dass hier nichts weitergeht. Und dann verliert ihr jeden Anspruch euch aufzuregen und zu sagen, da wird menschenverachtend gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Politische Fairness, politischer Anstand beinhaltet auch, dass man sich in die Augen schauen kann. Ihr werdet mir zum Beispiel nie sagen können, dass ich persönlich geworden bin. Wenn man Fakten aufzählt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist es Majestätsbeleidigung, Vernaderung und alles mögliche, zum Beispiel das Land schlecht machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Klubobmann, du hast so schöne, salbungsvolle Reden geschwungen. Eigentlich wie einer, hast du gesprochen, als wenn du bald in Pension gehen würdest. Für dein jugendliches Alter steht dir dieses salbungsvolle Reden ja gar nicht zu. Das ist aufgesetzt. Du hast ja den

Spiegel, den musst du dir selber vorhalten. Das war eher ein Till Eulenspiegel, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber zum eigenen Gesicht zu halten. Wenn die ÖVP hergeht und eigentlich – und das beweist ja auch das letzte Inserat – sich nur mit der Vergangenheit beschäftigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Großteil eures Inserates endet immer, wie zuletzt 1997. Ihr habt einen Satz von dem Abgeordneten Kräuter zitiert, ob das gescheit war oder nicht gescheit war, sei dahingestellt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das interessiert die Menschen überhaupt nicht. Die wollen jetzt wissen, was wird denn in Zukunft passieren? Und eben da habt ihr keine Antworten, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Schaut einmal, die ÖVP hat sich nach einem für euch zugegebenermaßen guten Wahlerfolg im Jahr 2000 sehr, sehr viele – haben wir schon gehört – Referate gesichert. Und immer wieder ist von Frau Landeshauptmann Klasnic betont worden: „Ich trage die Verantwortung, ich bin Chefin der Regierung, ich mache alles!“ Nur, kaum geht etwas schief, auf einmal sind alle schuld, nur nicht die ÖVP. Ein jeder wird mit in das Boot hineingeholt. Und was auch sehr komisch ist, und das ist auch zu hinterfragen. Jeder von der ÖVP-Regierung versteckt sich hinter einem Geschäftsverteilungsplan. Ich kann auf Grund des Geschäftsverteilungsplanes das nicht machen oder ich kann das nicht machen oder ich kann das nicht machen. Ich erinnere daran, dass dieser Geschäftsverteilungsplan gegen die Stimmen der SPÖ im Jahr 2000 beschlossen worden ist. Also bitte, das, was ihr euch selber eingebrockt habt, meine sehr verehrten Damen und Herren, löffelt gefälligst selber aus.

Und ein Nächstes bitte. Der Herr Landesrat Prof. Schöpfer hat sich da so aufgeregt, wie wir gesagt haben, er putzt sich bei seinen Beamten ab: „Das ist ungeheuerlich und es stimmt nicht!“ Dann darf ich zitieren, das habe ich inzwischen geholt, in der „Kleinen Zeitung“, am 17. Dezember, sagt der Herr Landesrat, es war ein Interview mit der Frau Gigler, ich zitiere: „Die Politik sei nicht informiert gewesen über das Behördenverfahren, sagt Gerald Schöpfer, seit dem Abgang Paiers im April des Jahres Wirtschaftslandesrat.“ Und jetzt kommt es: „Die Politik sei über die Stellungnahme des Ministeriums nicht informiert gewesen. Sie sei nur zum zuständigen Beamten gelangt, der die Politik auch nicht informieren musste.“ So geht das weiter. Also wann immer es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, wird abgeschoben und „Ich war überhaupt nicht dabei!“ gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Rieser – und da möchte ich schon darauf eingehen – hat es ja angesprochen. Was passiert in der Region Obersteiermark-West beziehungsweise überhaupt in der Obersteiermark? Ich habe da die steirischen Statistiken, Volkszählungsergebnisse 2001. Da kann man – das freut uns alle miteinander nicht – herauslesen, dass die Obersteiermark massiv an Bevölkerung verliert. Ich zitiere nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar steht da: „Innerhalb der Steiermark waren auf Bezirksebene vor allem die Bezirke der Mur- und Mürzfurche Leoben, Mürzzuschlag, Bruck, Judenburg verantwortlich. Relativ gesehen gab es wie schon 1991 im Bezirk Leoben mit minus 7,6 Prozent den größten Rückgang bei der Einwohnerzahl.“ Noch weiter zurückblicken muss man in Leoben, denn mit 67.000 und so weiter im Jahr 2001 liegt dieser Bezirk auf dem Bevölkerungsniveau des Zweiten Weltkrieges, ebenso übrigens wie Mürzzuschlag und Judenburg. Also das muss man einmal sehen. Was war dann die Folge? Viele mussten abwandern, weil sie in den Ballungszentren Arbeit gefunden haben, und nicht mehr in ihren angestammten Wohnorten arbeiten konnten. Und weil Rieser vorher gesagt hat, die Vranitzky-Millionen sind nicht gekommen. Ich möchte nicht jetzt auch hergehen und die Vergangenheit beschwören, aber ich erinnere, was unter der Regierung Kreisky gerade in Spielfeld alles passiert ist, von Bauknecht angefangen, viele Industriebetriebe, die dort angesiedelt worden sind. Aber da kommt es noch weiter. Es ist daher ja auch kein Zufall, ich schaue weiter in der Statistik. Von den zehn schlechtesten Wanderungsbilanzen von 1991 bis 2001, da sind einzelne Orte, von zehn sind sieben aus der Obersteiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren. Warum sage ich das jetzt? Die Studie von Joanneum Research, das werdet ihr sicher alle kennen, hat berechnet, dass, wenn Red Bull gekommen wäre, bis zum Jahr 2010 insgesamt 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden wären, davon die Hälfte, sprich 5000 Arbeitsplätze in der Steiermark. Das hätte bedeutet, dass wir endlich wieder einmal dazukommen, einerseits eine Rückholaktion zu starten. Dass Menschen, die auspendeln, wieder in ihrer Region, in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können, und vor allem, dass die jungen Menschen wieder zuhause bleiben können und hier Arbeitsplätze finden. Deswegen ist es ja doppelt verwerflich, dass diese historische Chance, diese Arbeitsplätze mit diesem Projekt hier zu bekommen, vertan worden ist. Sie ist vertan worden. Man kann das nur mit Pleiten, Pech und Pannen unterschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber es wird Zeit, dass wieder mehr Professionalität bei Betriebsansiedlungen einkehrt. Das darf uns ganz einfach nicht passieren, dass so ein Megaprojekt einfach – wir haben es gehört, Paiers, bis April 2004, sagt, das ist Chefsache – dass das einfach auf Beamtenebene hinuntergeht und dann das herauskommt, was wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, was für alle bedauerlich ist. Wir brauchen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, Projekte, und das erwarten die Menschen in der Obersteiermark, die auch umgesetzt werden. Der Vorschlag von unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves zur Gründung einer steirischen Technologiebeteiligungs-AG. ist sicher ein guter Schritt in die richtige Richtung. Da sage ich eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da schließe ich an, was der Klubobmann Drexler sagt, ich bin ja nicht sehr oft seiner Meinung, aber gehen wir diesen richtigen Schritt gemeinsam. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer bitte. Danach Klubobfrau Dietrich.

Abg. Hagenauer (15.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte einen Entschließungsantrag einbringen der Grünen, der so zu verstehen ist, dass das ein Aspekt ist, und zwar ein zentraler aus unserer Sicht. Meine Kollegin Lechner-Sonnek hat schon dargestellt, wo man jetzt Konsequenzen ziehen muss, um wenigstens aus den erfolgten Fehlern für die Zukunft zu lernen. Und zwar betrifft das eben den Umgang des Landes mit Umweltverträglichkeitsprüfungen im Allgemeinen und eben die Ressourcen, die beim Land vorhanden sind im Besonderen.

Es wird hier immer so getan, als ob die Umweltverträglichkeitsprüfung, weil sie auch so heißt, „Umweltverträglichkeitsprüfung“, nur diesem Ziel dienen würde. Jeder, der die Materie ein bisschen kennt, weiß, dem ist nicht so. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist, der Herr Klubobmann Drexler ist jetzt im Moment nicht da, das macht nichts, die Umweltverträglichkeitsprüfung ist genau das, wovon er heute gesprochen hat, nämlich eine Maßnahme gegen den Gesetzesdschungel. Ein einziges konzentriertes Verfahren, wo man gleichzeitig alle Materien von Forst- bis Naturschutz, von Lärm bis Wasser abhandelt. Auf Wunsch der Wirtschaft. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist auch eine Maßnahme zum Schutze der Investoren. Und die Investoren haben das immer zu Recht gefordert, dass man nicht hergeht und 25 einzelne Verfahren abwickeln muss. Jetzt mit dieser UVP kann ein derartiges Projekt schneller genehmigt werden als je zuvor. Das nur an die Adresse, die das zum ersten Mal hören (Beifall bei den Grünen.) und so tun, als ob wir den Gesetzesdschungel lichten müssten. Ja, das UVP-Gesetz, abgesehen davon, dass es auf einer letztlich auch EU-Richtlinie basiert und wir aus der EU austreten müssten vorher, das UVP-Gesetz werden wir nicht abschaffen. Dass es dort auch Möglichkeiten gibt das zu novellieren, das bestreitet niemand. Ich könnte Ihnen selbst auch einen Vorschlag machen, weil besser machen kann man ein Gesetz immer. Aber das ist hier und heute nicht Gegenstand der Debatte gewesen, auch nicht vom Herrn Klubobmann, der mich da enttäuscht in der Passage, wenn er in seiner Position hergeht und diese Dinge verwechselt. Nämlich die Rechtsstaatlichkeit und das, was ein Parlamentarier hier in Gottes Namen zu tun hat, nämlich zu sagen, „dann ändere ich das Gesetz“ und gleichzeitig aber Ausnahmebestimmungen verlangt, weil er sagt, da haben wir jetzt ein Projekt oder schon wieder eines und jetzt müssen wir uns irgendein Hintertürchen schaffen, womit wir dann einfach alles genehmigen, wenn wir vorher etwas verklopft haben. So kann das nicht gehen.

Ich möchte auch noch auf einen Aspekt kurz eingehen, der auch vom Herrn Kollegen Drexler gekommen ist, nämlich, er sagt ausdrücklich, verwendet er das Vokal „der Kultur der Verhinderung“ und die stringente Linie der ÖVP. In der Tat ist es der ÖVP gelungen mit ihrer stringenten Linie diese ihre Kultur der Verhinderung deutlich zu machen und zu pflegen. Genau das ist der Punkt. Mit diesem Wir-sind-wir-Zugang hat man genau jene wertvolle Zeit am Anfang des Projektes verstreichen lassen, wo man hätte noch verhandelt können mit dem Projektwerber und ein Projekt gestalten, das nachher genehmigungsfähig ist.

Ich bringe dazu auch noch einmal kurz ein Zitat aus diesem Papier, das ja die Landesregierung, nehme ich an, einstimmig beschlossen hat oder auch mehrheitlich, die Absichtserklärung. Hier ist zum Beispiel ausdrücklich drinnen eine Passage, die lautet: „Das Land Steiermark wird mit dem Projektwerber Maßnahmen erarbeiten, um eine umweltverträgliche Projektrealisierung sicherzustellen. Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Reduktion der Luftschadstoffe, Feinstaubpaket, Vereinbarungen mit der ÖBB und anderes sowie Schallemission- und Lärmschutzeinrichtungen sowie zur Verkehrsregulierung.“ Jetzt kommt man drauf, nachträglich, dass das notwendig ist und man wirft es den Anrainern und den Grünen vor, dass sie rechtzeitig gewarnt haben. Das wirft man ihnen vor. Ich verrate Ihnen eine Geheimnis, Frau Klubobfrau Dietrich, versprechen Sie es mir bitte schön, dass Sie es nicht weiter erzählen. Sie haben richtig beobachtet, dass sich die Grünen für den Umweltschutz einsetzen. Der Schluss ist richtig. Es ist auch richtig, dass wir uns für die kleinen Leute einsetzen, falls Ihnen das ein Begriff ist. Es ist auch richtig, dass wir uns für Bürgerrechte einsetzen. Wenn da ein Häuslbauer im Hammergraben vor seinem Haus eine Motocross-Offroad-Strecke hingehetzt bekommt, wo es heißt, auch am Sonntag von 8 bis 22 Uhr, und er fragt mich um meinen Rat, dann gebe ich ihm diesen Rat, selbstverständlich. Er hat keine Staranwälte, er kennt sich nicht aus und er nimmt sein Bürgerrecht wahr. Das ist etwas anderes als Verhinderung, ich sage das ganz bewusst. Wir werden in Zeiten wie diesen und nicht zuletzt von der Freiheitlichen Partei immer mit diesem schönen Wort unseres Kulturkreises konfrontiert. Etwa an Hand der Debatte um die Aufnahme der Türkei. Worin besteht denn dieser unser Kulturkreis? Worin besteht denn der? Dass wir dieses Instrument der Bürgerrechte kennen, auch der Einzelne, und wenn er nur einer ist, ist er nicht ein Nichts, sondern hat natürlich im Rahmen der Gesetze, dazu haben wir sie hier beschlossen, hat im Rahmen der Gesetze sein Recht und fertig. (Beifall bei den Grünen.)

Und dann gibt es übrigens noch eine zweite Instanz. Nicht nur vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich, sondern es gibt noch eine zweite Instanz. Wenn man daran glaubt, vor dieser Instanz sind auch alle Menschen gleich. Und da komme ich wieder zu unserem Kulturkreis und das in Frage zu stellen, das war zwischen 38 und 45 übrigens, die Zeit, wo man das leider getan hat. Zwischen 34 und 38 auch, aber nicht in diesem Ausmaß, sage ich auch ganz bewusst an dieser Stelle. Und wir sollten uns hüten, von diesem Prinzip abzugehen.

Ich komme damit zum Abschluss meiner Wortmeldung und möchte zuerst eine punktuelle Abstimmung beantragen, Herr Präsident.

Ich bringe den Entschließungsantrag der Grünen ein, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Zitz, betreffend mehr Professionalität bei UVP-Verfahren.

Die Begründung habe ich schon ausgeführt. Es gibt in Österreich und es gibt nicht zuletzt in der Steiermark viele UVP-Projekte, die durchgegangen sind. Bei einigen von diesen Projekten waren wahrscheinlich einige der Kolleginnen und Kollegen hier im Raum anwesend. Wenn Sie nur einen einzigen Anruf gemacht hätten von Seiten des Landes bei der HL-AG. oder bei der Asfinag, das ist dann Geschmacksache, dann hätte man Ihnen dort schön vorgeführt, wie man Mediatoren einsetzt, wie man ein Informationsbüro macht, wie man solche Großprojekte genehmigt bekommt. Und man hätte Ihnen gesagt, wenn Sie sagen, da darf es nicht einen einzigen Einspruch geben. Dann hätten Sie besser diese Leute nicht gefragt, was Sie von Ihnen denken, liebe Verantwortliche in der Landesregierung. Besser nicht. Jedes Kind weiß das heute mit Ausnahme der zuständigen Verantwortlichen im Land, die sagen, das brauchen wir alles nicht, weil wir sind bekanntlich wir.

Das ist also die Begründung. Damit also das in Zukunft nicht passiert und damit nicht zuletzt auch Großinvestoren in der Steiermark eine Rechtssicherheit bekommen und in ihren berechtigten Interessen geschützt werden und nicht solchen Abenteurern ausgeliefert werden, wie das hier jetzt dem Mateschitz passiert ist bei diesem Projekt, stellen wir den Antrag, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Hinkunft UVP-Verfahren mit einer einem Rechtsstaat angemessenen Professionalität zu betreiben und dafür mehr qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren, Herr Präsident, beantrage ich die punktuelle Abstimmung über den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 15.31 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung und nehme Ihren Antrag zur Kenntnis.

Wir kommen damit zur Wortmeldung der Klubobfrau Dietrich und danach der Herr Abgeordnete Grabner.

Abg. Dietrich (15.31 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Lieber Peter Hagenauer, ich schätze dich als Fachmann und ich glaube eigentlich, dass es du nicht notwendig hättest, so tief zu argumentieren. Das hast du bisher in den Jahren, wo du gemeinsam hier im Parlament warst, nie getan und mich verwundert es eigentlich. So viel zu deiner Wortmeldung.

Aber es ist in deiner Wortmeldung auch die Haltung der Grünen deutlich geworden. Ich glaube, wir haben einen ganz unterschiedlichen Ansatz. Ich gebe dir schon Recht, dass die Rechte des Einzelnen geschützt werden müssen, aber das kann nicht zum Verhindern eines Gesamtprojektes führen. Mein Weg ist der, dass man gemeinsam nach Lösungen sucht. Es wäre leicht möglich gewesen, bei einem Projekt in einer Größenordnung von mehr als 700 Millionen Euro den einen oder anderen mitabzufertigen. (Abg. Hagenauer: „Wer trägt die Verantwortung? Der betroffene Häuslbauer oder der Projektwerber?“)

Es ist seitens des Projektwerbers viel danebengegangen, da gebe ich dir Recht. Es ist zu wenig mit den Betroffenen geredet worden. Es ist nicht versucht worden, aus meiner Sicht, eine Lösung zu finden. Aber ich habe auch von deiner Seite oder von der Seite der Grünen nie einen Funken Konsens gespürt. Wenn die Edith Zitz im April sagt, wir werden auf jeden Fall verhindern, wir werden auf jeden Fall bis zum Höchstgericht gehen, dann heißt es für mich, dass die Beratung eindeutig in die falsche Richtung gegangen ist. (Abg. Hagenauer: „Die Gesetze einhalten, nicht verhindern!“)

Und wenn ich die Aussendung von Gemeinderat Skoff mir in Erinnerung rufe, der noch stolz darauf war, das Projekt verhindert zu haben, dann ist das sehr wohl Verhinderungspolitik vom Feinsten. (Abg. Wiedner: „Ihr benützt die Gesetze um zu verhindern!“ – Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! All jene, die nicht die Möglichkeit hatten, bei der Villacher Faschingssitzung zu sein, nicht persönlich anwesend waren und vielleicht im Fernsehen das auch nicht mitverfolgen konnten, hatten heute die Möglichkeit, zumindest passagenweise bei dem, was der Christopher Drexler gesagt hat, auszugsweise Faschingssitzungsstimmung zu inhalieren. Ich glaube, Christopher, ich bin mir sicher, bei dieser Talentprobe, die du heute abgegeben hast, wird sich die eine oder andere Laienschau-spielergruppe um dich bemühen. (Abg. Hagenauer: unverständlicher Zwischenruf. – Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren, Show ist ein Element in der Politik. Show ist gut und recht, aber sie ist dort fehl am Platz, wo es wirklich darum geht Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Aus meiner Sicht war auch im Verhalten verschiedener Politiker viel zu viel Show dabei. Wenn etwa Minister Pröll – wir wissen ja, dass einer aus seinem Büro der Vorsitzende des Umweltsenats ist – wenn Minister Pröll noch wenige Wochen vor dem negativen Bescheid am A1-Ring oben ist und verkündet, dass alles gut funktioniert und dass alles paletti ist, dann ist das reine Show und lässt den Gedanken zu, dass die Kommunikation ÖVP-intern nicht funktioniert und dass es niemandem tatsächlich um die Sache gegangen ist. Für mich ist diese Vorgangsweise unverständlich. Aber, meine geschätzten Damen und Herren, all jene, die heute aus der Obersteiermark gekommen sind, die haben stundenlang Streit verfolgen können. Aber ich möchte, dass ihr auch mit dem Gefühl nach Hause fahrt, es wird etwas beschlossen, es gibt ein Paket für die Obersteiermark und es gibt eine Vision, wie es weitergehen könnte. Aus diesem Grund bringe ich jetzt den Entschließungsantrag der Freiheitlichen Fraktion ein, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sich für die Schaffung von qualitativ hochwertigen Dauerarbeitsplätzen und Lehrstellen (analog zu jenen, wie sie im Red-Bull-Projekt geplant waren) in der westlichen Obersteiermark einzusetzen.

Zweitens das für das Projekt Motorsport- und Freizeitzentrum in Spielberg der Firma Red Bull vorgehene Investitionsvolumen von zirka 90 Millionen Euro seitens des Landes Steiermark und des Bundes weiterhin für die Region westliche Obersteiermark bereitzuhalten, um damit die Ansiedlung von Industrie-, Gewerbe- oder Fremdenverkehrsbetrieben, mit denen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden beziehungsweise die Schaffung eines Motorsportzentrums unterstützen zu können.

Drittens sich für die Schaffung eines regionalen Leitprojektes mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung mit dem das in der Region vorhandene Know-how aus den Bereichen Kunststofftechnik, Leiterplattenerzeugung, Herstellung von Flugzeugteilen einzusetzen, dafür Investoren und Projektpartner aus der Wirtschaft zu gewinnen und dem Landtag noch im Frühjahr 2005 darüber zu berichten.

Viertens eine Tourismusoffensive, mit der das touristische Angebot der Region verbessert wird (zum Beispiel Schaffung von Qualitätsbetten), für die Region „Westliche Obersteiermark“ zu starten.

Fünftens sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die im Zuge des Eurofighter-Kaufes zugesicherten Kompensationsgeschäfte im kolportierten Ausmaß von 200 Millionen mit Unternehmen aus der Region abgewickelt werden.

Sechstens ein wirtschaftlich sinnvolles und rechtlich gesichertes Konzept zu entwickeln, auf Grund dessen der Wiederaufbau der Rennstrecke und des Motorsportzentrums erfolgen sollte

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Grabner, danach Abgeordneter Bacher.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.38 Uhr): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Vor allem aber liebe Freunde aus der Obersteiermark, die ich euch bewundere für die Ausdauer, die ihr an den Tag gelegt habt. Ich bedanke mich für euer Interesse und füge dem gleich bei, mir liegt ganz besonders daran, dass wir die Debatte des heutigen Tages damit abschließen können, dass wir konkrete Beschlüsse fassen, die natürlich von den jeweils einzelnen Fraktionen in unterschiedlichen Diktionen, Formulierungen eingebracht werden. Wir konnten mitverfolgen, dass nunmehr eine Reihe von Beschlussanträgen am Tisch liegt. Ich kann vorwegnehmen, dass wir seitens der sozialdemokratischen Fraktion aus dem für uns selbstverständlichen Interesse an der Sache allen eingebrachten Anträgen zustimmen werden, weil jeder an sich Ansätze in sich trägt, die für die Region von Bedeutung sein können.

Ich beginne also mit dem zuletzt von der Kollegin Dietrich eingebrachten Antrag über Investitionen in die Region „Westliche Obersteiermark“, bin mit der gesamten Punktation einverstanden, wir werden dem beitreten können.

Der schon eingebrachte Antrag der Kollegen der Volkspartei über die Unterstützung von Unternehmen in der westlichen Obersteiermark mit ihren physikalischen Problemen wird ebenfalls von uns mitgetragen.

Es wird noch eingebracht werden die Wirtschaftsoffensive für die westliche Obersteiermark und da hat der Kollege Drexler schon vorweggenommen, dass der Punkt drei zurückgenommen werden wird, wobei ich sage, das entspringt einem Gespräch, das ich für sehr positiv halte.

Am Rande unserer Debatte scheint man sich über die Art und Weise, wie man das jetzt konstruktiv in einem entsprechenden Gremium weiter betreiben kann, nämlich das, was wir als unser Alternativprojekt betrachten, gefunden zu haben. So werden auch wir den einen der von uns eingebrachten Anträge, nämlich den, der sich mit der Beteiligungsagentur, Technologiebeteiligungs Aktiengesellschaft beschäftigt, zurückziehen, weil wir der konsensualen Behandlung durchaus mit Interesse entgegensehen und ich hoffe, dass die Regierenden bis zu unserer nächsten Landtagssitzung ein abgestimmtes Papier uns dann vorlegen werden können.

Der Antrag der Grünen geht insofern auch durchaus in unsere Richtung, weil es nicht schaden kann, wenn in den kommenden Umweltverträglichkeitsprüfungen durchaus mehr Professionalität an den Tag gelegt wird, so dass wir nunmehr wiederum Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einladen, unserem Antrag über Alternativprojekte für das Red-Bull-Projekt zuzustimmen.

Ich verlese und formuliere das, was ich schon eingangs gesagt hatte, weil es uns darum geht, im Interesse der Region und ihrer Bewohner umgehend und möglichst rasch für Schadensbegrenzung zu sorgen, indem die entsprechenden Alternativprojekte auf Basis der 90-Millionen-Förderung tatsächlich möglichst rasch umgesetzt und professionell betreut werden können.

Der Antrag lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens im Interesse der Region und ihrer Bewohner und Bewohnerinnen entsprechende Projekte als Alternativen zum Red-Bull-Projekt Spielberg auf Basis der 90-Millionen-Euro-Förderungszusage von Land und Bund zu fördern und zu finden und professionell umzusetzen und hiezu – zur professionellen Umsetzung – ein Projektmanagement unter Einbindung von Vertretern und Vertreterinnen der regionalen Kommu-

nen – ich denke an unsere betroffenen Bürgermeister –, der Wirtschaft, natürlich der Vertreter der Kammer und der Verwaltung – ich denke an den heute schon öfter angesprochenen Werner Wurzbach, der natürlich auf dem Sektor ein hohes Maß an Erfahrung einbringen kann – dessen, nämlich dieses Projektmanagements, vordringliche Aufgabe – und jetzt komme ich auf das, was auch schon angesprochen wurde – der raschestmögliche Ersatz der derzeitigen Ruinen und Bauschutthalden der vormaligen A1-Ring- und Ö-Ring-Anlagen durch geeignete und sinnvolle Baumaßnahmen ist, sowie zweitens bei der Umsetzung von Großprojekten – und da geht es pro futuro, damit wir solche Probleme nicht wieder haben – zur Beratung der Landesregierung einen Beirat für Wirtschafts- und Beteiligungsfragen mit ExpertInnen und VertreterInnen der Wirtschaft und der Sozialpartner einzusetzen.

Auch das ist kein Novum. Beiräte haben wir in sehr, sehr vielen Bereichen, der unterschiedlichsten Regierungskompetenz. Es wäre auch zweckmäßig, wenn wir bei solchen Projekten, da kann man noch verhandeln über die Größenordnung, ab wann einen Beirat einsetzen würden.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses um Zustimmung dieses Antrages und hoffe, dass wir damit einen ganz kompakten konkreten Beitrag leisten können, damit wir in unserer Region wieder Hoffnung geben können und damit Investoren wieder das Gefühl haben, jawohl, hier geht etwas weiter und dass dieses fatale Signal der Bauruinen und Bauschutthalden endlich wegkommt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.44 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher bitte. Danach in Vorbereitung Riebenbauer.

Abg. Bacher (15.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich freue mich schon sehr auf diese positive Zusammenarbeit im Sinne der Region und mir ist heute dieser Leitartikel von Herrn Josef Fröhlich in die Hände gefallen von der „Kleinen Zeitung“. Ich denke, der passt zu dieser Diskussion, die wir heute notwendigerweise geführt haben und führen mussten, nämlich unter dem Motto: „Eine vertane Chance macht noch lange keine Krise.“ Ich empfehle jedem, diesen Artikel zu lesen, weil es ganz wichtig ist, dass wir aus diesem Problem auch eine Chance machen. Und wenn wir das gemeinsam schaffen, dann ist das eine sehr positive Entwicklung.

Ich bringe namens unserer Fraktion einen Entschließungsantrag ein der Abgeordneten Bacher, Rieser, betreffend Wirtschaftsinitiative für die westliche Obersteiermark.

Ich möchte nur kurz erwähnen zum Eingang: Die Rennstrecke in Spielberg stellt für die Region und damit für die Steiermark einen ganz wesentlichen Bereich dar. Sie ist so quasi eine Marke für die Obersteiermark, aber auch für die ganze Steiermark und für Österreich.

Darüber hinaus erscheint es erforderlich, die für das Projekt Spielberg von Seiten des Landes vorgesehenen 45 Millionen Euro für eine Wirtschaftsoffensive in der westlichen Obersteiermark zu verwenden.

Die Österreichische Bundesregierung hat für das Projekt Spielberg – vorbehaltlich der Genehmigung durch die EU-Wettbewerbsbehörde – eine Förderung in der Höhe auch von 43,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens alle Maßnahmen zu treffen, damit durch gründliche Vorbereitung mit einem fundierten Konzept die Rennstrecke in Spielberg inklusive Motorsportzentrum wieder errichtet und nachhaltig genutzt wird, zweitens die für das Projekt Spielberg geplanten 45 Millionen Euro für eine Wirtschaftsoffensive für die westliche Obersteiermark zu verwenden und drittens sofort mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um in einem Bund-Land-Vertrag festzuschreiben, dass die Bundesregierung die für das Projekt Spielberg vorgesehenen 43,5 Millionen Euro für eine Wirtschaftsoffensive ebenfalls in der westlichen Obersteiermark zu Verfügung stellt.

Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der ÖVP. – 15.47 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer. Danach Hammerl.

Abg. Riebenbauer (15.47 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte einen Entschließungsantrag einbringen, aber eingangs ein paar Bemerkungen anbringen, weil immer wieder gesagt wird, nichts geht mehr in diesem Lande. Soweit ich mich informiert habe, sind vorgestern in der Regierung 96,4 Prozent der Regierungsbeschlüsse einstimmig gewesen. Nur das einmal zur Information.

Ein Zweites, tagtäglich gehen bei uns in der Steiermark und in der gesamten Steiermark Menschen an die Arbeit. Tagtäglich werden gute und einmalige Produkte erzeugt, über die wir stolz sind.

Und ein Drittes noch, meine geschätzten Damen und Herren. Tagtäglich werden in der Steiermark über den Schnitt des Jahres hindurch zehn Firmen neu gegründet. Und tagtäglich kommen sehr viele Touristen und freuen sich, dass sie in die Steiermark kommen können. Dass sie die Steiermark erleben können (Abg. Böhmer: „Wie viele werden geschlossen?“), negativ, ist eh klar. Tagtäglich kommen Touristen in die Steiermark und freuen sich, dass sie dieses Land besuchen können und dass sie sich erholen können. Wir sind auf einem guten Weg.

Meine geschätzten Damen und Herren, es gibt Groß- und Kleinbetriebe in der Steiermark, es gibt sehr viele Unternehmer, solche, die ihre Betriebe neu gründen wollen und solche, die ihre Betriebe erweitern wollen. In der Oststeiermark, in der Weststeiermark, in der Obersteiermark und überall. Und natürlich, und das ist uns klar und bewusst, gibt es und gilt es vor allen Dingen die Umwelt bestmöglich zu schonen. Aber andererseits haben wir ja sehr viele Betriebe, die die Arbeitsplätze in den Regionen sichern und die sich vor allen Dingen auch erweitern wollen.

Und deshalb unser Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Majcen, Riebenbauer und Tasch, betreffend Infrastruktursicherungsgesetz.

In den letzten Jahrzehnten konnten in der Steiermark zahlreiche Infrastrukturprogramme realisiert werden. Ich sage jetzt die Begründung nur sinngemäß.

Bedauerlicherweise zeigte es, dass wir manche Projekte nicht durchführen können, da es eben Hürden gibt, die scheinen unüberwindbar zu sein. Wir sind in einem Rechtsstaat, das ist uns bewusst, aber es ist in meiner Sicht abzuwägen zwischen der Schonung der Umwelt und zwischen dem öffentlichen Interesse, das vor allen Dingen der Erhaltung der Arbeitsplätze gilt.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese ein Infrastruktursicherungsgesetz in den Nationalrat einbringt, welches sicherstellt, dass bei der Genehmigung von überregionalen Infrastrukturprojekten, aber auch anderen arbeitsplatzschaffenden beziehungsweise -sichernden Vorhaben der volkswirtschaftliche Gesamtnutzen in den Vordergrund gerückt wird.

Im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Land ersuche ich um Zustimmung.

Gleichzeitig beantrage ich eine punktuelle Abstimmung beim Antrag der SPÖ, den der Kollege Grabner eingebracht hat. (Beifall bei der ÖVP. – 15.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl (15.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich bin es meinen beiden Kollegen schuldig, die erst später von Spielberg gekommen sind, es sind Kameraden vom Bundesheer, mit denen ich 26 Jahre zusammen war. Ich möchte heute ein großes Danke an die Frau Landeshauptmann, an Landesrat Schöpfer und Landesrat Seitinger sagen, die heute – keine Frage – ihre Anfragen ausführlich und genau beantwortet haben. Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, vielleicht noch ein Wort. Ihre Antworten haben große Lücken hinterlassen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl hat heute nur Paragrafen verlesen. Also ich muss eines sagen, die Damen haben sich sicherlich schwer getan, dass sie das alles mitstenografieren konnten. Trotzdem, meine Damen und Herren, möchte ich eines sagen, ich fordere auch von diesem Haus – und wir alle – ein bisschen mehr Ehrlichkeit und Offenheit. Von allen Seiten, meine Damen und Herren, sind Fehler gemacht worden und es ist müßig zu fragen, wer den größten Fehler gemacht hat. Es ist Heuchelei und Unverantwortlichkeit, aus Spielberg eine reine Wahltaktik zu machen. Das möchte ich auch, keine Frage, an die Zuschauer hier offen sagen. Wir sind den Menschen in der Region verantwortlich hier in diesem Haus, dass sie nicht auf den Scherben der gegenseitigen Beschuldigungen sitzen bleiben. Politische Verantwortung, meine Damen und Herren, heißt auch, nach dem Scheitern eines bestimmten Projektes nach Möglichkeiten zu suchen und auch in schwierigen Situationen das Beste für die Betroffenen herauszuholen. Mit den gegenseitigen Beschuldigungen im Haus werden wir, meine Damen und Herren, hier kein neues Spielbergprojekt schaffen können. Mit gegenseitigen Beschuldigungen werden wir die Chancen, die sich trotz des Scheiterns dieses einen Projektes zeigten, nicht nützen können. Wir müssen die Zukunft von Spielberg aus dem reinen Wahlkampfdenken heraushalten, das sind wir der Region um Spielberg schuldig. Natürlich, und wir haben in Zukunft auch einen Wahlkampf, keine Frage. Nur nach den Versäumnissen der Vergangenheit zu schauen, dient keiner Partei. Wohl gemerkt, auch ich bin dagegen, dass wir alle die Vorgeschichte des Scheiterns unter den Tisch kehren, weil wir uns dadurch die Möglichkeit nehmen würden, aus diesen Fehlern zu lernen. Auch ich bin für eine umfassende Fehleranalyse. Aber ich bin auch dafür, dass wir nach vorne schauen. Wir sollen nicht nur das betrachten, was wir nicht können, sondern wir sollten Ausschau halten nach dem, was wir machen können und wollen. Vorschläge auf den Tisch! Und wir haben, meine Damen und Herren, wir haben es aus den Anträgen hier gehört, wir haben Vorschläge auf dem Tisch. Das wäre jetzt das Gebot der Stunde, nicht Luftschlösser, sondern reine, reale Projekte hier zu finden. Wir brauchen einen Wettbewerb nicht um vergangene Projekte, sondern um die besten Projekte für die Zukunft. Das muss unsere Zielrichtung hier im Haus sein. Wir müssen die Zeit nicht für ausgefeilte gegenseitige Beschuldigungen verschwenden, sondern für einen Wettbewerb für die besten Ideen verwenden.

Wir von der ÖVP mit unserer Frau Landeshauptmann haben hier, meine Damen und Herren, sofort reagiert. Auch Sie haben heute reagiert. Und wir werden gründlich gemeinsam arbeiten, um das Beste für die betroffene Region zu erreichen. Wir, meine Damen und Herren, sind uns unserer Verantwortung bewusst und ich wünschte, es wären sich alle hier im Haus dieser Verantwortung bewusst. Die Anträge der steirischen Volkspartei zeigen dies. Es ist jetzt keine Zeit mehr für die Heuchelei und Beschuldigungen. Es ist notwendig,

aus der Vergangenheit zu lernen und das Beste für die Zukunft daraus zu machen. Dafür stehen wir und mit dieser Einstellung können wir den Einwohnern der Region Spielberg erhobenen Hauptes gegenüberreten. Vielleicht gibt es heute, meine Damen und Herren, hier in diesem Haus einen gemeinsamen Antrag.

Vielleicht eines noch, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves. Sie sind ja gestern schon früh von Schladming weggegangen. Und Ihr Parteivorsitzender Gusenbauer hat ja gestern – wie wir wissen – auch seinen Chauffeur gefragt, wo die „Kronenzeitung“ ist. Er meinte noch, das kann nicht wahr sein, das hat er nicht gewusst, dass die SPÖ schon 1995 gegen das Projekt Spielberg war. Also in Zukunft tuts auch den Herrn Parteivorsitzenden Gusenbauer – gar keine Frage – besser informieren. Und zum einen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, wenn es hier heißt, halten Sie ein Projekt in der ursprünglichen Größenordnung für 700 Millionen noch in irgendeiner Weise realistisch, so sagt hier Herr Androsch: „Solche Projekte lassen sich nicht wie Papiertaschentücher aus der Schublade ziehen. Bei allem Verständnis für Ungeduld, aber so schnell schießen auch die Preußen nicht. Es ist rasch ein Projekt umgebracht, aber ein anderes auf die Beine zu stellen dauert wieder sehr lang.“ Meine Damen und Herren, das, was wir heute gemeinsam mit den Entschließungsanträgen machen, das dient dazu, dass wir zu einem guten Projekt für Spielberg kommen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.56 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen mitteilen, es liegt keine weitere Wortmeldung vor, so dass wir jetzt zur Abstimmung schreiten. Und ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Infrastruktursicherungs-gesetz, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Und stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Unterstützung von Unternehmen in der westlichen Obersteiermark, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Und stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nun komme ich zum Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Wirtschaftsinitiative, und hier wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt.

Ich komme somit zur punktuellen Abstimmung des Entschließungsantrages, betreffend Wirtschaftsinitiative für die westliche Obersteiermark.

Punkt eins: Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit durch gründliche Vorbereitung mit einem fundierten Konzept die Rennstrecke in Spielberg inklusive Motorsportzentrum wieder errichtet und nachhaltig genutzt wird.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Und stelle die mehrheitliche Annahme zum Punkt eins fest.

Punkt zwei: Die Landesregierung wird aufgefordert, die für das Projekt Spielberg geplanten 45 Millionen Euro für eine Wirtschaftsoffensive für die westliche Obersteiermark zu verwenden.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Und ich stelle die einstimmige Annahme fest zu diesem Punkt.

Die ÖVP hat den Punkt drei dieses Entschließungsantrages zurückgezogen, auch den Punkt vier hat die ÖVP zurückgezogen, so dass ich eigentlich den Punkt fünf nunmehr als Punkt drei abstimme, der lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um in einem Bund-Land-Vertrag festzuschreiben, dass die Bundesregierung die für das Projekt Spielberg vorgesehenen 43,5 Millionen Euro für eine Wirtschaftsoffensive ebenfalls in der westlichen Obersteiermark zur Verfügung stellt.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Und stelle die einstimmige Annahme dieses Punktes fest.

Damit komme ich nunmehr zum Antrag der SPÖ, betreffend alternative Projekte für das Red-Bull-Projekt. Auch hier wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt.

Ich komme somit zur punktuellen Abstimmung des SPÖ-Antrages.

Punkt eins a): Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Region und ihrer Bewohner und BewohnerInnen entsprechende Projekte als Alternativen zum Red-Bull-Projekt Spielberg auf Basis der 90 Millionen Euro Förderungszusage von Land und Bund zu fördern und zu finden sowie professionell umzusetzen.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Und stelle die einstimmige Annahme dieses Punktes fest

Ich komme damit zu eins b) des Antrages.

Punkt eins b): Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, hiezu unverzüglich ein Projektmanagement unter Einbindung von Vertretern der regionalen Kommunen, Wirtschaft und Verwaltung einzusetzen, dessen vordringliche Aufgabe der raschestmögliche Ersatz der derzeitigen Ruinen und Bauschutthalden der vormaligen A1-Ring-Anlagen durch geeignete und sinnvolle Baumaßnahmen ist.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Stelle die einstimmige Annahme dieses Punktes fest.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung von Großprojekten zur Beratung der Landesregierung einen Beirat für Wirtschafts- und Beteiligungsfragen mit Expertinnen und VertreterInnen der Wirtschaft und der Sozialpartner einzusetzen.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der dritte Punkt dieses Antrages ist in der Minderheit geblieben.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Investitionen in der Region westliche Obersteiermark. Auch hier wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt.

Ich komme somit zur Abstimmung.

Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Schaffung von qualitativ hochwertigen Dauerarbeitsplätzen und Lehrstellen (analog zu jenen, wie sie im Red-Bull-Projekt geplant waren) in der westlichen Obersteiermark einzusetzen.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Und stelle die einstimmige Annahme des Punktes eins fest.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das für das Projekt Motorsport- und Freizeitzentrum in Spielberg der Firma Red Bull vorgesehene Investitionsvolumen von zirka 90 Millionen Euro seitens des Landes Steiermark und des Bundes weiterhin für die Region westliche Obersteiermark bereitzuhalten, um damit die Ansiedlung von Industrie-, Gewerbe- oder Fremdenverkehrsbetrieben, mit denen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden beziehungsweise die Schaffung eines Motorsportzentrums unterstützen zu können.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ebenfalls ein Handzeichen.

Und stelle auch hier die einstimmige Annahme des Punktes zwei fest.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Schaffung eines regionalen Leitprojektes mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung mit dem in der Region vorhandenen Know-how aus den Bereichen Kunststofftechnik, Leiterplattenerzeugung, Herstellung von Flugzeugteilen einzusetzen, dafür Investoren und Projektpartner aus der Wirtschaft zu gewinnen und dem Landtag noch im Frühjahr 2005 darüber zu berichten.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ebenfalls ein Handzeichen.

Und stelle die mehrheitliche Annahme des Punktes drei fest.

Punkt vier: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Tourismusoffensive, mit der das touristische Angebot der Region verbessert wird (zum Beispiel Schaffung von Qualitätsbetten), für die Region „Westliche Obersteiermark“ zu starten.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, Handzeichen bitte.

Danke, stelle die mehrheitliche Annahme des Punktes vier fest.

Punkt fünf: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die im Zuge des Eurofighterkaufes zugesicherten Kompensationsgeschäfte im kolportierten Ausmaß von 200 Millionen mit Unternehmen aus der Region abgewickelt werden.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, Handzeichen bitte.

Stelle die einstimmige Annahme des Punktes fünf fest.

Punkt sechs: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein wirtschaftlich sinnvolles und rechtlich gesichertes Konzept zu entwickeln, auf Grund dessen der Wiederaufbau der Rennstrecke und des Motorsportzentrums erfolgen sollte.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, bitte Ihr Handzeichen.

Stelle auch hier die einstimmige Annahme des Punktes sechs fest.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Entschließungsantrag der Grünen, betreffend mehr Professionalität bei UVP-Verfahren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um Ihr Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Guten Abend. (Ende der Sitzung: 16.03 Uhr.)